

Preussische Allgemeine



Nr. 43 · 28. Oktober 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Feierabend

Ausgedünnte Lieferketten, hohe Energiekosten und eine sinkende Kaufkraft der Verbraucher bedrohen die Wirtschaft in historischem Ausmaß. Welche Branchen nun besonders gefährdet sind **Seite 3**



Tories Kann Rishi Sunak das Scheitern seiner Partei noch stoppen? **Seiten 6, 8**



Tutanchamun Vor 100 Jahren entdeckte Howard Carter das Grab **Seite 10**

FOTOS: NATTAWIT KHOMSAWIT/SHUTTERSTOCK; PA; IMAGO/UG

AUFGEFALLEN

Die Standards einer Anstalt

Unter den Medien, die von sich behaupten, stets „unabhängigen Qualitätsjournalismus“ zu liefern, steht das Deutschlandradio an vorderster Stelle. „Jeden Tag aufs Neue versuchen wir“, so die öffentlich-rechtliche Anstalt auf ihrer Webseite über ihre drei Sender Deutschlandfunk, Deutschlandfunk Kultur und Deutschlandfunk Nova, „strenge journalistische Standards in höchster Qualität umzusetzen“.

Was davon zu halten ist, enthüllte dieser Tage der Politikwissenschaftler Karsten D. Hoffmann. Dieser verglich die verkaufte Auflage deutscher Presstitel im Jahr 2021 mit der Anzahl der Zitierungen deutscher Medien im Deutschlandfunk im selben Jahr.

Das Ergebnis ist mehr als aufschlussreich. So wurde etwa die „Bild“-Zeitung, die mit einer Auflage von durchschnittlich 1.158.273 Exemplaren die mit Abstand größte Zeitung des Landes ist, kein einziges Mal (!) zitiert. Auch die Wochentitel „Spiegel“ und „Zeit“, die mit rund 732.000 und 613.000 Exemplaren an zweiter bzw. dritter Stelle stehen, kamen mit jeweils neun Erwähnungen im Deutschlandfunk kaum vor. Umso erstaunlicher die Nennungen von Zeitungen wie „taz“ und „Frankfurter Rundschau“, die mit 138 bzw. 168 Zitierungen weit aus häufiger vorkamen als es ihrer Reichweite entsprechen hätte.

Ob sich diese krasse Differenz zwischen der tatsächlichen Relevanz der Medien und ihrer Darstellung im Deutschlandfunk mit den postulierten Ansprüchen der öffentlich-rechtlichen Anstalt verträgt, mag jeder selbst beurteilen. *neh*

„ZEITENWENDE“

Zwei Epochen prallen aufeinander

Das Wohlstandsverwöhnte Gestern kollidiert mit dem krisengeschüttelten Morgen. Der abrupte Übergang trägt bisweilen groteske Züge

VON HANS HECKEL

Noch eine „Zeitenwende“: Im Namen der Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen hat Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey einen Hilferuf gesendet: Die Aufnahmebereitschaft der drei Metropolen für weitere Asylsucher und Immigranten sei erschöpft. Die SPD-Politikerin flüchtet sich in das Sankt-Florians-Prinzip und fordert die übrigen 13 Bundesländer auf, den Stadtstaaten die Last weiterer Aufnahmen abzunehmen.

Zur Erinnerung: Alle drei Städte sind Mitglied der Initiative „Sichere Häfen“, mit der zahlreiche deutsche Kommunen signalisiert haben, dass sie bereit seien, „Geflüchtete“ in gleichsam unbegrenzter Zahl aufzunehmen. Ein Ziel der Initiative ist (oder war?) es sogar, dem Bund das alleinige Recht über die Ausgestaltung der deutschen Einreiseregulungen abzunehmen, damit jede Kommune frei entscheiden könne, wen sie von wo auch immer in der Welt bei sich aufnimmt. Ausdrücklich wurde dazu ermuntert, Gesetzeslücken auszunutzen, um etwaige Hemmnisse bei der Einreise von Asylsuchern zu umgehen. Und nun also der Hilferuf.

Giffey's bizarrer Schwenk zeigt, wie Deutschland unter der Wucht einer sich auftürmenden Doppelkrise aus Energie- und Wirtschaftskrise einerseits und einer neuen Flüchtlings- und Asylsucherwelle

andererseits (siehe Seite 2) in beträchtliche Widersprüche trudelt. Hier prallen die teils absurden, oft selbstzerstörerischen Blüten einer ideologisch fanatisierten Wohlstandsverwahrlosung auf die knallharten Erfordernisse einer neuen Epoche, welcher die Basis jener Verwahrlosung, der Wohlstand nämlich, in wachsender Geschwindigkeit wegrutscht.

Emblematisch für diese Kollision der Epochen stehen jene Klima-Extremisten, die Autofahrer blockieren, Kunstwerke attackieren oder in Industrie- und Regierungsgebäude eindringen, um eine noch schärfere Gangart in Richtung „Energie-wende“ zu erzwingen. Die also völlig ignorieren, in welches Fiasko uns genau jene Politik lenkt, welche sie noch einmal massiv beschleunigt sehen wollen.

Spott und Kritik von der Opposition

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alexander Throm (CDU), hat auf Giffey's Hilferuf mit einem gewissen Spott reagiert. „Wenn die Stadtstaaten weniger Flüchtlinge aufnehmen wollen, dann sollten die SPD-Bürgermeister auf ihre SPD-Innenministerin zugehen, um sie zu einer Umkehr bei ihrer offenen Asylpolitik zu bewegen“, sagte Throm laut der „Welt“. Bundesinnenministerin Nancy Faeser hatte erst unlängst ihr Projekt eines „Chancen-Aufenthaltsrechts“ präsentiert, das darauf abzielt, selbst abgelehnten Asylbewer-

bern den dauerhaften, legalen Verbleib in Deutschland zu ermöglichen. Faeser's Linie kritisiert auch Gottfried Curio, der innenpolitische Sprecher der AfD im Bundestag, scharf. Statt an Symptomen herumzudoktern, sollte Faeser Schluss damit machen, immer neue „Pull-Signale“ zu senden, indem sie neue Bleibe-Tatbestände schaffe. Und sie solle damit aufhören, über die „Baerbock-Faeser-Luftbrücke“ ständig mehr Menschen aus Afghanistan zu holen.

Anders als auf der kommunalen Ebene blickt die SPD-Bundesspitze derweil noch erstaunlich gelassen auf die neue Asylflut, die zusätzlich zu den Ukraine-Flüchtlingen weitere Menschenmassen nach Deutschland schwemmt. In der Berliner Blase ist der Epochenwechsel offenbar noch nicht richtig angekommen.

Doch das wird er, eher früher als später. Zu ahnen scheint man das bereits, wie die zunehmend aggressiven Reaktionen von Seiten der hohen Politik auf die sich (vor allem in den neuen Bundesländern) ausbreitenden Bürgerproteste aufdecken. Man wird nervös. Die milliardenschweren „Hilfspakete“ für in Not geratene Bürger sind denn auch mehr Ausweis dieser Nervosität als echter Fürsorglichkeit. Aber auch jene Epoche, in der man Probleme einfach mit (geliehenem) Geld zuschütten konnte, gerät an ihr Ende. Die galoppierende Inflation lässt dieses Manöver gerade gnadenlos auffliegen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Corona: Wegen fehlender Daten wächst der Druck auf Impfstoffhersteller **Seite 4**

Politik

Richterbund kritisiert Berlins Justizsenatorin Lena Kreck scharf **Seite 5**

Kultur

Berliner Gemäldegalerie besitzt eine der größten Donatello-Sammlungen **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Zum Tod des Schauspielers und Rezitators Herbert Tennigkeit – ein Nachruf **Seite 18**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Doppelkrise Energie- und Lebensmittelpreise schnellen in die Höhe und versetzen deutsche Verbraucher in Angst und Schrecken – Dazu stellen neue Flüchtlings- und Einwandererströme Kommunen vor Probleme

Niedergang und Wohlstandsverlust

Deutschland droht, der größte Verlierer des Ukrainekriegs zu werden

VON HERMANN MÜLLER

Angesichts der schwierigen Gemengelage kann die Ankündigung der SPD-Vorsitzenden Sakia Esken, „Wir führen das Land aus der Krise“, als ausgesprochen mutige Wortmeldung gesehen werden.

Tatsächlich mehren sich die Zeichen, dass Deutschland in den nächsten Monaten auf eine Doppelkrise zusteuert. Wirtschaftsforscher warnen zum einen vor einem wirtschaftlichen Absturz, der möglicherweise tiefer ausfällt als während der Corona-Pandemie. Dazu könnte aber auch noch eine Immigrationswelle kommen, die noch heftiger auf uns zurollt als die im Jahr 2015.

Das Statistische Bundesamt registrierte bereits im Zeitraum von Februar bis August mehr als 1,8 Millionen Zuzüge nach Deutschland. Darunter etwa 952.000 vor dem Ukrainekrieg Geflohene. Allein in Berlin haben nach Angaben der Regierenden Bürgermeisterin Franziska Giffey 340.000 mittlerweile ihren Wohnsitz. Giffey sieht die Stadt am Rande der Möglichkeiten zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge und Asylsucher: „Gerade wir Stadtstaaten und besonders Berlin als Hauptanziehungspunkt haben unsere Kapazitäten (...) mittlerweile nahezu ausgeschöpft.“ Laut Giffey werden bereits jetzt „Hotelzimmer angemietet und Sammelunterkünfte, zum Beispiel in Turnhallen, vorbereitet“.

Warnung vor „Flüchtlingssunami“

Die Zeichen stehen zudem auf weiter drastisch steigende Zuzugszahlen. Durch die Zerstörung von kritischer Infrastruktur in der Ukraine, etwa von Kraftwerken zur Strom- und Fernwärmeversorgung, ist in den kommenden Wochen und Monaten mit einer neuen Welle von Kriegsflüchtlingen aus dem Land zu rechnen. Der ukrainische Ministerpräsident Denys Schmyhal warnt inzwischen sogar vor einem „Migrationssunami“. Ein Hauptziel der Flüchtlinge könnte Deutschland sein.

Parallel steigen die Zahlen der illegalen Immigration über die Balkanroute und das Mittelmeer. Nach EU-Angaben kamen bis Ende August aus dieser Richtung mehr als 86.000 Menschen nach

Europa, dreimal so viele wie im Vorjahreszeitraum. Die Bundespolizei hat allein bis Ende September an den Grenzen schon fast 58.000 unerlaubte Einreisen registriert. Zum Vergleich: In den ersten neun Monaten des Vorjahres waren insgesamt knapp 35.000 Menschen nach Deutschland gekommen.

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) geht mittlerweile davon aus, dass die Zahl der Zuzüge in die Bundesrepublik bis zum Jahresende höher liegen wird als 2015. In dem Jahr waren mehr als 2,1 Millionen Menschen nach Deutschland gekommen.

Dieser massive Zuzug trifft auf ein Land, das immer mehr wirtschaftliche Probleme bekommt. Laut dem Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute mit dem Titel „Energiekrise: Inflation, Rezession, Wohlstandsverlust“ befindet sich Deutschland auf dem Weg in eine Rezession. Die Wirt-

schaftsforscher gehen davon aus, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt wegen der Energiekrise bis zum Anfang des Jahres 2023 schrumpfen wird. Für 2023 gehen die Gutachter von einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,4 Prozent im Jahresdurchschnitt aus. In einem Risikoszenario veranschlagen die Forscher für 2023 sogar einen Konjunkturreinbruch um 7,9 Prozent. Diesem Szenario legten die Institute eine Gasmangel, einen kalten Winter und fehlende Einsparungen beim Energieverbrauch zugrunde.

Konjunkturreinbruch um 7,9 Prozent

Kommt es tatsächlich zu dieser Entwicklung, dann würde nach Ansicht der Forscher die deutsche Wirtschaft härter getroffen als bei der globalen Finanzkrise und im ersten Corona-Jahr 2020. Die Deutschen müssten sich auch auf längere Sicht auf Wohlstandsverluste gefasst machen: „Die hohen Energie- und Le-

bensmittelpreise, die im kommenden Jahr weiter ansteigen dürften, sorgen für deutliche Kaufkraftverluste“, so Torsten Schmidt vom Essener RWI-Institut.

Die OECD sieht Deutschland sogar als Schlusslicht unter den großen Industriestaaten und als größten Verlierer. Laut der Organisation wird Deutschland am härtesten von den wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekrieges getroffen: Unter den Industrieländern droht der Bundesrepublik damit die tiefste Rezession und die höchste Inflation. Konkret erwartet die OECD ein Schrumpfen der deutschen Wirtschaftsleistung im Jahr 2023 um 0,7 Prozent. Die Inflation wird laut der OECD-Prognose mit 7,5 Prozent die höchste unter den Industrieländern sein.

Die deutsche Gesellschaft steht damit vor einer extrem schwierigen Gemengelage aus Energiekrise und hoher Inflation, während parallel die legale und die illegale Immigration massiv ansteigt.



Immer mehr Immigranten zieht es nach Deutschland. Neben der zunehmenden Zahl an Ukraine-Flüchtlingen kommen wieder mehr Menschen über die Balkanroute nach Europa: Männer an der griechisch-mazedonischen Grenze auf dem Bahnhof Idomeni

FOTO: PA

MASSENZUSTROM

Kontrollverlust durch eine EU-Richtlinie

Im September meldete das Statistische Bundesamt, dass die Bundesrepublik mit 84 Millionen Einwohnern den höchsten Bevölkerungsstand in ihrer Geschichte erreicht hat. Grund für den Rekord war vor allem der Zuzug von Ukrainern. Seit Ende Februar sind fast eine Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland gekommen. Die aus der Ukraine Zugezogenen genießen in der EU einen besonderen Status: Erstmals hat die EU nämlich auf ihre Massenzustromrichtlinie zurückgegriffen. Diese Möglichkeit wurde bereits vor mehr als 20 Jahren aus den Erfahrungen des Jugoslawien-Krieges beschlossen, aber in diesem Jahr zum ersten Mal aktiviert.

Ukrainer können durch diese Richtlinie ohne Visum in die EU einreisen, und nach ihrer Ankunft müssen sie in keinem EU-Land ein Asylverfahren durchlaufen. Sie genießen sofort volle Niederlassungsfreiheit in der gesamten EU und können legal eine Arbeit aufnehmen. Sie erhalten zudem Zugang zum Sozialsystem.

Der Rückgriff der EU auf die Massenzustromrichtlinie hat vermutlich einen völligen Zusammenbruch des Asylrechtssystems in Ländern wie Deutschland verhindert. Die Kehrseite ist allerdings der Verlust an Steuerungsmöglichkeiten. Ukrainer, die in die EU einreisen, haben die freie Wahl, in welchem Land sie sich niederlassen. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind mittlerweile mehr als 7,6 Millionen Menschen aus der Ukraine vorläufig als Flüchtlinge in Europa registriert.

Der massive Zuzug innerhalb weniger Monate bringt schon jetzt viele deutsche Kommunen und Städte an den Rand dessen, was sie bewältigen können. Um die völlige Überlastung zu verhindern, hat Sachsen-Anhalt vor Kurzem die Möglichkeit einer Wohnsitzauflagen für ukrainische Flüchtlinge für bestimmte Kommunen beschlossen. Eine Möglichkeit, die Verteilung der ukrainischen Flüchtlinge unter den EU-Ländern gerechter zu gestalten, fehlt in der EU-Massenzustromrichtlinie. H.M.

EU-HILFEN

Kritik am deutschen Alleingang

Viele EU-Mitgliedsländer können ihre Bürger nicht aus eigener Kraft entlasten und fordern einen gemeinsamen Fonds

Der Versuch der Ampel-Koalition, mit einem 200-Milliarden-Europaket die Folgen der hohen Energiepreise für Haushalte und Unternehmen abzumildern, stößt in der EU auf Widerstand.

Scharfe Kritik kommt insbesondere aus Ländern, die sich solche schuldenfinanzierten Kraftakte nicht mehr leisten können. Heftigen Anstoß am „deutschen Alleingang“ nimmt beispielsweise Italien. Noch kurz vor dem Ende seiner Amtszeit als italienischer Ministerpräsident machte Mario Draghi in Richtung Berlin eine deutliche Ansage: „Angesichts der gemeinsamen Bedrohungen unserer Zeit können wir uns nicht aufteilen je nach Möglichkeiten unserer Haushalte.“ Unmut hat sich

auch in Belgien und Spanien geregt. Angeführt wird dabei unter anderem das Argument, deutschen Unternehmen könnte durch den Scholzschon „Doppelwumms“ ein entscheidender Wettbewerbsvorteil im Vergleich zur Konkurrenz in den ärmeren EU-Mitgliedstaaten entstehen. Begleitet werden diese Befürchtungen von Forderungen nach einem EU-Hilfsfonds gegen die hohen Energiekosten.

Auch die EU-Kommission kündigte eine genaue Prüfung der von der Bundesregierung angekündigten Gaspreisbremse an. Die Kommission sei „wachsam“, so der französische EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton. Inzwischen hat die EU-Kommission einen Entwurf für neue

Wettbewerbsvorgaben im Rahmen der Energiekrise vorgelegt. Wie aus dem Papier hervorgeht, will die Kommission die Regeln für Staatshilfen lockern. Im Gegenzug ist allerdings damit zu rechnen, dass der Druck auf Deutschland zunehmen wird, gemeinsamen EU-Schulden zuzustimmen. Insbesondere Politiker aus Italien, Frankreich, Spanien und Griechenland drängen, dass nach dem Vorbild des Corona-Wiederaufbaufonds auch in der aktuellen Krise gemeinsam neue Schulden aufgenommen werden, mit denen dann ein Hilfsfonds gefüllt wird.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich in der aufgekommene Schuldendebatte bislang zurück-

„Angesichts der gemeinsamen Bedrohungen unserer Zeit können wir uns nicht aufteilen je nach Möglichkeit unserer Haushalte“

Mario Draghi
Ex-Ministerpräsident Italiens

gehalten. Sie präsentierte den Vorschlag, aus schon vorhandenen Töpfen 40 Milliarden Euro zu nehmen, um damit in den Mitgliedsländern Energiesparmaßnahmen zu bezahlen. Ob dies die Südeuropäer befriedigt, ist fraglich. Schon beim Corona-Wiederaufbaufonds, der mit 750 Milliarden Euro sehr großzügig ausgestattet wurde, sind Energiesparmaßnahmen einer der Schwerpunkte. Damit ist das Risiko hoch, dass mit einem weiteren Milliardenpaket auch viele sinnlose Projekte gefördert werden oder Geld sogar in dunklen Kanälen versickert. Gleichzeitig würde sich aber am kurzfristig drängendsten Problem der Europäer, den massiv gestiegenen Energiepreisen, nichts ändern. H.M.

Branchen vor dem Abschwung

Eine Mischung aus globalen Faktoren und hausgemachten Problemen bedroht derzeit ganze Geschäftszweige der deutschen Wirtschaft. Doch wie jede Krise hat auch diese ihre Gewinner. Ein Überblick

VON KONRAD BADENHEUER

Dass wir vor wirtschaftlich schweren Zeiten stehen, pfeifen die Spatzen längst von den Dächern. Interessant ist ein Blick auf die verschiedenen Branchen der deutschen Wirtschaft. Alle sind konfrontiert mit hohen Energiepreisen, sinkender Kaufkraft der Verbraucher, Facharbeitermangel sowie mit mehr Unsicherheit durch Inflation und geopolitische Risiken. Gleichwohl sind die Auswirkungen der allgemeinen Krise von Branche zu Branche enorm unterschiedlich – es gibt sogar Gewinner.

Mit an über 400 Milliarden Umsatz pro Jahr ist die *Autoindustrie* nach wie vor der größte Wirtschaftszweig des Landes. Noch wird dort gutes Geld verdient, aber die Branche plagt viele Sorgen gleichzeitig: China ist der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt für deutsche Autos, aber dort ist die Wirtschaft in der Flaute und es gibt politische Risiken. Die Umstellung auf Elektroantrieb krempelt die Branche um: Elektroautos bestehen aus weniger Komponenten und sie sind immer noch recht teuer in der Herstellung. Da ist es ein Problem, dass der Kauf von Elektroautos in verschiedenen Ländern Europas in ganz unterschiedlicher Höhe vom Staat gefördert wird. Die Automobilbranche hat auch lange unter Lieferkettenproblemen und einem Mangel an Chips gelitten, und diese Probleme sind noch nicht ganz gelöst. Immerhin erleichtert die Euroschwäche den Export in viele Länder und macht ihn auch profitabler.

Folgen der hohen Energiekosten

Die *Chemiebranche* mit gut 200 Milliarden Euro Umsatz im Jahr hat heute vor allem das Problem, dass sie so energieintensiv ist. Die BASF ist einer der größten Gas- und Stromverbraucher in Deutschland. Die heutigen Energiepreise verteuern die Produktion massiv, außerdem sind viele Rohstoffe und Vorprodukte teurer geworden. Letzteres ist überall auf der Welt gleich, aber die Energiepreise sind in Deutschland viel stärker gestiegen als anderswo. Ähnlich wie die *Autoindustrie* blickt die Branche auf sehr gute Jahre zurück, bis zuletzt wurde klotzig verdient.

Der *Maschinen- und Anlagenbau* ist mit über 250 Milliarden Umsatz pro Jahr die zweitgrößte Branche im Land – und dabei enorm vielfältig. Auch hier sind viele Vorprodukte teurer und durch Lieferkettenprobleme teilweise sogar knapp geworden, vor allem Halbleiter und Chips. Die hohen Energiepreise erzwingen Einsparungen und Restrukturierungen. Die Branche hat dabei noch sehr volle Auftragsbücher, sie hat bis zuletzt gut verdient und die Bestellrückgänge seit Sommer sind gering. Jedoch ist der Maschinenbau besonders konjunktursensibel: Wenn die Wirtschaftsleistung um zwei Prozent schrumpft, gehen die Investitionen in neue Maschinen schnell um zehn Prozent zurück. Beobachter erwarten deswegen im kommenden Jahr reale Umsatzrückgänge. Es gibt auch Lichtblicke: Die Branche hat Erfahrung mit Konjunkturschwankungen und kann damit umgehen, sie profitiert vom starken Dollar und auch von den zuletzt wieder gesunkenen Preisen für viele Industriemetalle.

Nach den vielen schlechten Nachrichten der letzten Monate hat die *Elektrobranche* mit deutlichen Bestellrückgängen gerechnet – und war dann selbst überrascht, dass der Auftragseingang bis zuletzt hoch geblieben ist. Ein Grund dafür ist, dass die Anpassung an hohe Energiepreise und die boomende Digitalisierung massive Investitionen mit Elektro-Produkten erfordern. Die Branche könnte damit einer der wenigen Gewinner der momentanen Probleme sein oder zumindest glimpflich davonkommen. Diese gute Nachricht wird von der Metall- und Elektroindus-



Unrentable Verhüttung: Die hohen Energiepreise zwingen die Chemiebranche in die Kurzarbeit

trie zurzeit aber eher versteckt, weil Tarifverhandlungen im Gange sind.

Etwa so stark wie die *Chemiebranche* ist die *Stahl- und Grundstoffindustrie* von den hohen Energiepreisen betroffen. ArcelorMittal, der größte Stahlproduzent der Welt, betreibt in Deutschland vier Werke, an drei davon wird jetzt kurzgearbeitet. Der Grund ist nicht mangelnde Nachfrage, sondern es sind schlicht Energiepreise, die eine Verhüttung in Deutschland unrentabel machen. Auch bei Aluminium und Zink wurde die Produktion an mehreren Standorten in Deutschland und anderswo in Europa schon heruntergefahren oder gestoppt. Ob diese Produktionen mit wieder niedrigeren Energiepreisen erhalten werden können, steht in den Sternen. Immerhin ist die Branche kein sehr großer Arbeitgeber mehr, weil sie hoch automatisiert ist.

Warum auch die Energieversorger nicht von der Lage profitieren

Bei den *Energieversorgern* muss man unterscheiden. Ob die hohen Preise ihnen schaden, hängt davon ab, zu welchen Konditionen sie eingekauft oder produziert haben und zu welchen Preisen sie Strom und Gas dann verkaufen können oder auch müssen. Viele kommunale und regionale Versorger stehen mit dem Rücken zur Wand, weil sie seit Beginn des Ukrainekrieges sehr teuer einkaufen mussten, aber nur einen Teil dieser Kosten an ihre Abnehmer weitergeben konnten. Für die Verbraucher waren die neuen Preise oft ein Schock, aber für die Versorger immer noch nicht kostendeckend – das war dann auch der Anlass für die lange diskutierte Gaspreismulage, die allerdings die Preise für Haushalte und Unternehmen noch mehr in die Höhe getrieben hätte. Das Projekt wurde deswegen zu Recht gestoppt, womit freilich die Notlage dieser Versorger andauert.

Völlig anders ist die Lage bei Stromerzeugern, die zu nur wenig gestiegenen Kosten Strom aus Wind, mit Solaranlagen, Biomasse oder Kohle produzieren können, aber im Verkauf massiv von den hohen Preisen profitiert haben. Hier sind riesige Zufallsgewinne entstanden, die nun mit einer Sondersteuer zu bis zu 90 Prozent abgeschöpft werden sollen. Dieses populäre Vorhaben ist nun im Grundsatz auch auf EU-Ebene gebilligt worden, aber die Umsetzung ist schwierig. Es ist nicht einfach, klar zu definieren, was ein „Zufallsgewinn“ im Sinne der geplanten Steuer ist. Außerdem ist die vorgesehene Rückwirkung der Steuer ab dem 1. März 2022 juristisch heikel.

In kaum einer Branche gibt es heute so viel Weltuntergangsstimmung wie in der *Immobilienwirtschaft*. Die Baupreise sind schon seit Jahren massiv gestiegen, jetzt wurden mit den ersten Zinserhöhungen auch die Finanzierungen teurer. Da die Kundschaft außerdem Realeinkommensverluste erlitten hat, werden viele Käufe von Wohnungen und Geschäftsimmobiliën storniert, die Projektentwickler und Baufinanzierer sind nach langer Zeit erstmals mit Umsatzeinbrüchen konfrontiert. In der Branche geht die Sorge um, dass die seit bald zwanzig Jahren stets gestiegenen Immobilienpreise abbrechen oder gar einbrechen könnten, vor allem wenn es zu einer Insolvenzwelle mit Zwangsversteigerungen kommt. Da überrascht es nicht, dass die Aktien der großen Wohnungsbaukonzerne seit Jahresanfang um teilweise über die Hälfte eingebrochen sind.

Keine Entlastung bei Immobilienpreisen

Bei genauem Hinsehen ist die Lage aber sehr unterschiedlich. Absehbar ist, dass Millionen Menschen angesichts sinkender Realeinkommen und teurer Energie künftig auf kleineren Flächen wohnen wollen oder müssen: Junge

Leute ziehen später aus und bilden dann eher Wohngemeinschaften, statt eigene Wohnungen zu mieten, ältere Leute ziehen eher in kleinere Wohnungen um, wenn der Nachwuchs ausgeflogen ist. Beides reduziert die Nachfrage nach Wohnraum und den Bedarf an Neubauten beträchtlich. Da das Baugewerbe seit Jahren an der Kapazitätsgrenze arbeitet, in dieser Zeit prächtig verdient hat und demnächst viele Fachkräfte in Rente gehen, hält sich hier die Not in Grenzen.

Ein großer Einbruch bei den Preisen ist noch weniger zu erwarten, denn die hohen Baukosten werden nicht wieder sinken und Bestandsbauten können ja auf Dauer nicht weniger kosten als gleichwertige Neubauten. Unbestreitbar sind über Jahre hinweg die Preise schneller gestiegen als die Mieten, sodass viele Immobilien heute nur noch mager Renditen von unter vier Prozent abwerfen. Aber was wäre die Alternative für den Anleger? Anleihen bringen heute gut zwei Prozent Zinsen bei zehn Prozent Inflation – also real minus acht Prozent. Der Verlust ist hier sicher (außer es geschieht das Wunder der schnellen Rückkehr zur Preisstabilität), während Immobilien erfahrungsgemäß letztlich doch mit dem allgemeinen Preisniveau im Wert steigen und damit inflationsgeschützt sind. Ein echter Preisverfall droht so gesehen nur für Immobilien in Abwärtstrendsgebieten, vor allem wenn sie schlecht wärmegeämmt sind.

Was die Inflation angeht, so sitzt die *Landwirtschaft* zwischen Baum und Borke: Die hohen Preise für Diesel und Düngemittel belasten sie, die hohen Lebensmittelpreise nützen ihr. Allerdings sind die Abnahmepreise für die Landwirte bisher viel weniger gestiegen als die Weltmarktpreise. Insofern überwiegen vorerst die Belastungen, vor allem in der Tierzucht. Viele Landwirte bauen zurzeit die Stromerzeugung aus Biomasse, Windkraft oder Solarenergie deutlich aus.

Dem Handel droht eine Pleitewelle

Seit Jahren setzt der Online-Handel dem *stationären Handel* zu, ein Veränderungsprozess, der noch andauert. Alle Teile des Handels stehen jetzt aber zusätzlich durch die massiv gestiegenen Einkaufspreise unter Druck, die bisher nur zu einem kleinen Teil beim Verbraucher angekommen sind. Im September sind die Großhandelspreise auf Jahresbasis um 19,9 Prozent gestiegen, die Verbraucherpreise aber „nur“ um zehn Prozent. In der harten Klemme zwischen diesen beiden Werten steht der Handel, dessen Margen schwinden und der zusätzlich unter hohen Energie- und Transportpreisen leidet. Eine Pleitewelle könnte schon bald beginnen.

Mehrere große *Banken* haben zuletzt mit deutlich besseren Geschäftszahlen überrascht. Hauptgrund ist die Rückkehr positiver (nominaler) Zinsen, die ja fast die Grundlage des Bankgeschäfts bilden. Ein weiterer Grund ist, dass bisher die Wirtschaft insgesamt noch rund läuft, gute Gewinne macht und die Beschäftigung hoch ist. Die Krise ist zwar absehbar, hat aber noch nicht wirklich begonnen. Für die Banken gibt es freilich (außer dem absehbaren Abschwung selbst) noch ein zweites, wenig beachtetes Risiko: Ein weiterer Zinsanstieg würde die Anleihekurse in den Keller gehen lassen. Banken halten aber große Anleihebestände als Teil ihres Eigenkapitals und weitere Bestände im sogenannten Eigenhandel. Hier liegt ein Risiko für die Bilanzen mehrerer Banken und – stärker noch – *Versicherungen*.

Dieser Rundumblick deckt nicht alle Branchen der Wirtschaft ab, insbesondere einige Dienstleistungsbereiche sind unerwähnt geblieben. Die Logik für sie ist einfach: Je stärker hohe Energie- und Rohstoffpreise sowie der Kaufkraftverlust der Verbraucher sich auf das jeweilige Geschäft auswirken, um so mehr Probleme sind zu erwarten.

—
Wenn die Wirtschaftsleistung um zwei Prozent schrumpft, gehen die Investitionen in neue Maschinen schnell um zehn Prozent zurück. Beobachter erwarten deswegen im kommenden Jahr reale Umsatzrückgänge

● MELDUNGEN

„Völlig aus der Zeit gefallen“

Berlin – Die geplante Erweiterung des Bundeskanzleramts in Berlin stößt auf Kritik. Laut den Planungen soll sich die Nutzfläche des Kanzleramts bis 2028 verdoppeln. Neben 400 neuen Büroräumen und einer Kita soll auch eine Kanzlerwohnung mit 250 Quadratmetern entstehen. Rainer Holznaegel vom Bund der Steuerzahler bezeichnete den Anbau als „völlig aus der Zeit gefallen“. Auch Carsten Linnemann forderte Bundeskanzler Olaf Scholz auf, den geplanten Erweiterungsbau zu stoppen. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU räumte zwar ein, dass Ex-Kanzlerin Angela Merkel das Vorhaben eingeleitet und die Unionsfraktion ursprünglich zugestimmt hat: „Doch inzwischen sind die Kosten für die Baupläne nochmals stark gestiegen – und wir befinden uns in einer völlig neuen Situation.“ Ursprünglich hatte der Bund bei dem Bauvorhaben mit Kosten von etwa 457 Millionen Euro kalkuliert. Mittlerweile sind daraus 777 Millionen Euro geworden. N.H.

Kritik an Bepreisung

Berlin – Die Absicht der Bundesregierung, künftig auch die Müllverbrennung in die CO₂-Bepreisung einzubeziehen, ist in einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Klimaschutz und Energie, in der es um den Entwurf des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Brennstoffemissionshandelsgesetzes ging, massiv kritisiert worden. Die Sachverständigen bezweifelten, dass die gegenwärtige die richtige Zeit sei, um die Müllverbrennung und damit auch die Müllentsorgung zu verteuern. Angesichts der allgemeinen Inflation und der explodierenden Energiepreise gelte es vielmehr, zusätzliche Belastungen für Bürger und Unternehmen zu vermeiden, zumal die CO₂-Bepreisung in der Müllverbrennung den CO₂-Ausstoß kaum nennenswert reduzieren dürfte. Nach Ansicht der Experten sollte die Einführung des Gesetzes um mindestens zwei Jahre verschoben oder besser noch die für 2031 geplante EU-weite Regelung abgewartet werden. W.K.

Klima-Barbarei im Barberini

Potsdam – Nach dem Kartoffelbrei-Anschlag auf ein Gemälde von Claude Monet hat die Leitung des Potsdamer Museums Barberini entschieden, das Haus bis zum 30. Oktober ganz zu schließen. In dieser Zeit sollen im Dialog mit anderen Museen die Sicherheitsstandards zum Schutz der Kunstwerke bei aktivistischen Übergriffen angepasst werden. Am frühen Nachmittag des 23. Oktobers haben Klimaaktivisten, die sich die „Letzte Generation“ nennen, Monets Gemälde „Getreideschober“ aus der Sammlung des Museumsgründers Hasso Plattner mit Kartoffelbrei beworfen. Da das Bild durch Glas geschützt ist, konnte keine Flüssigkeit eindringen, sodass es unversehrt blieb. Nach dem Festkleben auf Straßen kommt es vermehrt zu Anschlägen von Klimaaktivisten in Museen, so zuletzt auch auf Raffaels „Sixtinische Madonna“ in der Dresdener Gemäldegalerie Alte Meister. tws

CORONA

Druck auf Impfstoffhersteller wächst

Wissenschaftler fordern Primärdaten aus den klinischen Studien im Vorfeld der Zulassungsverfahren

VON WOLFGANG KAUFMANN

Eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern verlangt von den Herstellern der Corona-Impfstoffe die Herausgabe sämtlicher Primärdaten aus den klinischen Studien im Vorfeld der Zulassungsverfahren. Schließlich bieten nur die direkt erhobenen und noch nicht weiterverarbeiteten Daten über die Wirkung und die Nebenwirkungen der Impfstoffe Auskunft darüber, ob die Evidenz, welche die Grundlage für sämtliche Entscheidungen der Zulassungsbehörden hätte sein müssen, nicht verzerrt wurde und dem Stand der Wissenschaft entspricht.

Selbst dem STIKO-Mitglied Jörg Meerpohl platzte der Kragen

Dass die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) und das deutsche Paul-Ehr-

lich-Institut (PEI) die Impfstoffe zugelassen haben, obwohl sie keine ausreichende Menge an Primärdaten erhalten hatten, führt zu immer lauterer Kritik, zumal erste Re-Analysen der wenigen bislang öffentlich gemachten Rohdaten der Vakzin-Produzenten Erschreckendes zutage förderten. So fand der Professor für Pharmazie an der University of Maryland und Mitherausgeber des „British Medical Journal“ Peter Doshi in der Versuchsgruppe der geimpften Teilnehmer an den Zulassungsstudien deutlich mehr schwere Gesundheitsschäden wie Herzmuskelentzündungen und Thrombosen als von den Herstellern angegeben. Beim mRNA-Impfstoff von BioNTech/Pfizer lag die Quote in den Altersgruppen ohne Kinder und Senioren beispielsweise um 36 Prozent höher. Normalerweise müssten bei so etwas sofort die Alarmglocken der Zulassungsbehörden schrillen.

Doch das ist laut Doshi noch lange nicht alles: „Wenn Sie die Zulassungsunterlagen vom Dezember 2020 lesen, dann haben Sie alles Schwarz auf Weiß: dass wir nicht wissen, wie lange der Schutz anhält. Dass wir nicht wissen, ob die Impfstoffe vor asymptomatischen Infektionen schützen, dass wir nicht wissen, wie wirksam sie in verschiedenen Untergruppen sind. Wir wissen nicht einmal, ob sie die Sterblichkeit verringern.“

Schützenhilfe erhielt Doshi von dem emeritierten Epidemiologen und Sozialmediziner der Universität Münster Ulrich Keil. Der frühere Vorsitzende des Weltverbands der Epidemiologen und Berater der Weltgesundheitsorganisation (WHO) kritisierte, dass Pfizer und Moderna ihre Studien nach nur zwei Monaten entblindeten. Das bedeutete, dass sie den nicht geimpften Teilnehmern in der Placebo-Gruppe nahelegten, sich umgehend auch mit dem

zu testenden Vakzin „immunisieren“ zu lassen. Das, so Keil, mache es völlig unmöglich, Langzeitriskiken „nach den Regeln guter wissenschaftlicher Praxis einzuschätzen“. Dennoch seien auch schon die vorliegenden „Zwei-Monats-Daten alarmierend genug, um hier intensiv nachzuforschen“. Aber dafür müssten die Hersteller eben alle „Studiendaten offenlegen, das heißt Zugang zu den individuellen Teilnehmerdaten in Impf- und Placebogruppe gewährleisten“, was sie aber nicht täten.

BioNTech/Pfizer verweist auf den „Datenschutz“

Deshalb platzte nun sogar einem Mitglied der Ständigen Impfkommission (STIKO) beim Robert-Koch-Institut der Kragen. Der Direktor des Instituts für Evidenz in der Medizin am Universitätsklinikum Freiburg Jörg Meerpohl forderte BioNTech/Pfizer und Moderna ultimativ auf, die STIKO endlich mit „allen relevanten Daten aus allen klinischen Studien“ zu versorgen. Und auch der Charité-Immunologe Andreas Radbruch sprach kürzlich Klartext: „Daten unter Verschluss zu halten oder den Zugang zu erschweren, lässt den Verdacht aufkommen, die Impfstoffe könnten nicht so sicher sein wie behauptet.“ In dieselbe Kerbe schlug der Hallenser Virologe Alexander Kekulé: „Dass die Pharmahersteller die Daten nicht herausrücken, ist nicht zu rechtfertigen. Bei einem exotischen Impfstoff, der nur selten verimpft wird, kann man möglicherweise darüber hinwegsehen. Aber bei einem Massenimpfstoff wie den mRNA-Vakzinen muss man darauf bestehen.“

BioNTech/Pfizer reagierte indes nur mit Verweisen auf den „Datenschutz“ und betonte im Übrigen die Zuständigkeit der EMA. Allerdings gestand die Präsidentin für internationale Entwicklungsmärkte von Pfizer, Janine Small, bei einer Anhörung im Europäischen Parlament, man verfüge über keinerlei Daten, aus denen sicher hervorgehe, dass die Impfungen mit Comirnaty Covid-19-Infektionen verhindern. Vor diesem Hintergrund gewinnen die nunmehr angelaufenen Ermittlungen der Europäischen Staatsanwaltschaft bezüglich des Inhaltes der von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen geführten Verhandlungen über den Kauf des BioNTech/Pfizer-Corona-Vakzins an zusätzlicher Brisanz.



Einer der Impfstoffe, um dessen Wirksamkeit oder Schädlichkeit Experten streiten: Comirnaty von BioNtech/Pfizer

EINWANDERUNG

Cottbus verhängt Aufnahmestopp für Asylsucher

Brandenburgs zweitgrößte Stadt hat einen Forderungskatalog an Land und Bund aufgestellt

In einer Stichwahl hat eine Mehrheit der Cottbusser am 9. Oktober den SPD-Kandidaten Tobias Schick zum neuen Stadtchef bestimmt. Die Wahl war bundesweit verfolgt worden, weil der AfD mit ihrem Kandidaten Lars Schieske erstmals Chancen zugerechnet wurden, in einer Großstadt den Oberbürgermeister zu stellen. Die Amtseinführung ist für den 30. November vorgesehen.

Gut anderthalb Wochen nach dem Wahltag ist nun die Stadt mit einer Mitteilung an die Öffentlichkeit gegangen, die signalisiert, dass die Lage offenbar doch angespannter ist, als dies den Bürgern im Wahlkampf mitunter suggeriert wurde. Mit Blick auf den Zuzug von Asylsuchern hat die Stadt einen Forderungskatalog aufgestellt. Eine Forderung daraus lautet: „Flüchtlingsgipfel mit Ministerpräsident und Kabinett unter Einbin-

dung der Kommunen und daran anschließend Flüchtlingskonferenz mit dem Bundeskanzler“. Zudem fordert die Stadt eine „gleichmäßige und gerechte Durchsetzung der Verteilung innerhalb Brandenburgs und Deutschlands sowie die Wiederherstellung der gleichmäßigen Verteilung innerhalb Europas“.

Eine weitere Forderung, die aus dem Rathaus der zweitgrößten Stadt Brandenburgs mit Blick auf den Zuzug von Asylsuchern kommt, ist die, dass die Kosten der Kommunen, „die Verantwortung übernehmen und die Hauptlast tragen“, zu 100 Prozent ausgeglichen werden.

Radio Berlin-Brandenburg (rbb) zitiert den aktuellen Cottbusser Oberbürgermeister Holger Kelch (CDU) mit den Worten, die Stadt hisse die weiße Fahne. „Wir können nicht mehr“, so Kelch. Laut dem Oberbürgermeister, der aus gesund-

heitlichen Gründen keine weitere Amtszeit angestrebt hat, nimmt die Stadt zum jetzigen Zeitpunkt keine neuen Asylsucher mehr dauerhaft auf. Zwar erhalte jeder weiterhin eine Erstversorgung, so Kelch, allerdings müsse die Stadt feststellen, dass sie nicht mehr die Kapazitäten habe, eine größere Anzahl von „Geflüchteten“ so unterzubringen, „wie wir es unter einer qualitativ vernünftigen, menschenwürdigen Begleitung und Unterbringung verstehen“.

Als Gründe dafür, dass weiterhin Asylsucher nach Cottbus kommen, nennt die Stadt Familiennachzug und „die weiterhin fehlende Wohnsitzauflage im Land Brandenburg“.

Auch andere Städte und Gemeinden Brandenburgs sowie auch Behörden rechnen mit einer steigenden Zahl von Asylsuchern in den kommenden Monaten.

Olaf Jansen, der Leiter der Zentralen Ausländerbehörde Brandenburgs, sprach gegenüber dem rbb24 Inforadio sogar von einem „exorbitanten Anstieg“ der Zahlen in diesem Jahr. Nach Angaben des Behördenchefs liegt dies vor allem an der Zahl von Asylsuchern aus der Ukraine.

Innenminister Michael Stübgen (CDU) hatte vor einem Spitzentreffen, das am 10. Oktober zwischen Vertretern von Städten, Gemeinden und Landkreisen sowie Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) in Berlin stattfand, gewarnt, die Kommunen seien bei der Unterbringung von Asylsuchern an der Grenze der Belastbarkeit. Stübgen verband dies mit der Forderung, „angesichts der hohen Zugangszahlen in diesem Jahr müssen weitere Belastungen durch zusätzliche Aufnahmeprogramme der Bundesregierung vermieden werden“. Hermann Müller

RECHTSSTAAT

„Unzulässige politische Einflussnahme“

Richterbund wehrt sich gegen Berlins Justizsenatorin Lena Kreck (Linkspartei)

VON NORMAN HANERT

Erst im Juli hatte sich Berlins Justizsenatorin Lena Kreck entschieden gegen eine Einmischung in die Ermittlungen zu den Straßenblockaden von Klima-Extremisten verwahrt. Nach Kritik am langsamen Vorankommen der Ermittlungsverfahren sagte die Linkspartei-Politikerin: „Wir leben in einem Rechtsstaat mit einer Gewaltenteilung, da haben politische Einflussnahmen auf Richter und Strafverfolgungsbehörden nichts verloren.“

Nur wenige Monate später ist es nun der Richterbund, der gegenüber der Justizsenatorin darauf pocht, dass die Justiz unabhängig bleibt. Anlass ist ein gemeinsamer Brief, den sie mit Sozialsenatorin Katja Kipping (ebenfalls Linkspartei) Mitte Oktober an die Berliner Gerichtspräsidenten geschickt hat. Darin appellieren die beiden Senatorinnen an die Gerichte, angesichts der steigenden Preise bei säumigen Mietern möglichst auf Zwangsraumungen zu verzichten.

Der Berliner Landesverband des Deutschen Richterbundes reagierte darauf ebenfalls mit einem Brief, in dem er die Aufforderung ganz deutlich als „unzulässige politische Einflussnahme“ zurückweist. Wie Stefan Schifferdecker, der Vorsitzende des Landesverbandes des Richterbundes, erklärte, sind sich die Richter ihrer Verantwortung in Krisenzeiten bewusst, aber sie seien Recht und Gesetz verpflichtet: „Sie dürfen sich nicht nach emotionalen Aufrufen richten und keine Streikpartei bevorzugen. Wir würden auch Appelle der Immobilienwirtschaft zurückweisen, in deren Sinn zu entscheiden“, so Schifferdecker.

Senatorin scheitert vor Gericht

Nur kurz vor dem Appell an die Berliner Gerichtspräsidenten war die Kreck unterstehende Justizverwaltung vor dem Richterdienstgericht Berlin mit einem Versuch gescheitert, eine Richterin des Berliner Landgerichts vorzeitig in den Ruhestand zu versetzen. Die Justizverwaltung hatte der Zivilrichterin Birgit Malsack-Winkemann vorgeworfen, sie habe während ihrer Zeit als Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion zwischen 2017 und 2021 ausgrenzende und offensichtlich falsche Behauptungen zu Flüchtlin-



Mal für Gewaltenteilung, mal eher nicht: Berlins Justizsenatorin Lena Kreck (Linkspartei)

Foto: imago images/Fotostand

gen geäußert. Vorgeworfen wurde Malsack-Winkemann zudem, sie plädiere für ein „kulturell homogenes Staatsvolk“.

Das Richterdienstgericht, angesiedelt beim Verwaltungsgericht Berlin, entschied jedoch, die Äußerungen Malsack-Winkemanns während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete dürften in dem Verfahren um ihre Versetzung in den vorzeitigen Ruhestand nicht verwertet werden. Zur Begründung verwies das Gericht auf den Artikel 46 des Grundgesetzes. Dieser Artikel schließt aus, dass Bundestagsabgeordnete wegen ihrer Äußerungen im Parlament gerichtlich oder dienstlich verfolgt werden.

Bei Äußerungen, die nicht im Rahmen der parlamentarischen Tätigkeit von Malsack-Winkemann getätigt wurden, sah das Richterdienstgericht wiederum nicht die Qualität, die auf eine „schwere Beeinträchtigung der Rechtspflege“ hindeutet.

Aus Sicht des Gerichts hat die Berliner Justizverwaltung entsprechende Nachweise nicht vorgelegt. Auch das Richterdienstgericht konnte solche Nachweise nicht feststellen.

CDU will Eingriffe erleichtern

Wenige Tage nach dem Urteil unternahm die CDU-Fraktion im Rechtsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses einen Vorstoß, um im Land Berlin die Möglichkeit einer sogenannten Richteranklage zu schaffen. Diese soll es ermöglichen, dass das Abgeordnetenhaus das Bundesverfassungsgericht anrufen kann, um die Versetzung eines Richters zu erwirken, beispielsweise wenn wegen dessen politische Betätigungen Zweifel an dessen Integrität bestehen. Mit Ausnahme der AfD-Fraktion stieß der Vorstoß der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus auf breite Zustimmung. Auch Kreck soll dem Vorhaben der

CDU-Abgeordneten positiv gegenüberstehen. Für eine Richteranklage muss die Berliner Landesverfassung allerdings geändert werden.

Die CDU-Fraktion begründet ihre Forderung unter anderem mit dem Grundsatz der Gleichbehandlung innerhalb der Richterschaft. Tatsächlich existiert im Land Brandenburg bereits die Möglichkeit einer Richteranklage. Beide Länder haben zudem gemeinsame Fachobergerichte, etwa das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg. Richter dieser gemeinsamen Gerichte unterliegen schon jetzt den entsprechenden Vorschriften Brandenburgs. Obwohl in den meisten Bundesländern mittlerweile die Möglichkeit einer Richteranklage besteht, hat das Bundesverfassungsgericht in seiner jahrzehntelangen Geschichte noch nie über eine Richteranklage entscheiden müssen.

FINANZEN

Rechnungshöfe schlagen Alarm

Zusätzliche Schuldenaufnahme auf Bundes- und Landesebene möglicherweise rechtswidrig

Die rot-gelb-grüne Koalition will ein Entlastungspaket im Umfang von 200 Milliarden Euro schnüren, das Kanzler Olaf Scholz als „Doppelwumms“ bezeichnete. Mit dem Geld will die Bundesregierung die geplante Gaspreisbremse, eine angelegte Strompreisbremse sowie Hilfen für angeschlagene Unternehmen finanzieren. Brandenburg plant zudem ein eigenes Paket auf Landesebene.

Um trotz Schuldenbremse die Kredite aufnehmen zu können, greift der Staat auf die Notlagen-Regelung im Grundgesetz zurück. Diese ist eigentlich für problematische Situationen gedacht, die nicht durch bewusste politische Entscheidungen entstanden sind. Thiess Büttner, der Vorsitzende des unabhängigen Sachverständigenrats für den Stabilitätsrat im Bundesfinanzministerium, äußerte bereits Zweifel an, ob etwa der 100-Milli-

arden-Sonderfonds für die Bundeswehr juristisch zu rechtfertigen sei: „Die Notlagen-Regelung im Grundgesetz sagt eigentlich, es muss etwas sein, was der Staat nicht selbst zu verantworten hat“, so Büttner.

Kritik am „Doppelwumms“-Plan kommt nun vom Bundesrechnungshof. In einem Bericht für den Haushaltsausschuss des Bundestages bemängeln die Rechnungsprüfer, dass die Kreditaufnahme für ein Sondervermögen die „bereits bestehende Intransparenz des Bundeshaushaltsplans“ verstärkt, weil sie sich nicht direkt im Haushalt niederschlägt.

Die Ampel-Koalition will die Kredite noch vollständig in diesem Jahr aufnehmen und dann zunächst in einer Rücklage parken. Ausgegeben werden die 200 Milliarden dann überwiegend in den Jahren 2023 und 2024. Aus Sicht des Bundes-

rechnungshofs verstößt die vorgesehene Kreditaufnahme auf Vorrat jedoch gegen den verfassungsmäßigen Grundsatz der Jährlichkeit.

„Notlage 2024 gar nicht absehbar“

Die Rechnungsprüfer wiesen auch darauf hin, dass es mittlerweile schon mehrere „Sondervermögen“ gibt. Neben einem Klimafonds existiert bereits ein Fonds für die digitale Infrastruktur und ein Sonderfonds zur Modernisierung der Bundeswehr. Für den Scholzschon „Doppelwumms“ will die Ampel den Corona-Krisenfonds reaktivieren und mit neuen Mitteln ausstatten.

Die Prüfer des Bundesrechnungshofs sind dagegen der Ansicht, dass der geplante Schutzschirm „unmittelbar aus dem Bundeshaushalt finanziert werden“ sollte. Auch Brandenburgs Rechnungshof

hat sich mit der Absicht der in Potsdam regierenden rot-schwarz-grünen Regierungskoalition beschäftigt, nach der Erklärung einer außergewöhnlichen Notlage neue Schulden zu machen. Die Kenia-Koalition plant, mit den Krediten ein Zwei-Milliarden-Entlastungspaket auf Landesebene zu schnüren. Die Landesregierung will mit dem Paket angesichts steigender Energiepreise und hoher Inflation Bürger und Unternehmen unterstützen.

Brandenburgs Landesrechnungshof sieht allerdings den Plan der Koalition als verfassungsrechtlich fragwürdig an, jetzt schon für das Jahr 2024 eine Notlage feststellen zu wollen. Laut dem Rechnungshof in Potsdam ist aktuell die künftige wirtschaftliche oder politische Entwicklungen ebenso wenig absehbar wie Möglichkeiten von Einsparungen oder Mehreinnahmen in der Zukunft. H.M.

KOLUMNE

Heuchelei

VON VERA LENGSELD

Bekanntlich haben die Grünen Großes vor mit Berlin. Der sogenannte Verkehrsombudsmann soll die Stadt fahrradgerecht werden lassen, koste es, was es wolle. Möglichst viele sollen das Auto aus Einsicht oder entnervt stehen lassen. Selbst vor Krankenhäusern wurden Parkplätze zu Radwegen umgewidmet. Hinweise, dass viele Pflegekräfte von außerhalb anreisen und auf Parkplätze angewiesen seien, fruchteten nichts, die Antwort war stets, das Personal könnte doch mit dem Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit fahren. Auch Kuriere könnten ruhig eine Strecke zwischendurch laufen, wenn sie nicht in der Nähe der Ablieferungsstelle parken dürften. Laufen ist schließlich gesünder, als hinter dem Steuer zu sitzen.

Für Verkehrssenatorin Jarasch von den Grünen gelten diese Regeln natürlich nicht. Sie fährt im Dienstwagen, ganz umweltgerecht von Tesla. Ob mit Massagesitzen oder nur gepanzert, ist nicht bekannt. Kürzlich hat Jarasch wieder mit viel Medienanteilmahme einen neuen Radweg eingeweiht. Es handelt sich um einen sogenannten geschützten Radfahrstreifen am Tempelhofer Damm. Zwischen Alt-Tempelhof und der Ullsteinstraße fahren nun Radler auf den ehemaligen Parkplätzen. Vom Autoverkehr sind sie durch mehr als 500 Poller getrennt.

Bei der Einweihung, die von den Grünen nebenbei noch als Parteiwerbung genutzt wird, lobt Jarasch das Projekt: „Es ist sehr, sehr viel, was wir in dieser Stadt umbauen wollen“, kündigt sie an. „Ja, es kostet Fahrspuren und Parkplätze, wenn man Platz für geschützten Radverkehr bauen will. Es lohnt sich aber für alle Beteiligten.“

Dann schneidet die Senatorin ein Band durch und radelt ein paar Meter für die Fotografen. Ihr Tesla samt Chauffeur warten, bis sie fertig ist. Dann düst Jarasch wieder ab. Wegen „Termin drückt“ könne sie dienstlich kein Fahrrad benutzen.

MELDUNG

Sperrung war rechtswidrig

Berlin – Die Sperrung der Friedrichstraße für den Autoverkehr zwischen Französischer und Leipziger Straße in Berlin-Mitte war rechtswidrig, so die Eilentscheidung des Berliner Verwaltungsgerichts vom vergangenen Dienstag. Verkehrssenatorin Bettina Jarasch (Grüne) plant, die Straße zur reinen Fußgängerzone umzugestalten, nachdem ein Versuch gescheitert war, den Boulevard für Fußgänger und Radfahrer gleichzeitig zu öffnen, während Autos ausgesperrt worden waren. Das Verfahren zur Umwidmung in eine Fußgängerzone sei aber nicht abgeschlossen, so das Gericht, gegen dessen Urteil Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht möglich ist. Für die Zwischenzeit bis zum Abschluss des Umwidmungsverfahrens hätte man die Straße nur aus Gründen der Sicherheit und Ordnung im Straßenverkehr für Autos sperren dürfen. Diese Gründe lägen aber nicht vor, weshalb die entsprechenden Verkehrszeichen binnen zwei Wochen zu entfernen seien. Geklagt hatte eine Geschäftsfrau, die dem Aktionsbündnis „Rettet die Friedrichstraße“ angehört. H.H.

● MELDUNGEN

Meloni contra Globalisten

Rom – Womöglich verfolgt die neue italienische Ministerpräsidentin Georgia Meloni ihre Globalismus-kritische Linie doch mit größerer Schärfe, als es Beobachter einschätzten, die gehofft haben, die Protagonistin der Partei „Fratelli d'Italia“ habe ihre Positionen abgeschwächt. Wie das Nachrichtenportal „Report 24“ berichtet, hat Meloni vergangenen Sommer in einem Beitrag für „Radio Cusano Campus“ geäußert, dass die Immigrantenströme aus Afrika und dem Orient von „organisierten Bewegungen“ betrieben würden. Es sei kein Zufall, dass ein Finanzspekulant wie George Soros entsprechende NGOs finanziere. Auf diese Weise sollten billige Arbeitskräfte importiert werden. Zudem gebe es auch einen Plan zur Destruktion der Gesellschaft. Man wolle eine Gesellschaft ohne Identität, ohne Wurzeln und ohne Bewusstsein aufbauen, damit die Menschen gleichermaßen zu Konsumenten würden, die dem Kapital ausgeliefert seien. H.H.

EU-Fonds reicht nicht aus

Brüssel – Der EU droht das Geld für die militärische Unterstützung der Ukraine auszugehen. Mit der Europäischen Friedensfazilität hatte die EU 2021 einen speziellen Fonds geschaffen, aus dem sie ihren ärmeren Mitgliedsländern die Kosten für Waffenlieferungen an die Ukraine ersetzen will. Dieser faktische Schattenhaushalt wurde bislang mit 5,7 Milliarden Euro ausgestattet, wobei etwa ein Viertel der Summe aus Deutschland kam. Doch die reichen offensichtlich nicht aus. So lieferte Polen alleine schon Waffen und Munition im Wert von knapp 1,8 Milliarden Euro an das Nachbarland und will das Geld nun von der EU zurückhaben. Diese kann allerdings Polen nur rund 46 Prozent der geltend gemachten Ausgaben erstatten, weil inzwischen auch mehrere andere Länder umfangreiche Forderungen präsentierten. Deshalb diskutiert die EU-Kommission nun über eine Verdoppelung der Einlagen in den Fonds. W.K.

Einseitiger Boykott

Washington – Während die EU und die USA zunehmend weniger fossile Energieträger aus Russland importieren, gibt es keinerlei Boykotte von russischem Kernbrennstoff. So beziehen die Vereinigten Staaten weiterhin rund ein Viertel ihres Bedarfs an hochgradig schwach angereichertem Uran (HALEU) für den Einsatz in den 93 in Betrieb befindlichen Kernreaktoren aus der Russischen Föderation. Sollte Moskau hier künftig als Lieferant ausfallen, würden die USA mittelfristig über 200 Terawattstunden Strom weniger verfügen, was in etwa dem Jahresverbrauch von ganz Italien entspricht. Deshalb sucht die Biden-Administration nun händeringend nach Alternativen, weil Experten für die signifikante Ausweitung der US-eigenen Produktion drei bis fünf Jahre veranschlagt haben. Eine ähnliche Abhängigkeit von russischen HALEU-Lieferungen besteht auch in vielen europäischen Ländern, allen voran Frankreich. W.K.

GROSSBRITANNIEN

Chronik eines Scheiterns

Mit hoher Wahrscheinlichkeit stellt nach der nächsten Parlamentswahl Labour den Premier

VON CLAUDIA HANSEN

Inzwischen steht Katze Larry, der „Chief Mouser“ in der Downing Street 10, für mehr Kontinuität als die Premierminister. Schon vier Regierungschefs hat der Kater überlebt. Nach David Cameron und Theresa May kam Mitte 2019 Boris Johnson, der drei Jahre später über die Partygate-Affäre und andere Skandale stolperte. Anfang September zog Liz Truss als neue britische Premierministerin ein, nachdem sie im Mitgliederentscheid gewonnen hatte. „In Liz we Truss“ hatte die Parteibasis vertrauensselig gejubelt. Doch nur 44 Tage später musste Truss das Handtuch werfen. Sie stürzte über einen waghalsigen Kurs mit schuldenfinanzierten Steuerensenkungen, der Zweifel an den britischen Staatsfinanzen weckte. Die Anleiherenditen stiegen, weil Investoren ein höheres Risiko sahen. Das verteuerte aber auch Hypotheken für normale Häuserkäufer.

Mit einer Mischung aus Ärger, Verwunderung und Entsetzen verfolgten die

Briten, was ihre neue Regierung anstellte. Truss musste Finanzminister Kwasi Kwarteng, den ersten Schwarzen in diesem Amt, nach nur gut einem Monat abberufen und durch Jeremy Hunt ersetzen, schon der fünfte Schatzkanzler in nur drei Jahren. Hunt hat praktisch die gesamte Steuersenkungsagenda von Truss mit einem Federstrich wieder annulliert.

Der Rückhalt für Truss in der Fraktion schwand immer mehr. Nur mit brachialem Druck konnte sie eine Abstimmung über Fracking für sich entscheiden. Innenministerin Suella Braverman musste den Hut nehmen, weil sie eine private Mailadresse für Regierungspost verwendet hatte. Schließlich sah Truss ein, dass es für ihr politisches Überleben nicht mehr reichte.

Über zwölf Jahre an der Regierung

Ihre Nachfolge wurde nun schneller als erwartet geklärt, wobei auch hier wieder chaotische Szenen drohten. Zwei alte Bekannte – Ex-Finanzminister Rishi Sunak und Boris Johnson – bewarben sich. John-

son glaubte, er könnte bei den Mitgliedern die Nase vorne haben, obwohl viele Parteigranden eindringlich vor einem Comeback des gestürzten Ex-Premiers warnten. Die Partei drohe zu zerbrechen, hieß es. Sie würde in der Wählergunst noch mehr abstürzen. In den turbulenten Truss-Wochen fiel die Tory-Partei tatsächlich wie ein Stein in Umfragen bis auf wenig über 20 Prozent, während Labour im Höhenflug über 55 Prozent gelangte.

Dieser gewaltige Rückstand würde die Tories bei der nächsten Parlamentswahl regelrecht auslöschen, denn beim Mehrheitswahlsystem würden sie den Großteil ihrer Sitze verlieren. Die nächste Wahl steht Ende 2024 oder Anfang 2025 an, das ist nur noch verzweifelt wenig Zeit für eine Aufholjagd.

Ob diese mit Johnson möglich wäre, bezweifeln viele. Einerseits hat der unkonventionelle blonde Wuschelkopf und gute Redner noch einige Fans und war erwiesenermaßen ein starker Wahlkämpfer. Johnson schaffte 2019 einen Erdbebenstich gegen die Labour-Partei, die damals

noch vom dubiosen Linksradikalen Jeremy Corbyn geführt wurde.

Seine Freunde sagen, Johnson habe ungeachtet mancher Eskapaden die „großen Dinge“ doch richtig hingekriegt – er habe den Brexit über die Bühne gebracht, in der Corona-Krise nach einer schnellen Impfkampagne das Ende der Lockdowns durchgesetzt und sich im Ukrainekrieg kraftvoll positioniert.

Erschöpft, zerstritten und ziellos

Andererseits hat Johnsons politischer Glanz inzwischen doch extreme Kratzer erlitten. Auch viele frühere Freunde haben sich von ihm abgewandt. Der Chef des konservativen Magazins „The Spectator“, Fraser Nelson, schreibt, Johnson habe „bitter enttäuscht“ und statt konservativer Politik nur hohe Ausgaben und hohe Steuern geliefert.

Sunak polarisiert weniger, doch auch er schleppt ein schweres Erbe mit sich. Die hohen Steuern tragen ihm viele in der Partei nach. Sunak wollte die Steuern erst kurz vor der nächsten Wahl wieder senken. Mit dem neuen Kurs von Jeremy Hunt ist diese ganze Planung durcheinandergeraten. Der 42-jährige Sunak, Sohn von indischen Einwanderern, der als Investmentbanker und Ehemann einer Milliardärstochter reich geworden ist, gilt zwar als seriös, doch fehlt es ihm an Charisma. Auch wenn er nun im zweiten Anlauf in die Downing Street kommt, bliebe eine zerrissene Partei und Fraktion eine denkbar schlechte Ausgangslage, um einen neuen, ruhigeren Kurs einzuschlagen.

Seit mehr als zwölf Jahren regieren die Konservativen nun das Land und wirken jetzt erschöpft, zerstritten und orientierungslos. Truss trat wie eine Thatcher-Kopie an und scheiterte. Sunak will als seriöse Alternative zum Partymenschen Boris Johnson erscheinen, doch ob das reicht? Während die Tories sich gegenseitig zerfleischt haben, wird Labour zum lachenden Profiteur.

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird Labour-Chef Keir Starmer nach der nächsten Wahl Premierminister. Er steht für eine gemäßigte Linke, nachdem er die linksradikalen Vertreter des ehemaligen Corbyn-Flügels in den Hintergrund geschoben hat, die aber noch immer in der zweiten und dritten Reihe der Partei lauern. Großbritannien stehen wohl weitere unruhige Jahre bevor.

(Siehe Porträt auf Seite 8)



Er will als seriöse Alternative zum Partymenschen Boris Johnson erscheinen, doch reicht das? Rishi Sunak

Foto: pa

RUSSLAND

Haben die Ukrainer oder die Briten mitgemischt?

Die Suche nach den Verantwortlichen für den Bombenanschlag auf die Krim-Brücke geht weiter

Die große strategische Bedeutung der 2018 eröffneten und umgerechnet mehr als vier Milliarden Euro teuren Brücke über die Meerenge von Kertsch resultiert daraus, dass sie die wichtigste Straßen- und Eisenbahnverbindung zwischen der Halbinsel Krim und der russischen Region Krasnodar ist. Am ersten Sonnabend dieses Monats wurde sie durch einen Bombenanschlag schwer beschädigt.

Nach Aussage des russischen Inlandsgeheimdienstes FSB geht dieses Attentat auf das Konto des ukrainischen Pendants SBU. Der in einigen Polyethylenfolie-Rollen versteckte Sprengsatz soll zunächst über den Seehafen von Odessa in die bulgarische Stadt Ruse geschmuggelt worden und dann über Poti in Georgien ins russische Armavir gelangt sein. Dort, so der

FSB, hätten die Täter ihn auf den Lastwagen geladen, der auf der Brücke explodierte. Dieses würde den Verdacht nahelegen, dass der Zoll des NATO-Mitgliedsstaates Bulgarien in die Aktion eingeweiht gewesen war.

Laut der bekannten US-amerikanischen Nachrichtenplattform „The Grayzone“ könnten auch britische Agenten an der Vorbereitung des Anschlags mitgewirkt haben. Das ergibt sich vor allem aus einem „Grayzone“ zugespielten Dokument mit dem Titel „Support for Ukraine Maritime Raiding Operations“. Hierbei handelt es sich um eine Präsentation aus diesem April, die offensichtlich zur Information der Führung des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6 gedacht war und zahlreiche Vorschläge für Komman-

do-Operationen im Schwarzen Meer gegen die Flotte oder zivile Infrastrukturen Russlands enthält. Letztere sollen allesamt dem Ziel dienen, die „Kriegsführungsfähigkeit“ Moskaus in der Region zu „erodieren“. Eine zentrale Rolle spielt dabei „die Zerstörung der Brücke über die Kertsch-Straße“. Dadurch ließen sich die russischen Land- und Seestreitkräfte auf der Krim weitgehend von der Nachschubversorgung abschneiden.

Aus den Begleitschreiben zu der Präsentation geht hervor, dass diese auf Ersuchen von Chris Donnelly entstand. Der frühere Oberst im Geheimdienst des britischen Heeres war Sonderberater von vier NATO-Generalsekretären und drei britischen Verteidigungsministern. Derzeit ist er Fachberater des Verteidigungs-

ausschusses im Londoner Unterhaus. Als Schöpfer der Präsentation fungierte Hugh Ward, ein Veteran der britischen Streitkräfte. Der schlug vor, die Krim-Brücke „auf eine kühne Art und Weise außer Gefecht zu setzen“, und machte hierzu mehrere konkrete Vorschläge wie die Verwendung von Marschflugkörpern, Angriffstauchern und Sprengsätzen.

Dabei verwies Ward auch auf „Konstruktionsfehler“ in den Pfeilern des Bauwerkes und schlug vor, sich auf diese „Schwachstellen“ zu konzentrieren. Dann könnte es zum „vollständigen strukturellen Versagen“ der Brücke kommen. Donnelly quittierte das Ganze mit einer E-Mail, in der er Wards Darlegungen als „wirklich sehr beeindruckend“ bezeichnete. Wolfgang Kaufmann

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine mussten Tausende nicht-russische und damit auch deutsche Firmen die Entscheidung treffen, ob sie weiterhin im Russland-Geschäft tätig sein wollen oder nicht. Dabei kamen sie zu ganz unterschiedlichen Ergebnissen, wie ein 30-köpfiges Recharteam des Chief Executive Leadership Institute (CELI) der Yale School of Management in New Haven im US-Bundesstaat Connecticut unter der Leitung von Jeffrey Sonnenfeld herausfand und in Form einer detaillierten Liste publizierte. Diese findet sich unter der Internetadresse www.yalerussianbusinessretreat.com und teilt die Unternehmen analog zu den Schulnoten in den USA in die Kategorien A, B, C, D, F ein.

A steht dabei für „Klarer Bruch – kompletter Rückzug“, B für „Weitgehender Rückzug, aber Offenhalten der Möglichkeit zur Rückkehr“, C für „Reduzierung des laufenden Betriebs“, D für „Zurückhaltung nur bei Neuinvestitionen“ und F für „Business as usual trotz aller Forderungen nach Beendigung oder Reduzierung der Aktivitäten“, was immerhin für 238 Unternehmen gilt.

238-mal „Business as usual“

Zu denen zählen der Landmaschinenhersteller Claas mit Sitz in Harsewinkel und einem Montagewerk im russischen Krasnodar, der Medizintechnik- und Gesundheitskonzern Fresenius in Bad Homburg vor der Höhe, das Einzelhandelsunternehmen Globus in St. Wendel, der Lager- und Gabelstaplerproduzent Kion Group in Frankfurt am Main und die Stada Arzneimittel Aktiengesellschaft in Bad Vilbel. Das fortgesetzte Engagement der aktuell insgesamt 19 deutschen Firmen in der Kategorie F wird von diesen zumeist mit der Sorge um das Auskommen der russischen Mitarbeiter und humanitären Überlegungen begründet. Zumindest im Falle von Globus dürfte aber auch eine Rolle spielen, dass die Kette in Russland immerhin ein Viertel ihrer weltweiten Umsätze erzielt.

Zur Kategorie D gehören der Chemie- und Pharmakonzern Bayer, der Naturheilmittelhersteller Dr. Theiss, der Baustoffkonzern HeidelbergCement, der Großhandelsriese Metro und die Siemens Energy AG. Auch hier machen manche Firmen geltend, sie hätten die „ethische Verpflichtung“, der russischen Bevölkerung keine „wesentlichen Gesundheits- und Landwirtschaftsprodukte vorzuenthalten“. Inwieweit dieses Argument auch auf Metro zutrifft, sei dahingestellt. Auf jeden Fall wurde das Unternehmensnetzwerk jetzt durch



OBI hat alle 27 russische Filialen an einen anonymen Investor verschenkt: OBI-Filiale im Nordwesten Moskaus

Foto: pa

RUSSLAND-GESCHÄFT

Welche deutsche Firmen sich wie weit zurückgezogen haben

30 US-Wissenschaftler unterteilten über 1200 Unternehmen in fünf Kategorien von „Klarer Bruch – kompletter Rückzug“ bis „Business as usual“

Hacker lahmgelegt, wodurch viele der rund 700 Märkte in 30 Ländern der Welt zeitweise schließen mussten – vermutlich ein Racheakt der Ukraine.

Wegen der Reduzierung von signifikanten Teilen ihres Russlandgeschäfts ordneten die CELI-Experten unter anderem folgende deutsche Firmen in die Kategorie C ein: den Versicherungskonzern Allianz, den Pharmagiganten Boehringer Ingelheim, die Industrieunternehmen Robert Bosch, Carl Zeiss, Continental, Schaeffler, Thyssenkrupp und Vaillant, den Logistikdienstleister DB Schenker, die Energiekonzerne E.ON und Uniper, den Haushaltsgerätehersteller Miele sowie den Software-Riesen SAP.

„Bis auf weiteres“ nicht mehr in Russland präsent und somit zur Kategorie B

gehört ist der fränkische Sportartikelhersteller Adidas, der damit das Verhalten der Konkurrenten Puma und Nike nachvollzogen hat. Das Opfer hält sich in Grenzen, denn der Konzern erwirtschaftete zuletzt nur noch drei Prozent seines Gesamtumsatzes in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Ebenso will DHL keine Geschäfte mit Russland mehr machen, transportiert aber nach wie vor Briefe, Päckchen und Pakete zwischen Russland und Deutschland. Ansonsten haben auch Audi, BMW, Daimler Truck, MAN, Mercedes Benz, Porsche, VW, Kärcher, Haribo, Hugo Boss, Krombacher und Playmobil, das Geldinstitut Commerzbank, die Versicherungen Hannover Re und Munich Re sowie das Hamburger Logistik-Branchenschwergewicht Hapag-Lloyd ihre Aktivi-

täten in Russland nach eigener Aussage auf unbestimmte Zeit eingestellt.

320-mal „Klarer Bruch“

Und dann wären da noch die von dem Yale-Team in die Kategorie A eingestuften derzeit rund 320 Firmen, die einen endgültigen Schnitt vollzogen haben sollen. In Deutschland sind dies Aldi, BASF, CMS, Covestro, Deichmann, die Deutsche Bank, die Deutsche Telekom, DPD, Dr. Oetker, Edeka, Evonik, Grohe, Henkel, Infineon, Jägermeister, Knorr-Bremse, Lufthansa, OBI, Rewe, Roland Berger, Siemens, Tchibo, TeamViewer, TUI und die United Internet Group. OBI verschenkte dabei alle 27 russische Filialen an einen anonymen Investor, der die 5000 Angestellten samt und sonders übernehmen will.

LUFTHANSA

Corona scheint gut überstanden

Gewinne in Milliardenhöhe – Aber Gerüchte um Machtkampf im Aufsichtsrat

Bei der Lufthansa machen Gerüchte über einen Machtkampf im Aufsichtsrat die Runde. Dabei hätten die Verantwortlichen allen Grund zur Freude. Vorbei und längst vergessen scheinen die Corona-Krise, während der die Fluggesellschaft durch eine gigantische staatliche Finanzspritze in Milliardenhöhe vor dem Ruin geschützt wurde. Nach jüngsten Berechnungen soll der bereinigte operative Gewinn die Marke von einer Milliarde Euro überschreiten. Als Gründe nannte der Konzern die starke Ticketnachfrage und ein weiteres Rekordergebnis der Frachtochter Lufthansa Cargo.

Vorstandschef Carsten Spohr will das Geld nicht auf die hohe Kante legen, sondern er will noch höher hinaus. Während der Präsentation der guten Zahlen kün-

digte der 55-Jährige die „größte Investition der Unternehmensgeschichte“ an zweieinhalb Milliarden Euro gibt die Lufthansa für neue Flugzeuginnenrichtungen, neue Kunden-Apps und Aufenthaltsräume in Flughäfen aus. Dazu kommen zwei Milliarden Euro für neue Flugzeuge, die weniger Kerosin verbrauchen. Spohrs Ziel: „Wir müssen zeigen, dass wir in Sachen Innovation ganz vorne sind.“

An der Börse kamen die nackten Zahlen und Spohrs Vision gut an. Die Papiere schossen in die Höhe, übertraf der Lufthansa-Vorstand doch die Erwartungen der Analysten. Erst Anfang August hatte die Fluggesellschaft ihr Ziel auf mehr als 500 Millionen Euro angehoben. Branchenexperten waren im Schnitt zuletzt von gut 800 Millionen Euro ausgegangen.

Nun hat Spohr das Erreichen der Milliardengrenze für realistisch erklärt.

Es könnte also alles eitel Sonnenschein sein bei der Kranich-Linie, wäre da nicht Klaus-Michael Kühne. Der 85-jährige Logistik-Milliardär wurde kürzlich in einer Rangliste des „Manager Magazins“ auf Platz sechs der reichsten Deutschen notiert. Zunächst heimlich, dann still und nun nicht mehr leise hat er sich bei Lufthansa eingekauft und hält mittlerweile 17,5 Prozent der Aktien. Insider sagen, Kühne plane weitere Zukäufe. Beim Erreichen der 20-Prozent-Marke wären diese anzeigepflichtig. Kühne, welcher der breiten Öffentlichkeit vor allem als Investor beim Fußball-Zweitligisten HSV bekannt ist, dürfte es nicht um schnelles Geld gehen, sondern um Strategie. Der Mehrheits-

aktionär des internationalen Logistikdienstleisters Kühne + Nagel gilt als versierter Taktiker und ausgeprägter Machtmensch. Nachdem der Bund seine Lufthansa-Beteiligung verkauft hat und die Erben des früheren Aktionärs Heinz Hermann Thiele ihre Anteile abgestoßen haben, ist Kühne Einzelaktionär. Als Vertreter im Aufsichtsrat hat er seinen Adlatus Karl Gernandt vorgesehen. Doch das reicht ihm nicht. Gernandt, ein früherer HSV-Mitstreiter, soll auch in den noch wichtigeren Prüfungsausschuss aufsteigen.

Aufsichtsratschef Karl-Ludwig Kley, dessen Mandat im kommenden Jahr ausläuft, ist dem Vernehmen nach äußerst verstimmt. Er empfiehlt dem früheren Fußballfunktionär erst einmal eine Einarbeitungszeit. Peter Entinger

MELDUNGEN

Mittelstand kriselt

Berlin – Mehr als jedes vierte Unternehmen in Berlin verzeichnet aktuell Umsatzrückgänge. Bei einer bundesweiten Studie der Wirtschaftsauskunftei Creditreform, für die etwa 1200 kleine und mittlere Unternehmen aus dem Baugewerbe, der Dienstleistungsbranche, dem Handel und dem verarbeitenden Gewerbe befragt wurden, berichteten 27,6 Prozent der befragten Berliner Unternehmen über Umsatzrückgänge. Im vergangenen Jahr hatte die Quote nur bei 13,6 Prozent gelegen. Jede 14. befragte Berliner Firma bezeichnete die aktuelle Geschäftslage sogar als schlecht. Laut der Creditreform-Studie hat jeder fünfte Mittelstandsbetrieb in der Hauptstadt Personal abgebaut. Patrik-Ludwig Hantzsch, Wirtschaftsforscher von Creditreform, kommentierte die Umfrageergebnisse: „Der Mittelstand befindet sich seit fast drei Jahren in einer Ausnahmesituation bisher unbekanntem Ausmaßes.“ N.H.

Türkei statt Deutschland

Moskau/Ankara – Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat sich zustimmend zur Idee geäußert, die Türkei zur Drehscheibe für Gaslieferungen nach Europa zu machen. Einen entsprechenden Vorschlag hatte Russlands Präsident Wladimir Putin bei einem Treffen mit Erdoğan in der kasachischen Hauptstadt Astana gemacht. Putin sagte: „Wir könnten das verlorene Transportvolumen durch Nord Stream auf dem Grund der Ostsee in die Schwarzmeerregion verlagern.“ Laut dem russischen Präsidenten würde die Haupttransportroute für Erdgas nach Europa damit künftig durch die Türkei führen. Der größte Gashub für Europa würde in der Türkei entstehen. Ugur Yasin Asal, der Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft und internationale Beziehungen an der Handelsuniversität Istanbul, schlug vor, angesichts des Gasbedarfs Europas in dieser neuen Drehscheibe für den Gashandel auch Gas aus Aserbaidschan und Turkmenistan einzuspeisen. N.H.

Ausnahme soll entfallen

Berlin – Das Bundesfinanzministerium plant, den Kauf von Anlagemünzen aus Silber durch die Abschaffung der sogenannten Differenzbesteuerung demnächst höher zu besteuern. Im Jahr 2014 war auf Druck der Europäischen Union die Mehrwertsteuer für Silbermünzen von sieben auf 19 Prozent angehoben worden, allerdings mit der Ausnahme, dass für von außerhalb der Europäischen Union eingeführte Geldstücke nur die Differenz zwischen dem Händlereinkaufspreis und dem Preis, den der Kunde am Ende zahlt, Mehrwertsteuerpflichtig ist. Diese Ausnahme soll künftig entfallen. Daraus dürfte nicht nur eine Verteuerung der Silbermünzen beispielsweise aus Kanada oder Australien um etwa zwölf Prozent resultieren, sondern auch eine verstärkte Nachfrage nach Gold, bei dessen Kauf weiterhin keine Mehrwertsteuer anfällt. W.K.

NACHRUF

Wer oder was folgt?

GERNOT DANOWSKI

Fragt man die Österreicher auf der Straße oder in den sozialen Medien, so fällt die Beurteilung ihres vergangenen Sonnabend verstorbenen Landsmannes Dietrich Mateschitz recht eindeutig aus. Die Menschen erinnern sich an einen erfolgreichen Geschäftsmann, an seine Heimatverbundenheit und an das, was er für das Land Österreich geleistet hat. Er erwarb Schlösser und Hotels und ließ sie liebevoll renovieren. Er machte sich mit der Stiftung „Wings for Life“ für Querschnittsgelähmte stark. Er formte den Energydrink „Red Bull“ zur Weltmarke. Er holte die Formel 1 zurück nach Österreich und belebte den Rennsport mit zwei eigenen Rennställen, Toro Rosso und Red Bull. In Letzterem stieg der Deutsche Sebastian Vettel zum vierfachen Formel-1-Weltmeister auf.

Red Bull Salzburg scheint in der ersten österreichischen Fußballliga ein Abonnement auf den Meistertitel zu haben, und auch der bundesdeutsche Verein RB Leipzig profitierte vom Einsatz und von der Sportbegeisterung des Mäzens. Nicht zuletzt war ihm der private Fernsehsender Servus TV ein Herzensprojekt. Gerade bei Nachrichten und Talksendungen hatte sich das Medium gemauert und war zum Geheimtipp für diejenigen aufgestiegen, die nach einer Alternative zu den oftmals gleichklingenden Mainstreammedien suchten.

Man sieht: Mateschitz' Einflüsse auf Gesellschaft, Gefühl, den Markt, Kultur, Sport und nicht zuletzt Medien waren und sind in Österreich nicht mehr wegzudenken.

Dietrich Mateschitz' Vermächtnis

Umso drängender stellt sich nun die Frage nach der Zukunft. Was soll aus all dem werden? Wer erbt das Vermögen? Was wird aus dem Red-Bull-Konzern? Als möglicher Nachfolger wurde immer wieder sein Sohn Mark gehandelt. Er erbt zwar ein Milliardenvermögen, dass er in die Fußstapfen seines Vaters tritt, gilt aber als fraglich. Bei Red Bull selbst hatte er bisher keinen großen Einfluss. Ob er in die Zukunft des Konzerns eingebunden wird, darüber wird die thailändische Familie Yoovidhya entscheiden. Sie hält mit 51 Prozent die Mehrheit an Red Bull.

Ein strategischer Kurswechsel ist unwahrscheinlich. Zu erfolgreich sind

die Ergebnisse und zu ergiebig die Einnahmen. Der Konzern wirft schließlich jährlich für seine Eigentümer Hunderte Millionen Euro an Gewinn ab.

Die mächtigen thailändischen Partner könnten jedoch eine für den österreichischen Staat schmerzhaft Änderung herbeiführen. Im Jahr 2020 soll Red Bull rund 405 Millionen Euro an Steuern ans österreichische Finanzamt abgeliefert haben. Möglich ist, dass man einen Umzug in Steuerparadiese wie die Cayman Islands oder die Jungferninseln vornimmt.

Was passiert mit Servus TV?

Ebenso spannend ist die Frage, was mit den von Mateschitz angestoßenen und entwickelten Medienprojekten passiert. Wer in den bundesdeutschen Polittalkshows eine Meinungsvielfalt vermisst hat, der wird auf Servus TV fündig. Dort wartet der Sender mit einem ausgewogenen Mix aus Gästen aller politischer und gesellschaftlicher Couleure auf. Ob in den Nachrichten oder bei den Talkformaten „Talk im Hangar“ und „Links Rechts Mitte“ – bundesdeutsche Sender könnten sich in Sachen Ausgewogenheit noch etwas abschauen.

Mit 440 Millionen Euro Jahresumsatz ist das Red Bull Media House der Zweitgrößte, gleich nach dem Österreichischen Rundfunk (ORF) mit einer Milliarde. Ein Großteil dieser 440 Millionen Euro kommt allerdings nicht aus Einnahmequellen wie Werbung oder dem Publikum. Experten schätzen deren Anteil auf ungefähr 70 Millionen. Woher der Rest kommt, darüber schweigt sich der Red-Bull-Konzern aus. Es bleibt also offen, ob sich der Sender ohne Finanzspritze halten könnte.

Auch wenn viele Fragen offen sind, eine Sache ist sicher: Was Mateschitz in Angriff nahm, das verfolgte er mit großer Leidenschaft und mit großem Willen bis zum Erfolg. Ein gutes Beispiel dafür ist, dass die Mannschaften von RB Salzburg und RB Leipzig auf seinen Wunsch hin auf Schweigeminuten verzichteten. RB Salzburg schrieb dazu in einer offiziellen Erklärung, man sehe sich mehr denn je in der Verantwortung, sein Lebenswerk und seine Vision zusammen mit Red Bull in seinem Sinne weiterzuführen. Scheint so, als müsste sich der Österreicher über ein wichtiges Erbe keine Gedanken machen: die Zukunftsfreudigkeit seines Konzerns.



Beendet die „feministische Außenpolitik“ seiner Vorgängerin Wallström: Schwedens neuer Außenminister Tobias Billström

LEITARTIKEL

Eine späte Einsicht

BODO BOST

Schweden unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von Deutschland. Dort hat nun erstmals ein rechtes Bündnis bürgerlicher Parteien die Macht übernommen, zu dem auch die konservativen Schwedendemokraten zählen, die mit 20 Prozent der Stimmen zweitstärkste Fraktion im Stockholmer Parlament geworden sind. Die abgewählte sozialdemokratische Regierungschefin Magdalena Andersson hatte anders als Angela Merkel eingestanden, dass die Massenzuwanderung von 2015/16, die zum Erstarken der Schwedendemokraten geführt hatte, ein großer Fehler war.

Kurz nachdem Ministerpräsident Ulf Kristersson seine neue Regierung vorgestellt hatte, hat Außenminister Tobias Billström von der konservativen Moderaten Sammlungspartei angekündigt, dass auch mit der „feministischen Außenpolitik“, einst ein Markenzeichen Schwedens, Schluss sei. Das Konzept der „feministischen Außenpolitik“ wurde von mehreren Ländern kopiert, hat aber auch in vie-

len anderen Staaten für Aufregung gesorgt. Die ehemalige Außenministerin Margot Wallström prägte den Begriff 2014 und stellte die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt der internationalen Agenda Schwedens. Zu ihren Zielen gehörten die Förderung der wirt-

wir werden den Ausdruck ‚feministische Außenpolitik‘ nicht verwenden, denn Etiketten auf Dingen haben die Tendenz, den Inhalt zu verschleiern.“ Veröffentlichungen zu diesem Thema wurden von der Website des Außenministeriums entfernt.

Billström sagte, es werde keine größeren Änderungen an anderen außenpolitischen Projekten Schwedens geben wie etwa dem NATO-Beitrittsprozess des Landes. Wallströms kritische Äußerungen über die Rechte der saudischen Frauen hatten Saudi-Arabien 2015 dazu veranlasst, seinen Botschafter in Stockholm abzuberufen.

In einem 2021 veröffentlichten Dokument erklärte die Regierung des skandinavischen Landes, dass die feministische Außenpolitik des Landes lediglich in Moldawien und Somalia auf fruchtbaren Boden gefallen sei. Dort haben sie angeblich zu mehr Frauenrechten geführt. In rund 20 Staaten seien neue Gesetze verabschiedet worden, um geschlechtsspezifische Gewalt, weibliche Genitalverstümmelung und Kinderheirat einzuschränken, hieß es weiter.

Schwedens neue Regierung macht Schluss mit „feministischer Außenpolitik“

schäftlichen Emanzipation, die Bekämpfung sexueller Gewalt und die Verbesserung der politischen Teilhabe von Frauen.

„Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein grundlegender Wert in Schweden und auch ein grundlegender Wert für diese Regierung“, sagte Billström der schwedischen Nachrichtenagentur TT. „Aber

PORTRÄT

Maharadscha von Britannien

Wie sich das Blatt wendet: Im Jahr 1947 hat ein in selbstgewebte Leinensäcke gekleideter Mahatma Gandhi die Briten aus Indien verjagt. Jetzt soll ein in teuren Designeranzügen auftretender Multimillionär indischer Abstammung die Briten vor dem Ruin retten. **Rishi Sunak** ist der erste von König Charles III. ernannte britische Premierminister und zugleich der erste Hindu, der in den Regierungssitz von Downing Street Nr. 10 einzieht.

Im zweiten Anlauf hat der 42-jährige konservative Politiker den Sprung an die Führungsspitze des Vereinigten Königreichs geschafft. Nach dem Rücktritt von Boris Johnson Anfang September scheiterte sein erster Versuch an Liz Truss, die ihrerseits nach einer nur 45-tägigen Amtszeit das Handtuch warf. Da Johnson auf eine Wiederwahl verzichtete und kein anderer Kandidat zur Verfügung stand, lief es automatisch auf Sunak hinaus.

Sunak gilt mit seiner Frau, die am indischen Software-Unternehmen ihres Vaters beteiligt ist, als einer der reichsten Briten. Beider Vermögen wird auf 730 Millionen Pfund geschätzt, damit sind sie reicher als der neue König. Der in Southampton geborene Sunak, dessen indische Eltern bis zur Auswanderung nach England in Ostafrika lebten, war nach seiner Ausbildung in einem Elite-Internat

und einem Studium in Oxford für das Investmentunternehmen Goldman Sachs tätig, ehe er als Hedgefonds-Manager steinreich wurde. 2014 ging er in die Politik und gewann einen Wahlkreis, in dem man ihn scherzhaft den „Maharadscha“ der Yorkshire Dales nennt.

Vor zwei Jahren wurde der Brexit-Befürworter Schatzminister unter Johnson und führte wegen der Pandemie eine für Großbritannien einmalige Art des Kurzarbeitergeldes ein. Als Liz Truss Premier war, warnte er vor den katastrophalen Folgen ihrer geplanten Steuerensenkungen. Tatsächlich brach nach der Ankündigung der Wert des Pfund Sterlings empfindlich ein. Sunak will mit direkten Hilfen für die sozial Schwachen bei gleichzeitigen Ausgabeneinsparungen dagegen angehen. Er muss sich sputen, damit der Inder diesmal nicht derjenige ist, den die Briten eiligst zum Teufel jagen. **H. Tews**



Am Ziel von Nr. 10: Rishi Sunak

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)**Verantwortliche Redakteure:** Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.**Korrespondenten:** Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.**Druck:** Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.**Anzeigen:** Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.**Konten:** Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon	(040) 4140 08-0
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de**E-Mail:** redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de**Landsmannschaft Ostpreußen:**
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Bodes Lieblingskünstler

Berlin besitzt dank Wilhelm von Bode eine der größten Donatello-Sammlungen – Phänomenale Ausstellung in der Gemäldegalerie

VON VEIT-MARIO THIEDE

Er sei „fraglos einer der größten Bildhauer der Geschichte“, behauptet werbewirksam der Kunsthistoriker Neville Rowley über den italienischen Renaissancekünstler Donatello. Das darin tatsächlich viel Wahres steckt, sieht man an der Donatello-Ausstellung, die Rowley als Kurator für frühe italienische Kunst in der Gemäldegalerie und der Skulpturensammlung der Staatlichen Museen zu Berlin zusammen mit Kollegen in Florenz und London erarbeitet hat.

Die bislang größte aller Retrospektiven des „Donatello“ genannten Donato di Niccolò di Betto Bardi (um 1386–1466) findet mit 90 Exponaten in der Gemäldegalerie des Berliner Kulturforums statt. Die Werke des Florentiner Künstlers treten in Dialog mit Skulpturen, Reliefs und Gemälden italienischer Zeitgenossen.

Dass Berlin neben Florenz und London die bedeutendste Sammlung der Werke Donatellos besitzt, ist dem 1914 geadelten Museumsdirektor Wilhelm von Bode zu verdanken. Auch auf vielen anderen Sammelgebieten verschaffte er den Berliner Museen durch seine von den drei Kaisern und zahlreichen Mäzenen mitfinanzierten Erwerbungen Weltgeltung.

Aber eine besondere Vorliebe hegte der Generaldirektor der Königlich Preussischen Museen für die Kunst und Kultur der italienischen Renaissance, zu deren Wiederentdeckung er wesentlich beitrug. Seit Bodes Wirken ist Donatello als einer der einflussreichsten Künstler der Frührenaissance anerkannt. Zentrale Werke des Bildhauers erwarb er für das 1904 eröffnete Kaiser-Friedrich-Museum, das seit 1956 Bode-Museum heißt.

Sein David aus Florenz

Der Untertitel der Retrospektive erhebt Donatello zum „Erfinder der Renaissance“. Rowleys erklärt dazu: „In Dona-



Zugpferd einer Ausstellung: Donatellos bronzenener Pferdekop ist eines von vielen kostbaren Renaissanceobjekten

tellos Werken lassen sich jene zahlreichen Neuerungen entdecken, die die italienische Kunst der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts entscheidend geprägt haben.“ Er räumt jedoch ein: „Donatello hat sich offenbar nie richtig an jene Kunstgattung gewagt, die den Individualismus der Renaissance am stärksten prägen sollte: das Porträt.“ Die Gelehrten, Architekten und Künstler der Renaissance orientierten sich an der römischen Antike. Donatello war einer der ersten Bildhauer, die sich von ihr Anregungen holten.

Als Gast aus Florenz steht der alttestamentliche Held „David“ (Marmor, 1408/09) zum Auftakt der Attraktionen reichen Retrospektive im Rampenlicht. Der Jüngling ist stolz auf sich. Die Linke

in die Hüfte gestemmt, deutet er mit Zeige- und Mittelfinger auf sich selbst. Die Finger der Rechten aber weisen zu seinen Füßen, zwischen denen das Haupt des Goliath liegt. Den übermächtigen Gegner hat David mit seiner Steinschleuder niedergestreckt.

Friedfertig, aber ebenso ausdrucksvoll ist Donatellos ebenfalls aus Florenz ange-reiste Marmorskulptur von Johannes dem Täufer (um 1442), der als jugendlicher Asket mit übergroßem Kopf auf schmalen Schultern dargestellt ist. Eine von Donatellos berühmtesten Skulpturen vervollständigt das Trio aus Florenz: der bronzene „Amor-Attis“ (um 1435–40). Der dicke Junge tanzt fröhlich. Seine frivole Kleidung entspricht der des phrygischen

Gottes Attis, und wie Liebesgott Amor weist er Flügel auf.

Heftige Gefühlsausbrüche

Flügel haben auch die in größerer Zahl ausgestellten „Spiritelli“. Ihr Name bedeutet „kleine Geister“. Die Vorbilder dieser feisten Knaben finden sich auf antiken Sarkophagen. Donatelli war einer der ersten Renaissancekünstler, der sich ihrer annahm. Sein „Spiritello mit Tambourin“ (Bronze, um 1429) ist nach den Worten Rowleys „ein Meisterwerk des instabilen Gleichgewichts“. Bode bezahlte das gute Stück aus eigener Tasche und schenkte es den Berliner Museen. Erst später hat sich für die von Donatelli populär gemachten „Spiritelli“ die Bezeichnung „Putten“ ein-

gebürgert. Die kleinen geflügelten Wesen bevölkern die Werke zahlloser Künstler.

In seiner ganzen Schaffenszeit beschäftigte sich Donatello in immer neuen Varianten mit Reliefs aus Terrakotta und Marmor, die Maria als lebensgroße Halbfigur und den ganzfigurigen Jesusknaben zeigen. Sie lieferten anderen Künstlern Anregungen, wie die Schau etwa am Beispiel Michelozzos zeigt. Sein den Berliner Sammlungen angehörendes Flachrelief der „Orlandini-Madonna“ (Marmor, um 1426) orientiert sich hinsichtlich der im Profil dargestellten Maria an Donatellos „Pazzi-Madonna“ (Marmor, um 1422).

Dieses Meisterwerk erwarb Bode für Berlin. Es zeigt Maria, die in inniger Zuneigung ihre Stirn an die ihres Kindes drückt. Sie befinden sich in einer perspektivisch dargestellten Nische. Rowley bezeichnet die „Pazzi-Madonna“ daher als ein frühes Beispiel dafür, „dass Donatello die von seinem Freund Filippo Brunelleschi entwickelte Zentralperspektive nutzte“. Die sorgte auch in der Malerei für Furore, wie die Schau zum Beispiel mit Fra Angelicos fesselndem Gemälde „Die Erscheinung des heiligen Franziskus“ (Gemäldegalerie Berlin, um 1429) zeigt.

In Donatellos Spätwerk begegnen uns heftige Gefühlsausbrüche, besonders eindringlich im Londoner Bronzerelief der „Beweinung Christi“ (um 1458–60). Die Gestik und Mimik Marias sowie der umstehenden Figuren signalisieren große Verzweiflung, die ihren Widerhall in den kleinteilig aufgewühlten Gewandfalten der Figuren findet. Die Emotionen gipfeln im Ausdruck der hinter dem toten Jesus stehenden Maria Magdalena. Sie fährt sich mit den Händen ins aufliegende Haar, reißt ihren Kopf zur Seite und brüllt Trauer und Schmerz aus sich heraus.

● Bis 8. Januar in der Gemäldegalerie, Matthäikirchplatz, Berlin, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 14 Euro www.smb.museum/donatello

DEUTSCHE KLASSIK

Werthers Vorbild

Karl Wilhelm Jerusalem starb vor 250 Jahren – Sein Selbstmord inspirierte Goethe zu seinem Klassiker

In der Nacht vom 29. zum 30. Oktober 1772 schoss sich in Wetzlar der junge Karl Wilhelm Jerusalem, ein junger Legationssekretär am Reichskammergericht, in seiner Mietwohnung am Schillerplatz in den Kopf. Er starb wenige Stunden später. Einige herbeigerufene Freunde konnten zuvor von ihm Abschied nehmen.

Der Selbstmord aus Liebeskummer seines ehemaligen Arbeitskollegen inspirierte Johann Wolfgang Goethe zu seinem Briefroman „Die Leiden des jungen Werthers“. Wie der melancholische und wegen beruflicher Misserfolge verbitterte Jerusalem greift Goethes Werther am Ende zur Pistole und erschießt sich. 1774 wurde die erste Ausgabe des „Werther“ auf der Michaelismesse in Leipzig dem Publikum vorgestellt. Durch seinen ersten Roman, der sein erfolgreichster blieb, wurde Goethe über Nacht berühmt. Das Werk avancierte zum Kultbuch einer Generation, deren Befindlichkeit durch die Handlung selbst und den authentischen, mitfühlenden Ton des Autors einen bewegend literarischen Ausdruck erhielt.

Auch international war und blieb „Die Leiden des jungen Werthers“ das bekannteste und meistverbreitete Werk des bald darauf in ganz Europa berühmten Schriftstellers. Wie Goethe war auch Jerusalem vielseitig interessiert, philosophisch-, kunst- und literaturbegeistert. Obwohl er einige philosophische Aufsätze verfasst hat, die Lessing nach seinem Tod herausgab, wäre er heute ohne Goethes „Werther“ vergessen.

Goethe litt selbst unter heftigen Stimmungsschwankungen, was man damals Empfindsamkeit nannte. Unbeständigkeit und Schwierigkeiten mit der Impulskontrolle teilte er mit vielen, die sich in der Folge als Stürmer und Dränger hervortaten. Mit seiner Erzählung von der unglücklichen, unerfüllten Liebe des sensiblen Werther zu Lotte, die bereits verlobt ist, meisterte er seine eigene Lebenskrise, die einen ähnlichen Hintergrund hatte. Im Juli 1772 hatte Goethe in Wetzlar Charlotte Buff kennengelernt und sich heftig in sie verliebt. Nach dem frühen Tod der Mutter führte Lotte den

Haushalt und sorgte für ihre neun Geschwister. Doch sie war seit 1768 mit dem zehn Jahre älteren Johann Christian Kestner verlobt. Mit seinem brüskten Abschied von Wetzlar im September 1772 folgte der leidenschaftliche Goethe einer Aufforderung Lottes, blieb aber in briefli-



Außerhalb des Friedhofs beigesetzt: Gedenkstein für K. W. Jerusalem in Wetzlar

cher Verbindung mit den Verlobten. Kestner, mit dessen Pistole Jerusalem sich tötete, berichtete Goethe ausführlich über die Umstände des Todes des unglücklich Verliebten. Der Schlussteil der „Leiden des jungen Werthers“ ist eng an die Geschehnisse angelehnt.

Der Roman löste in ganz Europa eine Welle von Selbstmorden aus, was Goethe den Vorwurf eintrug, er habe mit dem Roman zum Selbstmord aufgerufen. Jedoch erschien das Buch in einer Zeit, als in gebildeten Kreisen die Idee des „romantischen Selbstmords“ bereits länderübergreifend ein Thema war.

In Wetzlar erinnert das Museum Jerusalemhaus am Schillerplatz 5 an das Leben und den tragischen Tod von Jerusalem. In dem Fachwerkhäus mit rötlichem Ständerwerk sind in den beiden Zimmern, die er bewohnt hat, neben bürgerlichem Mobiliar des 18. Jahrhunderts Bildnisse, Landkarten, Druckschriften und eine Handschriftensammlung mit einem persönlichen Bezug zu Karl Wilhelm Jerusalem ausgestellt. *Dagmar Jestrzemska*

● MELDUNGEN

Surrealisten im Barberini

Potsdam – Bis zum 29. Januar zeigt das Museum Barberini mit „Surrealismus und Magie. Verzauberte Moderne“ eine Ausstellung mit Werken von Salvador Dalí, Giorgio de Chirico, Max Ernst, René Magritte und anderen Surrealisten, die sich mit Magie und Mythos beschäftigten. Infos im Internet: www.museum-barberini.de *tws*

Akademie sichert Spuren

Berlin – Unter dem Titel „Spurensicherung. Die Geschichte(n) hinter den Werken“ beschäftigt sich die Berliner Akademie der Künste am Pariser Platz vom 29. Oktober bis 22. Januar mit Provenienzforschung. Im Zentrum stehen Objekte von Walter Benjamin, Alfred Kerr oder Max Liebermann, die im Zweiten Weltkrieg verloren gegangen sind. www.adk.de *tws*

ARCHÄOLOGIE

„Ich sehe wunderbare Dinge“

Vor 100 Jahren entdeckte Howard Carter das Grab des Tutanchamun

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 4. November 1922 machte ein zwölf Jahre alter ägyptischer Wasserträger den damals 48-jährigen englischen Archäologen Howard Carter auf eine in den Felsboden geschlagene Treppenstufe aufmerksam. Carter ließ graben. Zutage kamen 16 Stufen. Sie führten vor eine vermauerte und versiegelte Tür. Carter schickte seinem Mäzen, dem 5. Earl of Carnarvon, George Herbert, ein Telegramm nach England: „Großartige Entdeckung im Tal der Könige.“

Am 24. November standen Carter, Carnarvon und dessen Tochter Evelyn vor der Gruft. In der unteren Hälfte des vermauerten Zugangs entdeckten sie im Putz mehrere Siegel des Tutanchamun. Am nächsten Tag riss das Grabungsteam die Vermauerung ein und entfernte die Schotterfüllung des abschüssigen Ganges, der zu einer zweiten zugemauerten Tür führte. Carter schlug ein Guckloch hinein und leuchtete in die hinter der Vermauerung liegenden Räume. Der Lord fragte, ob er etwas erkennen könne. Carter antwortete: „Ja, ich sehe wunderbare Dinge.“

Das Grab war fast unberührt

Carter und seinem Geldgeber war eine archäologische Weltsensation gelungen. Sie hatten das einzige so gut wie unberührte Grab im Tal der Könige gefunden. Zwar waren kurz nach Versiegelung der Gruft zweimal Grabräuber eingedrungen. Doch die hatten offenbar nicht viel mitgenommen und vor allem Unordnung hinterlassen. Anschließend herrschte für Tutanchamun im Gegensatz zu den anderen Pharaonen Grabesruhe. Er war nämlich als einziger der „rund 250 Jahre nach seinem Tod erlassenen staatlichen Verordnung entgangen, alle intakten Königsgräber im Tal der Könige leerzuräumen“, wie die Ägyptologin Nadja Tomoum in ihrem lesenswerten Buch „Das Geheimnis des Tutanchamun“ ausführt.



Am Grab von Tutanchamun: Howard Carter mit einem Mitarbeiter

Foto: mauritius

Tutanchamun kam um 1333 vor Christus mit etwa neun Jahren auf den Königsthron. Sein Vater Nofretete die altägyptische Götterwelt gestürzt und Aton – die Sonne – zur einzigen Gottheit erklärt. Echnatons Sohn trug anfangs den Namen „Tutanchaton“. Den legte er im dritten Jahr seiner Herrschaft ab, nannte sich „Tutanchamun“ und ließ die unter der Regentschaft seines Vaters verfallenen Tempel der alten Götter restaurieren. Tutanchamun starb 1323 vor Christus mit etwa zwanzig Jahren.

Mit etwa achtzig Quadratmetern ist Tutanchamuns Grabanlage für pharaoni-

sche Verhältnisse recht klein. Sie besteht aus dem Vorräum mit Anbau, der Grabkammer und der Schatzkammer. Die offiziell am 27. November 1922 geöffneten, aber bereits in der Nacht zuvor von Carter, Carnarvon und Evelyn heimlich durchstöberten Räume waren mit fast 5400 Objekten vollgestopft. Carter und sein Team brauchten zehn Jahre, um die Schatzfunde zu bergen. Zur Grabinrichtung gehörten 31 Hocker, Stühle und Thronesseln, 32 Paar Sandalen und 145 Lendenschurze. Um sich auch im Jenseits nicht die Hände schmutzig machen zu müssen, standen Tutanchamun 413 so-

genannte Uschebti-Figuren als Arbeiter und deren Aufseher zu Diensten.

Als äußerst langwierig erwies sich für Carter, seinen Assistenten Arthur Mace, den Konservator Alfred Lucas, den Fotografen Harry Burton und die für die Untersuchung der Mumie zuständigen Ärzte die Arbeit in der Grabkammer. In vier Schreine, einen Sarkophag und drei Särge war die königliche Mumie verpackt. Der achte und letzte Sarg besteht aus purem Gold. Die Mumie selbst war mit der Goldmaske bedeckt, die es alsbald zum weltberühmten Markenzeichen Tutanchamuns gebracht hat. Die Einbalsamie-

rungsflüssigkeit hatte sich in eine steinharte schwärzliche Masse verwandelt, die das Haupt des Königs mit seiner Maske verklebte. In den Mumienbinden fanden die Archäologen 140 Schmuckstücke und Objekte. Bei deren Bergung zerlegte Carter die Mumie kurzerhand in ihre Einzelteile, wie Tomoum berichtet. Den vom Körper getrennten Kopf löste er mit heißen Messern von der Maske.

Sonderausstellung im nächsten Jahr

In Kairos Ägyptischem Museum ist nur ein Teil von Tutanchamuns Grabschatz ausgestellt. Vollständig soll er demnächst in dem in der Nähe der Pyramiden von Gizeh neu erbauten „Großen Ägyptischen Museum“ zu sehen sein. Für die Ausstattungs-gestaltung und Szenographie ist das in Stuttgart ansässige Atelier Brückner zuständig. Es bezog Anregungen aus Carters Grabungsarchiv, das vom Griffith Institute der Universität Oxford betreut wird. Das Institut hat kürzlich den Band „Howard Carter und das Grab des Tutanchamun“ herausgegeben, der 50 Briefe, Pläne, Zeichnungen und Fotografien präsentiert.

Der Termin für die Eröffnung des Museums in Gizeh steht noch nicht fest. Sicher aber ist, dass 101 Jahre nach der Entdeckung des Grabes das Hildesheimer Roemer- und Pelizaeus-Museum Tutanchamun mit der einzigen Sonderausstellung im deutschsprachigen Raum ehrt. Kurator Christian Bayer kündigt an, dass die ab September laufende Schau unser Wissen um neue Facetten und Sichtweisen bereichern werde. Es soll hochwertige Reproduktionen von Originalen zum Anfassen geben. An der Drei-D-Rekonstruktion der Goldmaske wirkt der am Römisch-Germanischen Zentralmuseum von Mainz tätige Christian Eckmann mit. Er nahm 2014/15 die technologische Untersuchung und wissenschaftliche Restaurierung von Tutanchamuns Goldmaske vor, deren Zeremonialbart bei Reinigungsarbeiten abgefallen und kurzerhand mit Sekundenkleber schief wieder angesetzt worden war.

NORODOM SIHANOUK

Ein Repräsentant der Khmer über Regimewechsel hinweg

Kaum ein anderer stand an der Spitze derart vieler Staatsformen und Befreiungsorganisationen wie der vor 100 Jahren geborene Asiat

Wie Norodom Sihanouk haben auch andere Menschen über Jahrzehnte an der Spitze ihrer Nation gestanden, aber doch nicht in derart vielen Funktionen und Ämtern, Staatsformen und Konstellationen. In seiner bewegten (Herrscher-)Biographie spiegelt sich die leidvolle Geschichte seines Landes im letzten Jahrhundert mit all ihren Brüchen, Zäsuren und Interventionen von außen.

Sein Land war französische Kolonie, als Sihanouk am 31. Oktober 1922 in der Hauptstadt Phnom Penh in Kambodschas Herrscherfamilie hineingeboren wurde. Obwohl er von der Erbfolge her nicht dran war, machten die Kolonialherren ihn nach dem Tode von König Sisowath Monivong 1941 zu dessen Nachfolger. Sie erwarteten dafür Dankbarkeit von dem damaligen Jüngling, aber er kämpfte für die Beendigung ihrer Fremdherrschaft.

Unter japanischem Schutz rief der König am 12. März 1945 die Unabhängigkeit seines Landes aus. Aber nach der Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg sah er sich schon wenige Monate später gezwungen, sich mit der französischen Siegermacht zu arrangieren.

Eine neue Chance bot der Indochinakrieg. Frankreichs Niederlage von 1954 vorausahnend, proklamierte er ein Jahr zuvor bereits erneut die Unabhängigkeit seines Landes. Auf der Genfer Indochinakonferenz wurde sie international bestätigt.

Als die langjährige Regierungspartei, die Demokratische Partei, nach links driftete und monarchiekritischer wurde, überließ Sihanouk 1955 seinem Vater Norodom Suramarit das eher repräsentative Amt des Königs, um sich aktiv in die Parteipolitik mischen zu können. Er gründete die Sozialistische Volksgemeinschaft, welche die Demokratische Partei als Regierungspartei ablöste, und übernahm selbst zeitweise als Ministerpräsident die Führung der Regierungsgeschäfte. Nach dem Tode seines Vaters übernahm er wieder das Amt des Staatsoberhauptes, ohne allerdings den Königstitel wieder aufzunehmen.

Sihanouk erstrebte innenpolitisch einen Buddhistischen Sozialismus und außenpolitisch die Blockfreiheit. Das missfiel den USA, die nach Verbündeten in ihrem Vietnamkrieg suchten. 1970 wurde Sihanouk während einer Aus-

landsreise Opfer eines pro-US-amerikanischen Putsches.

Im Exil bildete Sihanouk die Nationale Einheitsfront von Kampuchea (FUNK) und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kampuchreas (GRUNK),



Sihanouk bei seiner Krönung 1941

beide unter Einschluss der Roten Khmer. In Kambodscha begann ein Bürgerkrieg, den die Einheitsfront 1975 gewann. Sihanouk wurde wieder Staatsoberhaupt.

Allerdings hatten die von der Volksrepublik China und Nordvietnam unterstützten Roten Khmer schon vor dem gemeinsamen Sieg über die pro-US-amerikanischen Putschisten begonnen, die anderen Mitglieder von FUNK und GRUNK zu verfolgen. Fünf Kinder und 15 Enkel Sihanouks wurden von den Roten Khmer getötet. Er selbst musste 1976 aus „gesundheitlichen Gründen“ zurücktreten und wurde unter Hausarrest gestellt.

1979 marschierten Truppen der sowjetfreundlichen Sozialistischen Republik Vietnam in Kambodscha ein und beendeten die Herrschaft der chinafreundlichen Roten Khmer. Sihanouk ging ins chinesische Exil. Wie weiland nach dem Putsch von 1970 gegen das US-freundliche versammelte sich nun hinter ihm ein breites Bündnis gegen das vietnamfreundliche Regime in seiner Heimat. Es wurde getragen beziehungsweise unterstützt von Patrioten und Nationalisten wie ihm, die grundsätzlich Fremdherrschaft ableh-

ten, von den Roten Khmer und der mit ihnen verbündeten Volksrepublik China, von Gegnern des Sowjetsystems sowie vom Westen, der über das Regime in Phnom Penh Vietnam und die Sowjetunion schwächen wollte.

Nach dem Sieg des Westens über die Sowjetunion im Kalten Krieg kam es schließlich zu einer friedlichen Lösung. Vietnam zog sich aus Kambodscha zurück, die UN übernahmen für 1992/93 die Verwaltung und 1993 wurde das Land eine demokratische Wahlmonarchie mit Sihanouk als König.

2004 legte Sihanouk die Krone nieder. Zum einen war er von Schlaganfällen, Diabetes, Bluthochdruck und Darmkrebs geschlagen, zum anderen konnte er so aktiv seine Nachfolge begleiten. Der Thronrat wählte seinen Sohn Norodom Sihamoni zu seinem Nachfolger. Letzterer war bei der Thronbesteigung 51 Jahre alt. Der Fortbestand von Monarchie und Dynastie schien damit erst einmal gesichert. Sihanouk selbst starb acht Jahre nach der Thronübergabe, am 15. Oktober 2012, in Peking, wo er seine diversen Leiden hatte behandeln lassen. Manuel Ruoff

TECHNIK

An Wernher von Braun führte kein Weg vorbei

Nach dem Sputnik-Schock versuchten es die Vereinigten Staaten erst einmal ohne deutsche Führung

HEINRICH PRINZ VON HANNOVER

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs internierten die US-Amerikaner viele deutsche Raketenexperten in Garmisch-Partenkirchen. Der berühmteste Raketenforscher aus dem Dritten Reich, Wernher von Braun, wurde von ihnen jedoch nach Nordhessen gebracht. Er unterstützte die US-amerikanischen Truppen, die in Thüringen verbliebenen Raketenexperten in den Westen zu holen, bevor diese Region zur Sowjetischen Besatzungszone kam. Auch half er bei der Identifizierung von technischen Geräten, die nicht in sowjetische Hände fallen sollten. Braun blieb zusammen mit weiteren wichtigen Wissensträgern unter strenger Bewachung. Im September 1945 wurde er über Paris in die Vereinigten Staaten geflogen.

Parallel zu seiner Arbeit beim US-amerikanischen Heer warb Braun öffentlich für ein US-amerikanisches Raumfahrtprogramm. Er suchte Kontakte zu Walt Disney. Dieser konnte das öffentliche Interesse durch seine überaus populären Sendungen beeinflussen. Am 9. März 1955 gab es die Sendung „Man in Space“ erstmals im Fernsehen, und sie erreichte über 40 Millionen Zuschauer. Darin wurde der breiten US-amerikanischen Öffentlichkeit die bemannte Weltraumfahrt als technisch durchführbar vorgestellt.

John P. Hagen war genehmer

Vor diesem Hintergrund ließ der republikanische US-Präsident Dwight D. Eisenhower am 29. Juli 1955 durch seinen Sprecher James Hagerty verkünden, dass er als nationalen Beitrag seines Landes zum Internationalen Geophysikalischen Jahr (IGJ) vom 1. Juli 1957 bis zum 31. Dezember 1958 einen Erdsatelliten in Auftrag geben werde. Mit dem Hinweis auf das IGJ wurde ein ziviler Charakter der Weltraumforschung suggeriert, um so die Frage nach Überflugrechten über andere Staaten zu entschärfen.



Im Marshall Space Flight Center (MSFC) der NASA 1964: Deren erster und damaliger Direktor Wernher von Braun Foto: NASA

Zu der Zeit gab es in den USA bereits drei konkurrierende Raketenprojekte: ein von Braun geleitetes des Heeres, eines der Luftwaffe und eines des Naval Research Laboratory. Letzteres trug den Namen „Vanguard“ (Vorhut) und wurde von John P. Hagen geleitet. Mit der Führung des Versuchs, der ambitionierten Ankündigung Eisenhowers Taten folgen zu lassen, wurde überraschenderweise nicht Braun betraut, sondern Hagen. In Regierungskreisen misstraute man noch dem Deutschen, und die Lorbeeren eines ersten Weltraumflugs sollten aus Sicht des US-Präsidenten einem US-Amerikaner zufallen.

Wernher v. Braun war erfolgreicher

Die Wahl Hagens versprach daneben aus Sicht des Weißen Hauses noch einen weiteren Vorteil. Braun arbeitete für das Heer, Hagen hingegen mit dem Naval Research Laboratory für eine Forschungseinrichtung, die zwar zur Marine gehörte, aber zumindest formal zivil war und damit besser zum betontermaßen zivilen Charakter des Gesamtprojektes passte.

Trotzdem war in Zeiten des Kalten Krieges das prestigeträchtige Projekt eine Herausforderung an die Sowjetunion. So verkündete diese vier Tage nach Eisenhowers Meldung gleichfalls, einen Satelliten starten zu wollen. Der Wettlauf um den Weltraum hatte begonnen.

In den USA konnte Hagen mit seinem Vanguard-Projekt die hohen Erwartungen der Politik nicht erfüllen. Der vorgegebene Zeitplan des Präsidenten wurde nicht eingehalten. Der erste Versuch, den kleinen kugelförmigen Satelliten Vanguard 1 mittels einer Trägerrakete in den Orbit zu bringen, scheiterte am 6. Dezember 1957 zwei Sekunden nach dem Abheben mit der Explosion der ersten Stufe der Rakete.

Nach diesem Misserfolg von Hagens Vanguard-Projekt war es am 1. Februar 1958 Braun, der mit Explorer 1 den ersten US-amerikanischen Satelliten ins Weltall brachte. 16 Tage später erschien Braun mit der Bezeichnung „Missileman“ auf dem Titelbild des „Time Magazine“.

JURA

Im Schatten des Sputnik-Schocks auf Vortragstour

Vor 65 Jahren tourten die Weltraumrechts-Pioniere Welf Heinrich Prinz von Hannover und Andrew G. Haley durch die USA

Vor knapp sieben Jahrzehnten erfuhr der US-amerikanische Rechtsanwalt und Präsident der American Rocket Society, Andrew G. Haley, aus Berichten von US-amerikanischen Universitäten über eine damals brandaktuelle in Göttingen erschienene Dissertation „Luftrecht und Weltraum“. Noch nie zuvor war ein Jurist auf diesem Gebiet promoviert worden. Haley nahm sofort Kontakt auf zu dem Verfasser der Dissertation, Welf Heinrich Prinz von Hannover, und reiste nach Frankfurt am Main. Der US-Amerikaner sowie der jüngste Sohn des Herzogs Ernst August von Braunschweig und dessen Ehefrau Viktoria Luise geborene Prinzessin von Preußen waren sich sofort darüber im Klaren, dass sie im Wettlauf um den ersten Raumflug ihr juristisches Wissen der Weltraumforschung zur Verfügung stellen würden. Auf Einladung von Haley aus dem Jahr 1956 reiste der Prinz von Hannover im November 1957 in die USA, um dort die Thesen seiner Dissertation zu erläutern.

Die USA-Reise des Prinzen wurde im Vorfeld bereits vom Sputnik-Schock

überschattet. Noch vor seiner Abreise nach New York hatte am 4. Oktober 1957 die Sowjetunion den ersten künstlichen Erdsatelliten in eine Umlaufbahn geschickt, was der US-amerikanischen und der europäischen Öffentlichkeit inmitten des Kalten Krieges die gegnerische Überlegenheit auf dem Gebiet der Raketentechnik vor Augen führte.

Wenige Tage nach dessen Ankunft im New Yorker Hotel Barclay, am 3. November 1957, begrüßte Haley den Prinzen von Hannover. Es war ausgerechnet der Tag, an dem die UdSSR einen weiteren Erdtrabant, Sputnik 2 mit dem Hund Laika, erfolgreich ins All schoss und dem Westen erneut eine außerordentliche Demütigung erteilte. Man muss sich dabei vergegenwärtigen, dass die gesamte US-amerikanische Öffentlichkeit im November 1957 diesen Sputnik-Schock miterlebte. Zeitungen, Radiosender und das Fernsehen berichteten täglich über den sowjetischen Erdtrabant. Nachts konnte man diesen sogar mit bloßem Auge über einer amerikanischen Stadt sehen.

Haley hielt aber unbeirrt an den Plänen seiner Vortragsreise mit dem blaublütigen „Weltraumjuristen“ aus Deutschland fest. Haley und der Prinz bereisten vom 4. bis zum 26. November 1957 mehrere Universi-



Der Prinz von Hannover (l.) und Haley (r.) 1957 im Gespräch mit einem Moderator

täten und Institutionen in verschiedenen US-Staaten. Dabei hielten sie gemeinsam insgesamt 24 Vorträge.

Haley ging in seinen Vorträgen überwiegend auf luftrechtliche Fragen ein, während sich sein deutscher Gast in seinen Vorträgen auf die Rechtsprobleme konzentrieren konnte, die bei der Erschließung des Weltraums in Erscheinung treten würden und die einen wesentlichen Aspekt in seiner Dissertation „Luftrecht und Weltraum“ einnahmen. Darin diskutierte er im Schwerpunkt die Fragen: „Wie hoch reicht die staatliche Souveränität?“ oder „Gibt es eine Grenze der staatlichen Souveränität?“

In seinen Vorträgen versuchte der Prinz herauszustellen, dass die herkömmliche, in der Rechtslehre überwiegend vertretende Auffassung, die Souveränität eines Staates reiche so weit wie das menschliche Einwirkungsvermögen in die Vertikale, allein schon durch die Ankündigung der Großmächte Anfang der 50er Jahre, in Zukunft künstliche Erdsatelliten um die Erde kreisen zu lassen, überholt worden sei. Denn die künstlichen Erdsatelliten

seien ja auch schon ein menschliches Einwirkungsvermögen, wenn sie erst einmal in eine Erdumlaufbahn geschickt worden sind. Als notwendige Konsequenz müsse daraus auch die Souveränität eines Staates in der Vertikalen begrenzt sein, da sonst die künstlichen Erdsatelliten durch Überfliegen fremder Territorien sich ständiger Rechtsverletzungen schuldig machten.

Die Vortragsreise entwickelte sich zu einem riesigen Erfolg. Haley und Welf Heinrich wurden in den USA wie Weltstars gefeiert. Während ihrer Vortragstour standen beide, wo auch immer sie auftraten, im Mittelpunkt der medialen Berichterstattung. In den späteren Aufzeichnungen des Prinzen über seinen USA-Aufenthalt berichtet er, dass überwiegend bei der jüngeren Generation ein unbefangenes Interesse für die anstehenden Rechtsfragen im Weltraum zu beobachten gewesen sei. *Heinrich Prinz von Hannover*

● **Heinrich Prinz von Hannover** ist ein Sohn des ältesten Bruders von Welf Heinrich Prinz von Hannover.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahre 1916 versuchte der britische Meteorologe und spätere Friedensforscher Lewis Fry Richardson als Erster, die Veränderungen des Wetters innerhalb der nächsten Stunden und Tage mit mathematischen Methoden zu prognostizieren. Dabei kam er freilich zu grotesk falschen Ergebnissen. Dies erklärte Richardson mit seiner geringen eigenen Rechenleistung und schlug deshalb vor, dass 64.000 Computer – womit damals noch Menschen gemeint waren – gemeinsam das weltweite Wetter vorhersagen sollten. Knapp dreieinhalb Jahrzehnte später gab dann der mit Elektronenröhren bestückte US-amerikanische Großrechner ENIAC die erste echte computerbasierte Wetterprognose ab. Hiermit schlug die Geburtsstunde der Computermodelle und -simulationen, welche heute allerorten zum Einsatz kommen, wenn es um komplexe Vorgänge oder zukünftige Entwicklungen geht.

So basieren nicht nur die einen kurzen Zeitraum abdeckenden Wetterberichte der Meteorologen auf mathematischen Modellen, sondern auch die Warnungen von Klimaforschern vor der angeblich drohenden Erderwärmung. Ein anderes Beispiel sind die Kassandrurufe betreffs der zu erwartenden Sterblichkeit infolge der Ausbreitung des Krankheitserregers SARS-CoV-2, mit denen Datenanalysten vor allem zu Beginn der Corona-Pandemie Angst und Schrecken verbreiteten.

Wie zumindest das letztere Beispiel beweist, können die Computermodelle und -simulationen zu stark fehlerhaften Resultaten führen, auch wenn die Rechenleistung der verwendeten Apparaturen mittlerweile beeindruckend hoch ist. Und das hat mehrere Gründe. So liefern all jene Modellrechnungen, welche bereits auf Vorannahmen über künftige Entwicklungen basieren, gar keine echten Prognosen über mögliche Verläufe. Vielmehr werden konstruierte Szenarien durchgespielt, an deren Ende dann nur allzu oft das erwünschte Ergebnis steht.

Die Natur ist zu vielgestaltig

Zudem ist die Zahl der einbezogenen Faktoren fast immer zu niedrig, weil die Rechner sonst an ihre Grenzen stoßen. So sind die heutigen Klimamodelle außerstande, den Einfluss kurzfristig auftretender Phänomene wie abrupter Temperaturschwankungen durch Vulkanausbrüche oder Veränderungen der Sonnenaktivität angemessen zu berücksichtigen. Anders ausgedrückt: Die Vielgestaltigkeit der Natur, aber auch der Gesellschaft, kann mit den Mitteln der Mathematik nicht hinreichend erfasst werden.

Die US-amerikanischen Geologen Linda Pilkey-Jarvis und Orrin Pilkey, welche sich beide mit dem Problem der Küstenerosion befassen, erklären das am Beispiel der Sand-



Oft fehlen wichtige Daten: Der scheinbar treffsichere Blick der Rechenmodelle in die Zukunft trägt

Foto: Mauritius

FORSCHUNG

Warum Computermodelle so oft danebenliegen

Rechnergestützte Prognosen vermitteln das Gefühl höchster Objektivität. In Wahrheit erweisen sie sich aber oft als Ausgangspunkt für schwere Fehlentscheidungen – Und das hat plausible Gründe

verluste an den Stränden. Diese hingen von mindestens 50 Faktoren ab, aber selbst die besten Computermodelle könnten maximal acht davon berücksichtigen.

Schließlich drohen sogar dann, wenn alle relevanten Faktoren in die Berechnung einfließen, ernsthafte Probleme. Das liegt an dem Umstand, dass die physikalischen Grundlagen vieler Prozesse nach wie vor ungeklärt oder umstritten sind. Dies gilt unter anderem für die Dynamik von Eisschilden sowie die Rolle von Wolken und Aerosolen. Weil hierzu noch entscheidende Erkenntnisse fehlen, mangelt es den bislang verwendeten Klimamodellen an Aussagekraft.

Aus den letzten beiden Gründen werden die Formeln oder Basiszahlen, die im Zuge der Computermodellierung zum Einsatz kommen, immer wieder „angepasst“, wenn die Simulation offensichtlich von der Realität abweicht. Diese „Flusskorrekturen“ öffnen natürlich Tür und Tor für Manipulationen.

Mittlerweile existieren zahlreiche Beispiele für Fehlprognosen aufgrund der Verwendung von Computermodellen und -simulationen. So wurde 1972 vorhergesagt, die Menschheit werde bis zum Jahre 2000 alle wichtigen Rohstoffe auf der Erde verbrauchen. Ein gegensätzlicher Fall ist das abrupte Ende der Fischindustrie auf Neufundland. Hier orakelten die Computer lange Zeit, es gebe genügend Kabeljaue vor der Küste, weshalb diese auch ausgiebig gefangen werden dürften – bis die Fischgründe dann plötzlich fast vollkommen leer waren.

Feigenblatt für die Politik

Angesichts dessen warnte Pilkey bereits 2007 im Interview mit dem „Stern“: „Der Glaube, Computermodelle könnten die Zukunft akkurat vorhersagen, ist gefährlich und schädigt die Gesellschaft. Die Modelle verleiten zu schlechten politischen Entscheidungen – weil sie auf einem schlechten Verständnis der Natur

gründen.“ Gleichzeitig nutzen viele Politiker das, was die Rechner prognostiziert haben, als Feigenblatt, wenn es um Entscheidungen geht, welche der Bevölkerung nur schwer oder gar nicht zu vermitteln sind. Das war in Kanada so, als man die Fangmengen trotz aller Warnungen erst viel zu spät begrenzte, und das passierte auch in jüngerer Vergangenheit während der Corona-Pandemie.

Der Ehrlichkeit halber sollten Politiker und Wissenschaft aufhören, Modelle als „Black Boxes“ zu behandeln, und dazu übergehen, sämtliche Annahmen und Vereinfachungen in einem Modell klar und verständlich offenzulegen. Dann könnten auch Laien beurteilen, inwieweit die Prognosen der Rechenmaschinen etwas mit der Realität zu tun haben und inwieweit nicht. Und es würde schnell zutage treten, wann Entscheidungen, welche auf Modellrechnungen beruhen, tatsächlich wissenschaftlich fundiert und somit berechtigt sind.

Darüber hinaus empfiehlt sich die flächendeckende Anwendung der Methode des sogenannten Hindcasting. Das ist ein Rückberechnungsverfahren, bei dem die Simulation von realen Werten in der Vergangenheit ausgeht, auf deren Basis die Entwicklung bis in die Gegenwart ohne jegliche Eingriffe oder „Anpassungen“ dargestellt werden muss. Entspricht das Ergebnis dann tatsächlich den aktuellen Verhältnissen, gilt das als ein starkes Indiz für die Brauchbarkeit des Verfahrens zur Modellierung zukünftiger Abläufe.

Allerdings bleibt hier trotzdem noch das Risiko, dass niemand genau weiß, warum das Hindcasting funktioniert hat und ob das Modell somit tatsächlich dazu taugt, auch das Kommende präzise vorherzusagen. Vorsicht ist diesbezüglich besonders dann angebracht, wenn Fehlprognosen zu fatalen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen oder gesundheitlichen Folgen führen könnten – also eigentlich fast immer.

GESELLSCHAFT

Neue Ideologie-Keule gegen einheimische Franzosen

„Lautstärke-Rassismus“: Wer sich über den Lärm von Orientalen beschwert, wird als fremdenfeindlich beschimpft

Mittlerweile glauben schon fast zwei Drittel der autochthonen Franzosen, in ihrem Land finde ein demographischer Austausch statt, in dessen Rahmen sie durch zugewanderte Ausländer aus dem orientalischen und afrikanischen Kulturkreis verdrängt würden. Diese Annahme ist die Folge solcher Vorfälle wie in der Gemeinde Les Mureaux westlich von Paris.

Hier wurde der sozialistische Vizebürgermeister Boris Venon in den vergangenen zwei Jahren insgesamt elf Mal körperlich attackiert, wobei einer der schwarzen Angreifer brüllte: „Die Weißen sollen aus der Stadt verschwinden – wir sind hier zu Hause!“ Deshalb fühlen sich inzwischen 80 Prozent der Franzo-

sen ohne Immigrationshintergrund auch als Opfer eines gegen sie gerichteten Rassismus. Dennoch kreiert die Einwanderungslobby ständig neue Begriffe, um die Bürger des Landes, das die Fremden aufgenommen hat und oft auch alimentiert, permanent ins Unrecht zu setzen. Einer davon ist der sogenannte „Racisme de volume“, zu Deutsch „Lautstärke-Rassismus“.

Afrikaner und Araber verursachen in Frankreich bei vielerlei Gelegenheiten Lärm, weit über das gewöhnliche Maß hinaus, was die lokalen Behörden immer öfter mit strengen Verordnungen einzudämmen versuchen. So müssen Trauungen in den Départements Seine-Saint-De-

nis, Vaucluse und Bouches-du-Rhône sowie in Nizza, der Hauptstadt des Départements Alpes-Maritimes, jetzt ohne Geschrei, Pfeifen, laute fremdländische Musik und hupende Autokorsos erfolgen. Das wiederum stößt auf Kritik von Nichtregierungsorganisationen wie NEOIFRI, welche sich vor allem für die Interessen der Nordafrikaner stark machen. Die Regelungen zum Lärmschutz seien eine klare „Stigmatisierung von Menschen aus den Maghreb-Ländern“.

Was kommt als nächstes?

Dabei verweisen die Aktivisten auf den US-amerikanischen „Anti-Rassisten“ mit palästinensischen Wurzeln und dem

Pseudonym „Sbeih“, dem in den sozialen Netzwerken 750.000 Menschen folgen: Der propagiert vehement, dass es in der Natur der Farbigen und Orientalen liege, laut zu sein, womit die Weißen klarkommen müssten. Denn diese hätten kein Recht festzulegen, welche Lautstärke akzeptabel sei.

Die feministische Agitatorin und Betreiberin eines „antirassistischen und postkolonialen“ Internetportals Elsa Miské alias Zazem bezeichnete das Konzept des Lautstärke-Rassismus als ausgesprochen „brillant“ und „hyper-relevant“. So bietet es beispielsweise die Möglichkeit, weißen Franzosen, die sich in einem Lokal über das Lärmen von Gästen mit Immig-

rationshintergrund beschwerten, Paroli zu bieten.

Nun bleibt abzuwarten, welche Vorwürfe die Einwanderer aus dem afrikanisch-arabischen Kulturkreis den autochthonen Bürgern Frankreichs noch entgegenzuschleudern gedenken. Vielleicht den des „Opfer-Rassismus“ auf Seiten jener Einheimischen, die immigrationspolitischen Straftaten anzeigen? In diesem Punkt könnten Leute wie „Sbeih“ und „Zazem“ Inspiration bei den deutschen Fridays-for-Future-Aktivisten suchen, die sich tatsächlich selbst des Rassismus bezichtigten, weil sie einen Dieb ausländischer Herkunft gestellt und der Polizei übergeben hatten. W.K.



KÖNIGSBERGER GEBIET

Ein Orthodoxes Dorf in Nord-Ostpreußen

Ideengeberin ist Äbtissin Elisabeth Kolzowa – Ihr Vorbild war eine deutsche Heilige

VON BODO BOST

In der orthodoxen Diözese Insterburg, zwischen Heinrichswalde und dem fünf Kilometer davon entfernten Argelothen [Prijsorje], entsteht das Orthodoxe Dorf Bogoljubowo (Gottesliebe). Der Name des Dorfes geht auf den Sohn von Jurij Dolgorukij, Andrej Bogoljubskij, zurück. Dolgorukij war Mönch des Kiewer Höhlenklosters, er gilt als der Gründer Moskaus im 13. Jahrhundert. In der Siedlung sollen ein Kindergarten, eine Turnhalle, ein orthodoxes Kulturzentrum und andere Einrichtungen entstehen. Insgesamt sollen etwa 140 Haushalte hier leben.

Erster orthodoxer Wallfahrtsort

In der Nähe von Bogoljubowo wird bereits die Dorfkirche gebaut. Das Bauwerk ähnelt einer byzantinischen Kirche aus dem 6. Jahrhundert. Die Kirche mit fünf Kuppeln wird eine Pilgerkirche. Die Region mit dem Ort Gottesliebe in der Nähe zum katholischen Litauen soll den ersten orthodoxen Wallfahrtsort des Gebiets beherbergen. Es soll so etwas wie das neue orthodoxe Zentrum des Königsberger Gebiets werden, ein Gebiet, das bis 1988 vierzig Jahre lang keinerlei offizielle Kirche oder Religion kannte.

Ideengeberin ist die 74-jährige Äbtissin Elisabeth Kolzowa. Sie ist eine der zentralen orthodoxen Persönlichkeiten im Königsberger Gebiet und genießt das besondere Vertrauen des Patriarchen von Moskau und der ganzen Rus Kyrill I.

Kolzowa wurde 1948 in der Nähe von Moskau geboren, 1974 zog sie ins Königsberger Gebiet und übernahm die Leitung der Physiotherapie an dem Regionalkrankenhaus von Friedland [Pravdinsk]. Von 1976 bis 1990 war die promovierte Medizinerin Dozentin für Leibbeserzung an der Staatlichen Universität Königsberg.

Während eines längeren Aufenthaltes in Jerusalem im Jahr 1992 las Kolzowa über das Leben der Prinzessin Elisabeth Alexandra Luise von Hessen-Darmstadt und bei Rhein (1864–1918). Die Lektüre habe ihr Leben auf den Kopf gestellt, von



Eines der Projekte der Äbtissin: das Elisabethen-Kloster bei Heinrichswalde

Foto: Youtube

nun an habe sie nicht mehr nur als Ärztin die physischen Leiden der Menschen heilen wollen, sondern auch deren seelische, so die Russin. Sie fühlt sich in der Nachfolge der deutschen Heiligen.

Elisabeth Alexandra Luise von Hessen-Darmstadt war eine Enkelin von Englands Königin Victoria. Die bildhübsche Frau hatte viele Verehrer, unter anderem hielt der spätere Kaiser Wilhelm II. vergeblich um ihre Hand an. Sie heiratete 1884 Großfürst Sergej Alexandrowitsch Romanow, einen Bruder des damaligen russischen Zaren Alexander III., und wurde dadurch zur Großfürstin Jelisaweta Fjodorowna.

Auf einer Reise nach Jerusalem 1888 fasste die Protestantin, die nicht wie ihre jüngere Schwester Alix bereits bei der Eheschließung konvertiert war, den Entschluss, der Konfession ihres Mannes beizutreten. Nachdem ihr Mann, der im

Volke unbeliebt war, 1905 einem Attentat eines Anarchisten zum Opfer gefallen war, verzeh sie dem Attentäter und wandte sich verstärkt der russisch-orthodoxen Kirche zu, deren Mitglied sie seit 1891 war. Sie verschenkte ihren Besitz an die Armen und gründete Klöster wie Krankenhäuser. 1910 stellte sie gemeinsam mit ihrer Schwester Alix, die durch die Heirat mit Zar Nikolaus II. russische Zarin geworden war, die Bruderschaftskirche in Bad Nauheim unter ihren Schutz. Sie gründete das Martha-Maria-Kloster in Moskau und stand ihm als Äbtissin vor. 1917 wurde sie verhaftet und 1918, einen Tag nach der Zarenfamilie, in Alapajewsk im Gebiet Perm von Kommunisten ermordet. Ihr Leichnam wurde von Angehörigen der Weißen Armee in die Maria-Magdalenen-Kirche auf dem Ölberg in Jerusalem überführt. Heute wird sie in der russisch-orthodoxen und

anglikanischen Kirche als Neumärtyrerin und Heilige verehrt.

Perle der Orthodoxie

1999 gründete Elisabeth Kolzowa in Argelothen im Königsberger Gebiet das Elisabeth-Kloster, das heute als Perle der Orthodoxie im Bernsteinland gilt. Es war das erste Kloster im Königsberger Gebiet. Der Klosterkomplex erinnert an die alten Ordensburgen, welche die Region einst urbar machten. Es beinhaltet neben der Kirche und den Wohnungen der Schwestern und einem Gästehaus auch ein Museum, der Komplex ist von Mauern umgeben. In der Nähe des Klosters befindet sich mit einer Höhe von 25 Metern das größte orthodoxe Flurkreuz der Welt. Das Kloster von Argelothen hat zudem eine Niederlassung in Königsberg. Die Äbtissin Elisabeth hat noch weitere elf Kirchen und Kapellen im Königsberger Gebiet gegründet.

RAUSCHEN

Sonnenuhr wird Kulturerbe

Nichtregierungsorganisationen forderten seit Jahren die Aufnahme in die Liste

Die Sonnenuhr „Zodiac“ an der Promenade von Rauschen [Svetlogorsk] wurde zum Kulturerbe von regionaler Bedeutung erklärt. Sie ist eines der bekanntesten Symbole der Region, die fast jeder Tourist, der jemals diesen Badeort besucht hat, kennt. Die Mosaikkomposition aus Smalte und die daneben stehende Kugel wurden 1974 von einer Gruppe von Künstlern geschaffen. Federführend dabei war der Bildhauer Nikolaj Frolow, assistiert von Oleg Atroschtschenko, Albert Schestakow und Victoria Malerb.

Seit Jahren haben lokale Nichtregierungsorganisationen wiederholt die Idee vorgebracht, die Sonnenuhr in die Liste der unter staatlichem Schutz stehenden Denkmäler aufzunehmen. Zuletzt wurden sie vom Gouverneur des Königsberger Gebiets, Anton Alichanow, unterstützt. Die Erstellung von Expertengutachten hatte

lange Zeit in Anspruch genommen, doch jetzt wurde eine offizielle Entscheidung zugunsten der Sonnenuhr getroffen.

Die Sonnenuhr war das erste große Werk des Bildhauers Frolow in Rauschen. Er verfolgte die Absicht, dass die Besu-

cher mit der Sonnenuhr interagieren sollten, und so kamen die Künstler auf die Idee, die zwölf Tierkreiszeichen darauf abzubilden, sodass jeder Passant nach seinem Symbol sucht. Frolow ist auch der Erschaffer der Smalte-Muschel an der Skulptur der Nymphe von Hermann Brachert auf der Rauschener Promenade, der Sonnenuhr am Turm der Schlammkurklinik sowie der Skulptur „Meeres-Symphonie“ am Haus der Kultur und anderer Werke.

Es ist erwähnenswert, dass die Mehrheit der Kulturerbeobjekte von regionaler Bedeutung im nördlichen Ostpreußen Vorkriegsgebäude, Villen, öffentliche Gebäude, Kirchen und Burgruinen sind. Die Sonnenuhr ist eines der wenigen offiziell anerkannten Kulturdenkmäler, die während der Sowjetzeit errichtet wurden.



Beliebt bei Touristen: Die Sonnenuhr an der Rauschener Promenade

Foto: J.T.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Copernicus' 550. Geburtstag

Allenstein – Im kommenden Jahr feiert Nicolaus Copernicus einen runden Geburtstag. Die mit ihm verbundenen Städte rüsten sich dafür mit einigen Projekten. Im Observatorium der Stadt Allenstein entsteht eine multimediale und interaktive Ausstellung mit Repliken der von Copernicus genutzten Instrumente. Um das Observatorium wird ein Copernicus-Garten eingerichtet, in dem ein Freiluftteleskop installiert wird. Das Museum von Ermland und Masuren ehrt den Wissenschaftler anders. Es entsteht ein Computerspiel mit Teilnahme von Copernicus, das die Spieler in die Allensteiner Burg zu der Zeit versetzt, in der er Verwalter des Domkapitels war. Darüber hinaus wird im Kreuzgang der Burg in der virtuellen Realität erklärt, wie die dortige astronomische Tafel funktioniert, das einzige bis in unsere Zeit erhaltene astronomische Messgerät. Alle Projekte werden aus EU-Mitteln über das Marschallamt der Woiwodschaft Ermland-Masuren finanziell unterstützt. U.H.

Verbesserte Wasserqualität

Preylowen – In Preylowen in der Gemeinde Groß Purden nahe Allenstein wurde eine neue Station zur Wasseraufbereitung eröffnet, die einige Ortschaften, vor allem Preylowen, Groß Purda, Patricken und Pathaunen mit Wasser versorgt. Neben einer besseren Wasserqualität liefert die neue Wasserversorgungsanlage auch einen höheren Druck. Laut Gemeindevorsteherin Teresa Chostowska ergibt sich dadurch für die Gemeinde Groß Purden die Möglichkeit, weitere Orte an das Wasserleitungsnetz anzuschließen. Geplant ist in Kürze der Anschluss von Nerwigk. Im Rahmen derselben Investition wurden in Schönwalde etwa 800 Meter Abwasserkanäle gebaut. Vom gesamten Umfang der Investition von 2,7 Millionen Zloty wurde die Hälfte aus dem Programm für die Entwicklung ländlicher Räume der Europäischen Union finanziert. U.H.

Tourismus oder Natur?

Lötzen – In Lötzen werden derzeit zwei große Bauvorhaben durchgeführt: ein Restaurant auf dem Wasser und ein Appartement-Komplex. An der Mündung des Lötzener Kanals in den Löwentinsee sollen sieben Appartement-Hochhäuser mit Strand und Marina entstehen, einige hundert Meter weiter am Ufer des Sees ein zweistöckiges Restaurant auf Pfählen. Während die Stadtverwaltung sich eine verbesserte Tourismus-Infrastruktur, mehr Arbeitsplätze und als Kurort Steuern für die städtische Kasse erhofft, sind Umweltschützer und Einwohner weniger zufrieden. Die zunehmende Bebauung der Uferlinie ist ihnen ebenso ein Dorn im Auge wie die vorgesehene Lage und Architektur der neuen Gebäude. Außerdem fehlen ihnen Strände, an denen alle Einwohner baden können. U.H.

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Johann, Christel, geb. **Grajetzki**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 101. GEBURTSTAG

Zysk, Irmgard, geb. **Chilla**, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober

ZUM 100. GEBURTSTAG

Czeranski, Helene, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, am 3. November
Skerswetat, Irmgard, geb. **Wittenberg**, aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 1. November
Stempfle, Edit, aus Funken, Kreis Lötzen, am 1. November

ZUM 99. GEBURTSTAG

Frasch, Irma, geb. **Niklas**, aus Statzen, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Zygan, Hilde, geb. **Schönbeck**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 31. Oktober

ZUM 98. GEBURTSTAG

Symanzik, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Frank, Gertrud, geb. **Czaronojan**, aus Wiesenfelde, Kreis Treuburg, am 30. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Behres, Waltraut, geb. **Komaschewski**, aus Treuburg, am 30. Oktober
Johansson, Ruth, geb. **Omilian**, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 1. November
Oster, Waltraut, geb. **Jutzas**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 1. November
Starbatty, Helene, geb. **Danielzik**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, am 30. Oktober
Werner, Ilse, geb. **Henschel**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 2. November

Wunderlich, Maria, geb. **Heimbuchner**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Zech, Emmi, geb. **Patz**, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 2. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grevsmühl, Ursel, geb. **Nitschkowski**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 9, am 31. Oktober
Grunert, Hildegard, geb. **Jerosch**, aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober
Jabs, Gerhard, aus Lesgewangen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 30. Oktober
Nehrenheim, Elfriede, geb. **Kohlmeier**, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 1. November
Szeimies, Arno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 94. GEBURTSTAG

Euen, Herta, geb. **Wenzek**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 30. Oktober
Homuth, Helmut, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Klein, Erika, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 31. Oktober
Sommerey, Erhard, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Storm, Lilly, geb. **Kurpat**, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 2. November
Wesolowski, Herta, geb. **Tiburski**, aus Luckau, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Becker, Inge, geb. **Raethjen**, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 1. November
Geisler, Ruth, geb. **Danielowski**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 1. November
Grigsdat, Manfred, aus Amtal, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Künzle, Herbert, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, am 1. November
Littek, Irmgard, geb. **Westphal**, aus Grünbaum, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Marzik, Eva, geb. **Bascheck**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Wallrath, Elisabeth-Erna, geb. **Brenneisen**, aus Sandau, Kreis Ebenrode, am 31. Oktober

Wengoborski, Margot, geb. **Jahn**, aus Lyck, am 3. November
Zastrau, Meta, geb. **Petrautzki**, aus Schulzenwiese, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Blank, Marie, geb. **Murr**, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. Oktober
Bormann, Ruth, geb. **Schröter**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 29. Oktober
Brück, Waltraud, geb. **Bomhauer-Beins**, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 30. Oktober
Faaß, Charlotte, geb. **Kammer**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 31. Oktober
Hübner, Waltraud, geb. **Meier**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 1. November
Jodeit, Sigrid, geb. **Salomon**, aus Grünhayn, Kreis Wehlau, am 3. November
Mulks, Werner, aus Soffen, Kreis Lyck, am 2. November
Podszus, Helga, geb. **Haedge**, aus Wehlau, am 30. Oktober
Rogowski, Brigitte, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Schendel, Christa, geb. **Ebersbach**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Schiller, Ruth, geb. **Hafke**, aus Königsberg, Kreis Preußisch Eylau, am 28. Oktober
Wenk, Siegfried, aus Mulden, Kreis Lyck, am 2. November
Witt, Ilse, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 2. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borowski, Erich, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 31. Oktober
Buchwald, Waltraud, geb. **Bendisch**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 2. November
Czychi, Herbert, aus Groß Gabblick, Kreis Lötzen, am 28. Oktober
Franke, Gertrud, geb. **Gazioch**, aus Hügelwalde, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Kilian, Willi, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Kummetz, Siegfried, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 28. Oktober
Lünse, Else, geb. **Schiemann**, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 29. Oktober

Meiritz, Friedrich, aus Simnau, Kreis Mohrunen, am 28. Oktober

Naruhn, Inge, geb. **Borowski**, aus Wehlau, am 3. November
Pascher, Ursula, geb. **Grundmann**, aus Mohrunen, am 2. November
Pawlenka, Elfriede, geb. **Denning**, aus Hauffen, Kreis Lötzen, am 31. Oktober
Pottberg, Lisbeth, geb. **Stolzenwald**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 30. Oktober
Zagermann, Christel, aus Lischau, Kreis Elchniederung, am 3. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrendt, Walruth, geb. **Gadomski**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Brahmann, Heinz, aus Argenbrück, Kreis Tilsit-Ragnit, am 31. Oktober
Dewor, Irmgard, geb. **Brozio**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 31. Oktober
Fengler, Anni, geb. **Alexander**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 1. November
Geike, Waltraud, geb. **Klesz**, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, am 29. Oktober
Koch, Charlotte, geb. **Krüger**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. November
Lepenis, Helga, geb. **Sparka**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 29. Oktober
Osygus, Elfriede, geb. **Pollak**, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 1. November
Pagalies, Werner, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober
Reuter, Hannelore, geb. **Günther**, aus Keppen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. November
Rudorf, Gerda, geb. **Bohl**, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Oktober
Schmidt, Gisela, geb. **Schlenger**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 1. November
Schröder, Werner, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 31. Oktober
Witulski, Hildegard, geb. **Itzek**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Oktober



Starke Farben – Der neue Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2023“ Der Kalender mit Bildern wie dieses von Hans Kallmeyer: Elche vor Abendhimmel in Öl aus dem Jahr 1919 Kopie, kostet 22,- Euro, einschließlich Portokosten und kann bestellt werden bei: typeart satz&grafik GmbH, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, telefonisch unter (0231) 557378-0, per Telefax unter (0231) 557378-20 sowie per E-Mail: info@typeart-dortmund.de *Foto: Ostpreußisches Landesmuseum*

ZUM 85. GEBURTSTAG

Angel, Annemarie, geb. **Sabrosch**, aus Gutfeld, Kreis Neidenburg, am 28. Oktober
Anger, Dieter, aus Ebenrode, am 3. November
Baran, Willy, aus Flammberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Oktober
Berwein, Ruth, aus Ortelsburg, am 1. November
Dannowski, Günter, aus Kröstenwerder-Reuschendorf, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Ferno, Peter, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. Oktober
Grahl, Elisabeth, geb. **Reichert**, aus Imten, Kreis Wehlau, am 31. Oktober
Klär, Heinz, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 2. November
Mork, Ella, geb. **Tregel**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 28. Oktober
Packheiser, Dieter, aus Königsberg, am 30. Oktober
Pehlke, Sieglinde, geb. **Gerlach**, aus Lyck, am 30. Oktober
Peltret, Ursula, geb. **Zehrt**, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 30. Oktober

Wach, Inge, geb. **Plagowski**, aus Liebstadt, Kreis Mohrunen, am 28. Oktober
Wollmann, Gerhard, aus Sarken, Kreis Lyck, am 31. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Erben, Adelheid, geb. **Kottke**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 1. November
Erdtmann, Hans-Joachim, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 29. Oktober
Lassalle, Gudrun, geb. **Dombrowski**, aus Liskan, Kreis Lyck, am 2. November
Loch, Gerhard, aus Klein Seedorf, Kreis Neidenburg, am 1. November
Pieper, Walter, aus Wehlau, am 31. Oktober
Richter, Ingrid, geb. **Knizia**, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 1. November
Schneider, Hans-Gerd, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 29. Oktober
Vollmer-Müller, Regina, geb. **Sieg**, aus Schlöppen, Kreis Treuburg, am 28. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Büchler, Christa, geb. **Rimasch**, aus Wehlau, am 1. November
Suter, Manfred, aus Hadrichshausen, Kreis Neidenburg, am 1. November

Die PAZ zum Probelesen Vier Wochen gratis Telefon (040) 41400842

Zusendungen für die Ausgabe 44/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 44/2022 (Erstverkaufstag 4. November) **bis spätestens Dienstag, den 25. Oktober**, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Kulturhistorisches Seminar der LO

Ost- und Westpreußen – Land, Geschichte, Kultur lautet das Thema des diesjährigen Kulturhistorischen Seminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 5. bis zum 8. November in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt.

Die Seminargebühr beträgt 150,- EUR bei freier Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Für Einzelzimmer ist ein Zuschlag von 10,- EUR pro Nacht zu entrichten. Anmeldeunterlagen und nähere Informationen bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Peter Wenzel, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg oder unter Telefon (040) 414008-25; E-Mail: wenzel@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer
 Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der

Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
 Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Vorstand der Gruppe

Hof – 1. BdV-Vorsitzender Christian Joachim, 2. BdV-Vorsitzender Jochen Ulshöfer, Alina Dittmer, Michael Jänsch, Sigrid Dittmer von der Volkstanzgruppe, Adalbert Schiller, Vorsitzender Kreisgruppe Hof der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Jutta Starosta BdV Hof und Volkstanzgruppe, Landrat Oliver Bär, Bürgermeisterin Angela Bier, Adolf Markus, Sudetendeutsche Landsmannschaft Naila, Tatjana Dittmann, Bürgermeister Frank Stumpf aus Naila, Bürgermeister Kristan von Waldenberg aus Lichtenberg,



Feierten mit Ähren aus Ostpreußen das Erntedankfest: Mitglieder der Landesgruppe NRW

Bild: privat



Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531)2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenu, Tel.: (05901)2968

Vortrag mit Bildern

Oldenburg – Mittwoch, 9. November, Stadthotel, Hauptstraße 38 in 26122 Oldenburg-Eversten, 15 Uhr, Telefon (0441)5009-0: Reisebericht von Prof. Dr. Siegmund Fröhlich: „Neues aus der Marienburg,

Wolfsschanze und Wanderungen um Lyck und auf dem Lycker See“; Ein Vortrag mit Bildern. Denken Sie bitte an Ihren Verzehr am Veranstaltungsort.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, **Stellv. Vorsitzende:** Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher **Schriftführerin:** Elke Ruhneke, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, **Telefon** (02964) 1037, **Fax** (02964) 945459, **E-Mail:** Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Erntedankfest

Landesgruppe – Vor dem geplanten Erntedankfest musste der 1. Vorsitzende Hartmut Pfecht ins Krankenhaus, so lag die Planung und Durchführung des Festes in den Händen der 2. Vorsitzenden

Helga Piontek und ihrer tatkräftigen Helfer. Eine gut bestückte Küchentheke und mit viel Obst dekorierte Tische erwarteten die Besucher. Es wurden Gedichte über die Ernte vorgetragen und Lieder gesungen. Die sorgfältig aufbewahrte Erntedank-Krone mit den Ähren aus Ostpreußen war der Mittelpunkt. Zum Abschluss zeigte Lilia Lau Spätsommer-Impressionen von der Pommerschen Ostseeküste. *Sigrid Kruschinski*

Volkstrauertag

Bielefeld – Die Landsmannschaften der Ost- und Westpreußen Bielefeld laden am Volkstrauertag, dem 13. November, um 14 Uhr, am Kreuz der Gedenkstätte der ostdeutschen Landsmannschaften auf dem Sennefriedhof in Bielefeld zur diesjährigen Gedenkveranstaltung ein. Der Veranstaltungsort ist gut zu erreichen über den Eingang Mitte/Friedhofstraße. Gerade jetzt, wo wieder Krieg, Flucht und Vertreibung in Europa geschehen, wollen wir mahnen und für den

Frieden beten. Den Gottesdienst leitet Pastor i.R. Falk, die musikalische Begleitung übernimmt der Posaunenchor „Huntetaler Bläserquartett“.

Anschließend treffen wir uns im nahen Kaffee zum Plachandern. Wir laden alle interessierten Menschen ein, an der Veranstaltung teilzunehmen. Info und Anmeldung unter (0521) 820026.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Volkstrauertag

Flensburg – Sonntag, 13. November, 11.30 Uhr, Kapelle Friedenshügel: Volkstrauertag.

Anmeldungen für die Veranstaltung bitte spätestens zehn Tage vorher an: Hans Legies, Telefon

PAZ wirkt!

(0461) 32006, E-Mail: Hans.Legies@t-online.de, oder an Renate Kunde, Telefon (0461) 91170 oder E-Mail: rehekunde@aol.com.



Gerdauen

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Tel. (0151) 12305377, Fax (039000) 51317, **Gst.:** Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de

Kreistag fasst Beschlüsse

Während unseres Hauptkreistreffens in Bad Nenndorf kam der Kreistag der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen am 1. Oktober zu seiner turnusgemäßen Sitzung zusammen. Dabei entschieden die Mitglieder einstimmig, den Vorstand aufgrund des Kassenprüfberichts, der keine Beanstandungen enthielt, für das Geschäftsjahr 2021 zu entlasten. Zu neuen Kassenprüfern wurden Heike Ellmer und Klaus-Peter Molkenbuhr gewählt.

Zugleich beschloss der Kreistag, das nächste Hauptkreistreffen am 7./8. Oktober 2023 in unserer Patenstadt Rendsburg zu veranstalten. An diesem Wochenende sollen das 70-jährige Bestehen der Patenschaft von Stadt und Kreis Rendsburg (-Eckernförde) für Stadt und Kreis Gerdauen und 75 Jahre Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen gefeiert werden. Unter anderem ist eine Ausstellung im

Rendsburger Rathaus geplant, die den Kreis Gerdauen vor 1945 zeigt.

Ein neues Gesicht gibt es im Vorstand der Stiftung Kreis Gerdauen. Nachdem sich Hans Eckart Meyer auf eigenen Wunsch aus dem Gremium zurückgezogen hat, wählte der Vorstand Dietmar Plauemann zu seinem Nachfolger. Der Kreistag hat die Wahl anschließend einstimmig bestätigt.



Königsberg-Stadt

Stadtvertreter: Klaus Weigelt, Albertstraße 11, 93047 Regensburg. **Patenschaftsbüro:** Stadtverwaltung, Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151

Neuer Vorstand

Duisburg – Die Mitgliederversammlung der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr) hat am 15. Oktober einen neuen Vorstand gewählt.

Vorsitzender: Klaus Weigelt, **Stellvertretende Vorsitzende:** Eberhard Neumann von Meding und Wolfram Eggeling, **Schatzmeister:** Viktor Napierski, **Schriftführer:** Jörn Pekrul, **Justitiar:** Christean Wagner, **Beisitzer:** Dirk Hagen, Rudolf Junger, Jochen Mähner (Kontakt OL), Jörg Naß, Andreas Schaaf-Fiege und Torsten Walter.

Fortsetzung auf Seite 16

ANZEIGE

Zum Tode von

Herbert Tennigkeit

* 28. 2. 1937 † 10. 10. 2022

In dankbarer Erinnerung!
Deine Bremerhavener Gruppe
In heimatlicher Verbundenheit und Freundschaft
Marita Jachens-Paul

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-B



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Fortsetzung von Seite 15



Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Vortrag mit Bildern

Der Kreisgemeinschaft Lyck und dem Historischen Museum in Lyck [Elk] ist es ein besonderes Anliegen, die vielfältige Erinnerung an Lyck und Elk zu bewahren. Eine Stadt, die im Wandel der Zugehörigkeit zum Deutschen Kaiserreich, dem nationalsozialistischen Deutschland, der Volksrepublik Polen bis hin zur Dritten Polnischen Republik Generationen von Menschen Heimat war. Diese mannigfaltige Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner drückt sich unter anderem in zahlreichen Fotoaufnahmen und Erinnerungsstücken aus.

Nun ist es jedoch so, wie wir alle wissen, dass sich ein bedeutender Teil der Geschichte der Stadt im Umbruch des Jahres 1945 widerspiegelt. Der Austausch der Bevölkerung hatte auch zur Folge, dass sich viele dieser historisch wertvollen Erzeugnisse – sowohl von vor als später auch nach 1945 – in einem anderen Land, weit entfernt von Elk, wiederfanden. Für die Stadt Elk und aller ihr verbundenen Menschen sei die Bewah-

rung, gegebenenfalls die Restauration und Bereitstellung dieser Zeitdokumente ein hehres Ziel.

Das Historische Museum in Lyck bittet Sie bei dieser wichtigen Aufgabe um Ihre Mithilfe:

- falls sich Dokumente dieser Art in Ihrem Besitz befinden
- Sie Menschen kennen, die solche Dokumente besitzen
- Sie Vereine oder andere Institutionen kennen, die einen solchen Bestand führen

Dann möchten wir Sie bitten, mit uns Kontakt aufzunehmen. Ihr Ansprechpartner ist Herr Jakob Knyzewski, Muzeum Historyczne w Elku, ul. Wąski Tor 1, PL 19-300 Elk, Tel. +48 87 732 02 85, E-Mail: j.knyzewski@muzeum.elk.pl

Das Historische Museum nimmt Materialien sowohl in analoger als auch digitaler Form entgegen, freut sich über Ihre Tipps, unterstützt und berät Sie gerne. Wir sind auch gerne bereit, die Scans der Materialien selbst anzufertigen. Ebenfalls möchten wir Sie bitten, diesen Aufruf unter interessierten Menschen zu teilen. Helfen Sie uns dabei, kostbare Schätze unserer Stadt der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, auf das auch künftige Generationen sich an ihnen erfreuen können.

Bärbel Wiesensee



Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736.

Geschäftsstelle: Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen 2022

Wie immer begann auch unser diesjähriges Heimattreffen in Lüneburg wieder damit, dass die Vorstandsmitglieder mit ihren Partnern und unsere Gäste aus Ostpreußen an einem Donnerstagabend (15.9.) im Hotel „Bergström“ zu einem gemeinsamen Essen zusammenkamen. Trotz der langen und beschwerlichen Anreise war die Wiedersehensfreude natürlich groß und so saßen alle noch bis tief in die Nacht hinein gemütlich zusammen.

Am Freitagvormittag (16.9.) besuchte der Vorstand mit den Gästen aus Ostpreußen nach einem kurzen Bummel durch die malerische Altstadt Lüneburgs das Ostpreußische Landesmuseum, wo insbesondere die beiden Mädchen aus Osterode die vielseitigen Informationen über ihre Heimat mit großem Interesse in sich aufnahmen.

Am Nachmittag begann der „offizielle“ Teil des Jahrestreffens mit der Mitgliederversammlung, auf der die neue Satzung unserer Kreisgemeinschaft einstimmig verabschiedet wurde. Auf der sich anschließenden kurzen Vorstandssitzung wurde der neue Vorsitzen-

de der Emil von Behring Gesellschaft, Artur Böhm, zum „Beauftragten für Hohenstein“ berufen.

Dass es am Nachmittag zu keinerlei Verzögerungen gekommen war, lag vielleicht auch daran, dass sich alle schon auf den traditionellen Begrüßungsabend in einem romantischen Raum direkt oberhalb der Ilmenau freuten. In zwangloser Atmosphäre wurden dort bei Kerzenschein und leckerem Essen alte Erinnerungen aufgefrischt und neue Kontakte geknüpft.

Die für den Sonnabend-Vormittag (17.9.) im Ostpreußischen Landesmuseum angebotenen Führungen zu unterschiedlichen Themenbereichen fanden leider

kein Interesse, vermutlich weil die meisten Teilnehmer die Ausstellung inzwischen schon recht gut kannten. Deshalb werden wir im kommenden Jahr die Führungen aus dem Programm nehmen und können dann auf diese Weise früher mit der Feierstunde beginnen.

Den Höhepunkt unseres Jahrestreffens bildete wiederum die Feierstunde, die in diesem Jahr ganz im Zeichen des siebzigjährigen Bestehens der Patenschaft mit der Stadt Osterode am Harz stand, deren Bürgermeister Jens Augat aus diesem Anlass eigens angereist war. Im Festsaal konnte denn auch die prunkvolle Patenschaftsurkunde vom 17. August 1952 im Original bewundert werden.

Zur Eröffnung der Feierstunde wurde das Gedicht „Es war ein Land“, von der Dichterin Agnes Miegel selbst vorgetragen, eingespielt. Passend dazu wurden Fotos aus dem Landkreis Osterode eingebunden – allerdings nicht aus der Vergangenheit, sondern aus der Gegenwart, um der Wehmut des Gedichtes die Unvergänglichkeit der ostpreußischen Natur gegenüberzustellen.

Kreisvertreter Burghard Gieseler erinnerte in seiner Begrüßungsansprache daran, dass es Siedler aus Osterode am Harz waren, die im Jahr 1329 Osterode Ostpreußen gegründet hatten und deren Nachfahren nach 700 Jahren gezwungen waren, ihre Heimat zu verlas-

ANZEIGE

Hochwertiges Krawattenklammer- und Manschettenknöpfe-Set mit Elchschaufeln

Edles Set für den Herrn: Krawattenklammer und ein Paar Manschettenknöpfe mit Elchschaufel im schwarzen Velourtui für 35,- Euro zzgl. 5,- Euro Versand- und Verpackungskosten

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke selke@paz.de Tel: 040-414008-0

35,- Euro zzgl. Porto und Verpackung

Rätsel

3. beliebt
Magisch: 1. Buettel, 2. Sticker, Gedicht
5. Geschirr, 6. Maschinen, 7. Kristall -
2. Schwelgen, 3. Baedner, 4. Designer.

Mittelwörterrätsel: 1. Regatta,
Vorort von Los Angeles
unkultivierter Mensch
eine Baitin
Schauspieler-Ballettschüler
Steigen der Börsenkurse
fressen (Wild)
Essen, Nahrung

Schüttelrätsel:
ein Südafrikaner
Tierhöhle
alles Blasinstrument
ausgenommen, frei von
das Unsterbliche
Rasenfläche um das Loch beim Golf
römischer Kaiser
Menge v. einem Liter Bier (bayer.)

So ist's richtig:
scharf und durchdringend
Assistent
Kfz-Zeichen Cham
nordamerik. Wapitihirsch
Gesichtsteil
Gleichklang im Vers
Nadelbaum, Taxis
chem. Zeichen für Tantal
katholische Geistlichkeit
Hartschalenfrucht

schäufel
Wapitihirsch
Verbindungsstelle
Nadelbaum, Taxis
katholische Geistlichkeit
Hartschalenfrucht

Schüttelrätsel

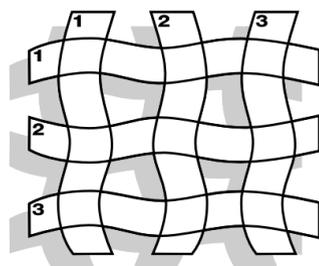
In diesem ungewöhnlichen Kreuzwörterrätsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEGR STTU	AORS	ACORS	AIST	EINST	ANRU	ANNU	AGNR
CEHOS				ARR			
AIMN RT		AAIN RT				NNU	

Mittelwörterrätsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine Bezeichnung für ein Sprachkunstwerk in Versen.

1	RUDER					BAHN
2	BAHN					ANGST
3	GUMMI					RISS
4	MODE					KLEID
5	KOCH					TUCH
6	LAND					BAUER
7	EIS					KLAR



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 veraltet: Gerichtsdiener
- 2 Aufkleber
- 3 wohlgenährt, korpulent

Heimatkreisgemeinschaften



Idylle in Osterode: Die Dorfstraße von Baerwiese

Foto: Bildarchiv Ostpreußen

sen. Sie kehrten in Form unserer Kreisgemeinschaft gewissermaßen an ihren Ursprungsort nach Osterode am Harz zurück, wo sie mit offenen Armen wieder aufgenommen wurden.

„Mit der Übernahme der Patenschaft bereits im Jahr 1952, als Flucht und Vertreibung erst wenige Jahre zurücklagen, übte Ihre Stadt, Herr Bürgermeister, aktive Solidarität mit den entwurzelten und oft traumatisierten Landsleuten aus dem Osten,“ sagte Gieseler. Der Kreisvertreter richtete seinen Blick aber auch auf die Gegenwart und schilderte dem Bürgermeister, den er augenzwinkernd als „Patenonkel“ bezeichnete, die aktuellen Herausforderungen, vor denen das „Patenkind“ gegenwärtig steht. Neben den wegen der hohen Inflation finanziellen Sorgen und der nach wie vor ungeklärten Zukunft der Heimatsammlung hob er besonders den Generationenwechsel hervor. Er schloss mit den Worten: „Wir haben den Generationenwechsel noch lange nicht geschafft, sind aber auf einem gu-

ten Weg. Wir verstehen die Pflege der ostpreußischen Kultur und die Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen als notwendige Zukunftsaufgaben. Deshalb sind wir fest entschlossen, uns für diese doppelte Zielsetzung mit all unserer Kraft einzusetzen und die Kreisgemeinschaft in eine gute Zukunft zu führen. Es ist ein schönes Gefühl, unsere Paten dabei an unserer Seite zu wissen!“

Klares Bekenntnis zur Patenschaft

Bürgermeister Augat würdigte in seiner Ansprache die Arbeit der Kreisgemeinschaft und hob dabei insbesondere deren Bedeutung für die Städtepartnerschaft zwischen Osterode am Harz und Ostróda hervor: „Die Städtepartnerschaft mit Ostróda gibt es nur dank der Kreisgemeinschaft und die Kreisgemeinschaft ist nicht zuletzt deshalb auch ein Teil von Osterode am Harz. (...) Die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen ist auch heute noch Bindeglied und wichtige Säule dieser

Städtepartnerschaft.“ Die Ausführungen des Bürgermeisters fanden ihren eindrucksvollen Höhepunkt in einem klaren Bekenntnis zur Patenschaft: „Mit Ihrem Wirken haben Sie alle einen wesentlichen Beitrag zur Völkerverständigung geleistet. Sie alle haben durch Ihr Handeln bewiesen, dass Ausgleich und Versöhnung möglich sind und Revanchismus, Hass und eine damit einhergehende Kaskade von Gewalt keine Lösung sein können. Bitte setzen Sie dies fort und machen Sie auch weiterhin die Welt zu einem besseren Ort. Ich darf Ihnen versichern, dass die Stadt Osterode am Harz in ihren Möglichkeiten weiter konstruktiv an der Patenschaft arbeiten wird.“

Diese Worte waren weit mehr als eine höfliche Geste gegenüber einem in die Jahre gekommenen „Patenkind“!

Der Festvortrag der Feierstunde befasste sich in diesem Jahr mit dem landeskundlichen Thema „Oberland – die verschwundene Landschaft“. Der Anlass für diese

Themenwahl war der Umstand, dass in den letzten Jahren Tourismusbehörden und Reisebüros dazu übergegangen sind, das Oberland, als dessen Perle sich Osterode doch stets verstand, als „Westmasuren“ zu bezeichnen. Dieser Tendenz stellte sich Dr. Gogan in seinem fulminanten, mit zahlreichen Folien veranschaulichten Vortrag entgegen. Er legte dar, dass sich Geschichte und Kultur des Oberlandes signifikant von der Masurens unterscheiden. Diese Unterschiede zu verwischen, liefe darauf hinaus, die Geschichte nachträglich umzuschreiben.

Zweimal Silbernes Ehrenzeichen der LO

Nach langanhaltendem Beifall neigte sich die Feierstunde schon ihrem Ende entgegen, als überraschenderweise Waldemar Czichon das Wort ergriff und mit gesetzten Worten und feierlicher Miene eine Ehrung vornahm. Dr. Uwe Dempwolff und Burghard Gieseler erhielten aus seiner Hand das Ehrenzeichen in Silber der Landsmannschaft Ostpreußen (LO). Die beiden Geehrten, die von dieser hohen Auszeichnung nichts geahnt hatten, waren sichtlich gerührt und dankbar.

Nach dem Ostpreußenlied und der deutschen Nationalhymne fand das Jahrestreffen bei Kaffee und Kuchen einen geselligen Ausklang.

Alle, die zu dem Jahrestreffen 2022 nach Lüneburg gekommen waren, waren restlos begeistert. Aber – auch das darf nicht verschwiegen werden – es waren viel zu wenige gekommen, so dass sich durchaus die Frage stellt, ob der immense Aufwand eines Jahrestreffens noch verhältnismäßig ist.

Im kommenden Jahr werden wir im Rahmen unseres Jahrestreffens das siebzehnjährige Bestehen der Patenschaft mit dem Landkreis Göttingen begehen. Wir freuen uns darauf, dann hoffentlich wieder zahlreiche Teilnehmer begrüßen zu können.

Burghard Gieseler

„Hilfe für Euch“

Herbstblätter in Vicelin

Am 29. und 30. Oktober stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ wieder ihre wertvollen Handarbeiten im Gemeindehaus Vicelin, Kiel, Harmsstraße/Paul-Fleming-Straße 2 zum Verkauf aus.

Diese wurden in Ostpreußen von Frauen hergestellt, die mit ihrer Kunstfertigkeit für ihre Familien oder für sich ein Zubrot erarbeiteten. Die vorbereiteten Materialien wurden von Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft auf ihren Hilfsfahrten dorthin mitgenommen und fertige Arbeiten wieder abgeholt.

Die Mitglieder arbeiten sämtlich ehrenamtlich. In diesem

Herbst werden Handarbeiten angeboten, die zum Thema passen und eine Vorschau auf Weihnachten geben – Decken, Kissen und Tischbänder sowie Schönes und Praktisches für Küche und Bad.

Für die kalte Jahreszeit fehlen Socken und Handschuhe nicht. Für diejenigen, die sich etwas Süßes gönnen möchten, bietet die Arbeitsgemeinschaft Kaffee und hausgemachten Kuchen sowie Honig aus Ostpreußen, Bärenfang, besondere Marmeladen und Konfekt an.

Die beliebten Rezeptbüchlein, Fotokarten, Scherenschnitte und andere Geschenkartikel sind ebenfalls zu erwerben. Auch De-

korationsartikel können erworben werden. Der Erlös kommt einerseits den Frauen zugute, die die Arbeiten gefertigt haben, sowie zirka 80 Familien, die die Arbeitsgemeinschaft seit Jahrzehnten ehrenamtlich unterstützt.

Wer die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft kennenlernen oder weiterhin unterstützen möchte, hat dazu Gelegenheit, am Sonntag, 29., und Sonntag, 30. Oktober, jeweils von 11 bis 17 Uhr.

Mitausstellerin ist Frau Katharina Kharytych aus Kiew, die mit ihren typischen Arbeiten aus der Ukraine die Ausstellung bereichert. Es gibt Kaffee und selbstgebackene Torten.

Ulrike Madeya

Ostpreußisches Landesmuseum



Ein Archiv für das Landesmuseum – Das Ostpreußische Landesmuseum mit deutschbaltischer Abteilung wird um einen wissenschaftlichen Bereich erweitert und beginnt mit dem Aufbau eines Archivs. Da das Museum bereits in großer Menge über Archivgut verfügt, ist es sinnvoll, durch die geordnete und professionelle Aufbewahrung von ostpreußischem Archivgut wie Schriftgut, Briefe, Tagebücher, Postkarten, Sparbücher, Zeitungen, Urkunden, Broschüren, Zeichnungen, Fotos, Fotoalben, Dias, Videokassetten und DVD´s auch diese wertvollen Kulturgüter für die Erforschung der Kultur und Geschichte Ostpreußens nutzbar zu machen.

Neben der Bewahrung und Verzeichnung dieser bisherigen Sammlungen ist es das erklärte Ziel, eine Erweiterung der Bestände durch das neue Depot im Erweiterungsbau möglich zu machen und anzustreben. Dabei freut sich das Ostpreußische Landesmuseum über die Unterstützung von Ostpreußen und deren Nachkommen und ist dankbar über Schenkungen von Archivgut. Das Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordeenschloss Ellingen ist weiterhin das zentrale Archiv der Landsmannschaft Ostpreußen und seiner Untergliederungen und

steht natürlich auch Privatpersonen zur Verfügung, eine enge Abstimmung mit der Archivierung in Lüneburg ist vorgesehen.

Eine weitere zentrale Aufgabe des Archivs ist die Unterstützung des wissenschaftlichen Arbeitens, seien es Dissertationen, Masterarbeiten oder Familienforschung. Ein professioneller Lesesaal auch für mehrtägiges Arbeiten steht im Lesesaal des benachbarten Nordostinstituts inklusive entsprechender Fachbibliothek zur Verfügung. Zur Vorbereitung der Archivnutzung wird ein Online Findbuch realisiert werden.

Aufgebaut und betreut wird das Archiv von Moritz Dittmann. Der Historiker studierte an der Georg-August-Universität in Göttingen Mittlere und Neuere Geschichte und Europäische Ethnologie und bringt eine mehrjährige Berufserfahrung aus seinen Tätigkeiten in österreichischen und deutschen Wirtschaftsarchiven mit.

Ostpreußisches Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, E-Mail: info@ol-ig.de, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Kulturkorrespondenz

„Stadt. Land. Fluss. Memel(land)“ Drei Ruten hat der Angler aufgestellt und wartet auf einem Eimer sitzend auf seinen Fang. Vor ihm fließt idyllisch ruhig die Memel. Mit solch einer Szene könnte auch ein Text von Johannes Bobrowski beginnen, der das beschauliche Leben im Memelland beschreibt. Doch ganz so idyllisch ist die Realität nicht. Am anderen Flussufer der Memel liegt die Oblast Kaliningrad der russischen Föderation.

Das Titelbild hat „Kulturkorrespondenz“ („KK“)-Redakteur Markus Nowak an einem frühen Sommermorgen in Schmalleningken [Smalininkai] aufgenommen. Entlang der Memel quer durchs Memelland führte ihn eine Radtour. In seinem Beitrag schreibt er über die Höhepunkte seiner 358 Kilometer langen Radreise.

„Stadt. Land. Fluss. Memel(land)“ heißt die neueste Ausgabe der „Kulturkorrespondenz“. Wie das gleichnamige beliebte Spiel nimmt sie neben der Landschaft und dem Gewässer auch die Stadt Memel in den Blick.

Im neuen Heft schreibt Alexander Welscher, Baltikum-Korrespondent der Deutschen Presse-Agentur, über die Bernsteinvorkommen im Memelland und wie das „Gold der Ostsee“ von Kazimieras Mizgiris nach stür

mischen Nächten „geerntet“ wird. Jörn Barfod, stellvertretender Direktor am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, präsentiert die deutsche Malerei des Memellandes – jenseits der Künstlerkolonie Nidden. Hoch hinaus geht es – im Gegensatz zum flachen Memelland – in dem Beitrag des Autorentrios Christine Bayer, Otto Malik und Christine Penn. Alle drei sind wanderaffin und verraten, was hinter dem Namen der Reichenberger Hütte in den Tiroler Alpen steht.



Weitere Informationen unter www.kulturkorrespondenz.de

Kontakt: Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V., Redaktion der Kulturkorrespondenz, Berliner Straße 135|Haus K1, 14467 Potsdam. redaktion@kulturkorrespondenz.de

NACHRUF

Leiser Abtritt von der Bühne des Lebens

Im Alter von 85 Jahren in Hamburg gestorben – Der ostpreußische Schauspieler und Rezitator Herbert Tennigkeit

VON UTA BUHR

Dies vorweg: Herbert Tennigkeit war ein lustiger Vogel, stets zu Scherzen und heiteren Geschichten aufgelegt, die er in seiner unnachahmlichen Art zum Besten gab. Hinter dieser mitreißenden Fröhlichkeit verbarg sich ein nachdenklicher belesener Feingeist, der gern über die Dinge philosophierte, die weit über das Alltägliche hinausreichten.

1937 in Gröszpelken im ostpreußischen Memelland geboren, floh er 1944 kurz vor Kriegsende unter dramatischen Umständen mit seiner Mutter und seinen Brüdern vor der Roten Armee gen Westen. Nach einem Aufenthalt in Sachsen trieb es die Familie weiter nach Berlin.

Die Mutter war praktisch veranlagt und bestand darauf, dass der Sohn erst einmal „etwas Ordentliches“ lernte. Der ging daraufhin bei einem Maler und Anstreicher in die Lehre, der ihm beibrachte, wie man vom Krieg verwahrloste Häuser wieder in einen bewohnbaren Zustand zurückversetzte. Geschadet habe ihm diese Ausbildung zum Handwerker nicht, gestand Tennigkeit einmal. Aber sein Traumziel, Schauspieler zu werden, habe er nie aus den Augen verloren. 1962 war es dann so weit. Er zog nach Düsseldorf und nahm dort Unterricht bei einem seinerzeit bekannten Schauspieler. Auch zum Sänger ließ er sich ausbilden.

Diese solide Ausbildung hat sich gelohnt, denn in der Folgezeit durfte sich der frisch gebackene Mime über eine Reihe von Engagements an bekannten westdeutschen Bühnen freuen. Während ein Tourneetheater ihn durch viele Städte der Republik führte, stand er auf der Bühne des Hamburger Ernst-Deutsch-Theaters, brillierte bei den Ruhrfestspielen in Recklinghausen, trat in der Komödie Frankfurt auf und wirkte in Theaterproduktionen mit, die ihn in die Niederlande, nach Ös-



Seine bekannteste Rolle: Tennigkeit als Dr. Laudann in der „Schwarzwaldklinik“, mit Eva-Maria Bauer (l.) und Gaby Fischer Foto: pa

terreich und Großbritannien führten. Sein umfangreiches Repertoire umfasste unter anderem Stücke von Shakespeare, Osborne, Brecht, Kleist und Hochhuth. Auch in Operetten und Musicals trat dieser vielseitige Künstler auf. Besonders gelungen empfand er seinen Auftritt in „Irma la Douce“. „Ein bezaubernd frivoles Stück.“ Schade nur, dass er der Irma aller Irmas, Shirley MacLaine, nie begegnet ist. Aber man kann halt nicht alles haben.

Als Sprecher machte Herbert Tennigkeit sich ebenfalls einen Namen. Seine sonore Stimme eignete sich gut für Hörspiele. Dabei lagen ihm die Karl-May-Hörspiele besonders am Herzen: „Welcher Jugendliche hat nicht alle oder die meis-

ten der insgesamt 65 Romane dieses Titanen der spannenden Lektüre verschlungen?“ Nicht wenige von uns haben sie mit der Taschenlampe unter der Bettdecke gelesen.

In den 1970er Jahren begann Tennigkeit eine viel beachtete Karriere als Darsteller in Fernsehfilmen und -serien. Unvergessen ist seine Rolle als Anästhesist Dr. Laudann in der „Schwarzwaldklinik“, einer Serie, die sich zu einem veritablen Straßenfeger entwickelte. Kitsch als Kitsch can? Wahrscheinlich. Aber das Publikum war begeistert von der heilen Welt des Schwarzwaldes und den Protagonisten, die so sympathisch menschlich herüberkamen. Fast genauso beliebt waren Serien

vom Schlege „Das Erbe der Guldenbergs“, „Das Traumschiff“, „Hotel Paradies“ und „Kreuzfahrt ins Glück“, in denen Tennigkeit ebenfalls Erfolge feierte.

Unschlagbar war Tennigkeit als Rezitator. Seine Lesungen in ostpreußischer Mundart sind bis heute unvergessen. Wenn er aus Siegfried Lenz' „So zärtlich war Suleyken“ las oder Günther Ruddies' „Woher kommen die Marjellchens?“ rezitierte, blitzte in den Augen mancher Zuhörerinnen aus der „kalten Heimat“ nicht selten ein heimliches Tränchen auf.

Seine ostpreußische Heimat hat Tennigkeit nie vergessen. Er trug sie immer im Herzen. Mehrmals ist er an den Ort seiner Kindheit zurückgekehrt. In einem

Interview vor Jahren, das die PAZ mit ihm führte, bekannte er sich offen zu seiner Sehnsucht nach seinem heimatlichen Kreis Pogegen. Er wollte seinen Sandkasten, den Apfelbaum im elterlichen Garten und auch seine Schule wiedersehen. Und – oh Wunder – alles war noch da. Da darf auch ein gestandenes Mannsbild eine Träne vergießen.

In Erinnerung bleibt eine gemeinsame Fahrt mit Tennigkeit zu einem Termin an der Ostsee. Während der kurzen Reise erzählte er in beredten Worten viel aus seinem ereignisreichen Leben als Darsteller großer Rollen und gestand ganz nebenbei, dass er sogar mit dem Gedanken gespielt habe, Schlagersänger zu werden. Einfach, weil er gern singe. Ganz so wie der große Kollege Gustav Gründgens, der einmal bekannte: „Ich weiß ja, ich kann nicht singen. Und dabei singe ich doch so gern.“

Aber Tennigkeit konnte wirklich singen. Immerhin hatte er in jungen Jahren Gesangsunterricht genommen. Und so sang er auf dem Weg nach Timmendorfer Strand aus voller Kehle „Lilli Marlen“, „Die Beine von Dolores“ und „Wenn bei Capri die rote Sonne im Meer versinkt“. Ein unvergessliches Erlebnis.

Schließlich, doch nicht zuletzt, muss an dieser Stelle noch Tennigkeits langjährige enge Freundschaft mit der in Königsberg geborenen Autorin, Journalistin und PAZ-Mitarbeiterin Ruth Geede erwähnt werden, die im April 2018 im biblischen Alter von 102 Jahren verschied. Geede, die Doyenne ihrer Zunft, teilte ihre Liebe und lebenslange Sehnsucht nach Ostpreußen mit Tennigkeit. Und niemand konnte ihre Gedichte und Prosa so schön im ostpreußischen Idiom rezitieren wie er. Eine Kostprobe seiner Kunst konnten die Gratulanten zur Feier des 100. Geburtstages von Geede im Jahr 2016 genießen.

Nun ist auch Herbert Tennigkeit von uns gegangen. Er starb am 10. Oktober im Alter von 85 Jahren in Hamburg.

EHRUNG

Verleihung des Preußenschildes im Ostpreußenmuseum

Barbara Loeffke erhielt die höchste Auszeichnung der Landsmannschaft Ostpreußen – Große Festveranstaltung in Lüneburg

Am 11. Oktober fand im Ostpreußischen Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung in Lüneburg eine Festveranstaltung anlässlich der Verleihung des Preußenschildes, der höchsten Auszeichnung der Landsmannschaft Ostpreußen, an Dr. Barbara Loeffke statt.

Horst Buschalsky, Vorsitzender des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum-Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung, begrüßte die Gäste mit einem Vortrag über Leben und Wirken des Museumsgründers, Forstmeister Hans-Ludwig Loeffke, nachdem der Museumsdirektor Joachim Mähner sich mit einem eigenen Grußwort und dem übersandten der Niedersächsischen Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Editha Westmann MdL, an die Festversammlung gewandt hatte. Westmann war Corona geschuldet bei der Veranstaltung nicht anwesend.

In Vertretung des an Corona erkrankten Sprechers, Stephan Grigat, nahm Brigitte Stramm für den Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen die Verleihung des Preußenschildes vor. In der Laudatio betonte sie die Gründung des Museums vor 65 Jahren. Aus dieser „Keimzelle“, gepaart mit dem großartigen Engagement des Forstmeisters Loeffke, habe sich das

heutige Ostpreußische Landesmuseum mit Deutschbaltischer Abteilung entwickelt. Damit sei das Museum nichts aus der Vergangenheit, sondern es sei eine wichtige Säule für die heutige Arbeit zur Förderung und für den Erhalt von Kultur und Geschichte Ostpreußens.

Barbara Loeffke hat die Lebensleistung ihres verstorbenen Mannes in den vergangenen 50 Jahren erfolgreich bewahrt und fortgeführt. Sie hat sich darüber hinaus durch ihren Einsatz insgesamt um Ostpreußen sehr verdient gemacht.

Den Festvortrag hielt Manfred Kittel, Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin und Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Regensburg. Das Thema seiner Ausführungen lautete: Das Kulturerbe des historischen deutschen Ostens: Nationaler und europäischer Erinnerungsort mit Brückenfunktion.

Kittel skizzierte unter anderem die schwierige Situation in der Vertriebenenarbeit heutzutage und beklagte die Vergessenheit und Ignoranz beim Thema Flucht und Vertreibung vieler Politiker und allgemein in der Gesellschaft. In der bundesdeutschen Erinnerungskultur fände eine „Vertreibung der Vertreibung“



Wurde mit dem Preußenschild geehrt: Barbara Loeffke Foto: PAZ

statt. Das Bundesvertriebenengesetz fordere allerdings, im Inland und im Ausland zu vermitteln, was Flucht und Vertreibung und was der damit verbundene Verlust eigentlich bedeutet haben, für die Deutschen als Nation sowohl wirtschaftlich als auch kulturell.

Kittel beleuchtete hinsichtlich der aktuellen politischen Situation mit unseren osteuropäischen Nachbarn die historischen Hintergründe nach Ende des Zweiten Weltkriegs, in den Jahren von 1950 bis 1970 und zum sogenannten Lastenausgleich.

In einer Zwischenbilanz kam Kittel zu dem Ergebnis, dass der Umgang mit unserem ostdeutschen Kulturerbe schon immer einer der empfindlichsten Seismographen dafür gewesen sei, wie es generell mit der nationalen Identität in unserem Land bestellt sei. Und das sei ein Problem, weil ein Land, das seine Wurzeln nicht besser pflege, das seine Traditionen, auch seine positiven historischen Bezugspunkte nicht ebenso intensiv erinnere wie die Schattenseiten, von seinen Nachbarn kritisch betrachtet würde. Solch ein Land werde in den Stürmen der Globalisierung eines Tages kentern – wie ein leckgeschlagener Kurenkahn im Gewitter auf dem Haff.

Der Referent beendete seinen Vortrag mit einer Option, wonach Ostdeutsches Kulturerbe ein Erbe sei, dessen Pflege wir uns heute mit unseren Nachbarn in Europa teilen, mit allen Menschen guten Willens, die jetzt in den früheren Vertreibungsgebieten leben und die ein natürliches Interesse an der gesamten Geschichte ihres Lebensortes haben. Kittel fragte, ob es da nicht zukunftsweisender wäre, ein deutsch-polnisches Programm beziehungsweise Konzept zur Kulturwahrung der europäischen Vertreibungsgebiete auf den Weg zu bringen, statt 1,8 Billionen Euro Kriegsreparationen zu fordern? Da könnte man das Kulturerbe des alten deutschen Ostpreußens und der versunkenen ostpolnischen Kresy dann gerne zusammen denken und fördern.

Buschalsky zitierte in seinem Schlusswort Forstmeister Loeffke, der auf einer BdV-Veranstaltung am 3. November 1974 in Hannover sagte: „Wir verharren nicht in einer sterilen Trotzhaltung. Wir produzieren uns nicht in einer militanten Haltung. Wir wissen, dass wir in einem freien, geeinten Europa auch die berechtigten Interessen unserer östlichen Nachbarn zu respektieren haben. Es ist uns jedoch zur Pflicht gemacht, politisches Stehvermögen aufzubringen.“ Horst F. Buschalsky

STETTIN

Johannes Quistorp und seine Spuren in der Stadt

Vor 200 Jahren in Greifswald geboren – Ein christlicher Großunternehmer und Wohltäter in Pommern

VON MARTIN STOLZENAU

Im November jährt sich der 200. Geburtstag des aus Greifswald stammenden Zementfabrikanten Johannes Heinrich Quistorp. Der Industrielle gilt an seiner Hauptwirkungsstätte Stettin bis heute als ein ungewöhnlicher Wohltäter, der sich als überzeugter Christ auch um die sozialen Belange seiner Mitarbeiter kümmerte. Damit unterschied sich er sich erheblich von anderen Geschäftsleuten seines Schlags.

Quistorp wurde am 14. November 1822 in Greifswald geboren. Er war der erste Sohn seiner Eltern. Das waren Mutter Johanne, eine geborene Hecht, deren Vater Kaufmann in Stralsund war, und Vater Christian August Heinrich, der vom Steuerkontrolleur und Landmesser zum Kommissionsrat aufstieg. Die Eltern zogen früh nach Wolgast um, wo Sohn Johannes und sein jüngerer Bruder die Schule besuchten. Für Johannes folgten anschließend eine kaufmännische Lehre, der Militärdienst und die Tätigkeit als Handlungsgehilfe in der Firma „Goldammer & Schleich“.

Konsul in Stettin

Das Jahr 1850 wurde zur Zäsur. Der 28-jährige junge Kaufmann gründete sein eigenes Commissionsgeschäft in Stettin. Er heiratete 1852 Wilhelmine Theune, die Tochter eines Stettiner Fabrikanten und Stadtrats, wurde zum königlich hannoverschen Konsul in Stettin berufen und erwarb 1855 eine große Kreidegrube auf der Insel Wollin. Quistorp zählte zu den ersten deutschen Produzenten von Portlandzement, entwickelte sich mit seinem Geschäftssinn und weiteren Zukäufen innerhalb weniger Jahre zum größten Zementhersteller Europas und schwamm auf einer Erfolgswelle.

Er besaß bald ein Firmenimperium. Zum Firmenbesitz Quistorps gehörten



Wurde in den Jahren 1925 bis 1927 auf dem Land angelegt, das 1925 von Martin Quistorp, dem Sohn von Johannes Quistorp, der Stadt geschenkt wurde: Blick vom Stettiner Rathaus auf die Quistorp-Aue. Der Platz wurde nach ihm Quistorp-Aue [Jasne Błonia] genannt. Hier befindet sich seit 1987 ein Denkmal für Papst Johannes Paul II.

Foto: Kapitel/Wikimedia

neben den Kalksteinbrüchen in Lebbin und der Zementfabrik in Stettin-Züllchow bald auch weitere Zementfabriken wie die in Wolgast, eine Schamottfabrik in Stettin-Pöhlitz, Dampfziegeleien in Berndshof und Glienken und der Kreideabbau in Jasmund auf Rügen mit der Jasmunder Kreidebahn und dem Martinshafen zur Verschiffung.

Dazu gesellten sich eine eigene Reederei für den Transport seiner Produkte und schließlich auch die landwirtschaftlichen Güter Wittenfelde, Dumsewitz und Schlitz auf Rügen.

Seine Unternehmen erlebten einen enormen Aufschwung und erhielten nach der Reichseingung mit dem damit verbundenen wirtschaftlichen Aufschwung im ganzen Reich einen zusätzlichen Schub. Die sprudelnden Gewinne aus den Wirtschaftswunderjahren der Gründerzeit investierte er nicht in den eigenen Luxus, sondern vor allem in das weitere Wachstum seiner Firmen und in soziale Verbesserungen für seine Mitarbeiter und in Wohltätigkeit für die Kommunen.

Die ließ er sich Millionen kosten. Die lange Palette seiner ungewöhnlichen So-

zialleistungen und Wohltätigkeiten reichte von 150 Werkwohnungen in Lebbin, einem Arbeiter-Bildungs-Institut, einer Bücherei mit Lesesaal über die Stiftung von Witwenhäusern, Waisenhäusern, Dorfschulen und der Gründung einer „Kranken-, Witwen-, Sterbe- und Unterstützungskasse“ für Mitarbeiter und deren Angehörige bis zum Bau des Diakonissen- und Krankenhauses „Bethanien“. Allein für „Bethanien“ stiftete Quistorp 300.000 Mark aus eigenen Mitteln.

Großes soziales Engagement

Nach Auflösung der Stettiner Festungsbauten erkannte er sofort die Zukunftsmöglichkeiten. Quistorp erwarb zahlreiche Grundstücke, gründete die „Westend-Baugesellschaft“ und sorgte für die Entwicklung des neuen Stadtteils Westend mit Mädchen-Pensionat und Lehrerinnen-Seminar.

In Stettins Norden entwickelte er aus einem Sumpfgebiet eine Obstplantage und einen großen für die Öffentlichkeit zugänglichen Park, der bis heute als Stadtpark einen großen Zuspruch erlebt. Aber auch Quistorp erlebte Rückschläge. 1880 erkrank sein Sohn Heinrich bei einem Bootsunglück im Stettiner Haff. 1886 starb seine erste Frau. Aus dieser Ehe waren fünf Kinder hervorgegangen.

Hohe Ehrungen

1888 heiratete der Unternehmer die um 22 Jahre jüngere Mathilde Leidhoff, die Tochter eines Tuchfabrikanten aus Braunschweig, in zweiter Ehe. Dazu überführte er alle seine Firmen in einen Industrie-Verein (PIV). Für seine Verdienste erlebte Quistorp zahlreiche Ehrungen. Ein persönlicher Höhepunkt war für ihn, als ihm der Titel „Königlich preussischer Commerzienrath“ verliehen wurde.

1890 übergab Quistorp die Firmenleitung an seinen Sohn Martin. Damit hatte er sein Feld bestellt. Am 9. Mai 1899 starb

er in Stettin und fand seine letzte Ruhe auf dem Friedhof seiner Schöpfung „Bethanien“, wie auch später sein Sohn Martin.

Danach gab es zahlreiche Nachrufe, die sein Wirken würdigten. Sein Sohn Martin ließ ihm zu Ehren im Eckerberger Wald vom Berliner Star-Architekten Franz Schwechten den Quistorp-Turm erbauen, der allerdings 1945 zerstört wurde.

Der neunstöckige, 45 Meter hohe Quistorp-Gedächtnisturm mit Aussichtsplattformen im Eckerberger Wald in Stettin wurde von 1900 bis 1904 zu Ehren des Geschäftsmanns und Philanthropen Johannes Quistorp errichtet und besaß ein Sommercafé im ersten Stock. Die herrliche Lage in walddreicher Umgebung machte ihn zu einem perfekten Ziel für Sonntagsausflüge. Der Turm wurde 1945 zerstört, wobei sich um das Geschehen der Zerstörung Gerüchte rücken. Bis heute finden sich beeindruckende Reste dieses „Geheimnisvollen Ortes“.

GPS: 53°27'52.3"N 14°30'58.4"E
53.464516, 14.516230



POSTARTE PRIVATSAHLUNG

HINTERPOMMERN

Kolberg und sein Salz

Interessante Historie im traditionellen Kurort an Pommerns wundervoller Ostseeküste

Seinen Reichtum erlangte Kolberg einst durch Salz. Die älteste Siedlung entstand im 7. und 8. Jahrhundert, um die sich im 10. und 11. Jahrhundert die Stadt entwickelte. Im Jahr 1000 bezeichnete Thietmar von Merseburg den Bischof von Kolberg, Reinbern, als „salsae Cholbergensis“. Die Stadt hatte zu der Zeit schon große Bedeutung und betrieb über Handelsrouten einen schwungvollen Handel mit dem Salz.

Johann Georg Krünitz schrieb in der „Oeconomische Encyclopädie“ (1773–1858) „Die Salzquellen liegen vor dem Münder Thore auf dem Zillenberge, diesseits der Persante, nahe bei einander. Nicht weit von der Mündung des Hafens stehen auf dem Salzberge 17 siedende und acht wüste Kothen, nebst einem allgemeinen Siedhause, wovon eine siedende Koth mit der Pfanne 4600 Rthlr. und eine wüste Koth 1800 Rthlr. geschätzt wird.“

Als Kote bezeichnete man eine aus Brettern und Lehm gebaute Hütte. Der Name leitet sich aus der deutschen Sprachwurzel ab, wie „Kate“ oder „Kosat“. Alles Geschehen um die Koten wurde in einem sogenannten „Kotbuch“ festgehalten, das es als „Das Kolberger Kotbuch von 1473“ in einer Überarbeitung, herausgekommen 1995, in Modernen An-

tiquariaten zu kaufen gibt. Die Salzgerechtigkeit war im 13. Jahrhundert im Besitz der Bürgerschaft.

Seit Beginn des 14. Jahrhunderts besaß Kolberg eigenes Münzrecht, bestätigt im Jahr 1548 durch Kaiser Karl V. Der Wohlstand der Stadt zeigte sich bereits im 16. Jahrhundert in steinernen Häusern, einer Wasserleitung und gepflasterten Straßen. 1801 kaufte der preußische Staat Saline und Gerechsamte auf. Von 1807 bis 1813 hatte Kolberg die einzige Saline in Preußen. 1860 stellte sie den Betrieb ein, das Salzwasser wurde freigegeben. Zur Blütezeit gab es 36 Salzsiedereien.

Die medizinische Nutzung der Sole mit hohem Eisengehalt wurde entdeckt. Seit 1830 ist Kolberg Solbad, dazu Moor- und Seebad. Im Jahr 1909 standen neun Solequellen zur Verfügung, die sich sämtlich in Privatbesitz befanden, darunter die Salzberg-Quelle, die Zillenberg-Quelle, die Münderfeld-Quelle und die Martin-Tobias-Quelle, dazu Gradierwerke.

1938 war Kolberg mit 44.508 Besuchern das bestbesuchte Seebad aller deutschen Seebäder. Es entstanden viele Sanatorien und Kurheime, eine Seebadeanstalt, ein Warmbad, sechs Solbadeanstalten, zwei mit Moorbädern, sechs Krankenanstalten und Privatkliniken. Ferner



Die Salzquelle auf der Salzwinkel, unweit des Jachthafens

gab es ein Kur-Theater, eine Freilichtbühne für 3000 Personen, Sportwochen, Blumenkorsos, Regatten, Pferderennen, einen 7,5 Kilometer langen Strandpark und Schiffsverbindung nach Swinemünde, Kopenhagen und Rönne auf Bornholm. Mit dem D-Zug war Kolberg von Berlin aus in viereinhalb Stunden zu erreichen.

Der Zweite Weltkrieg beendete zunächst alle Kuraktivitäten, die Stadt war nahezu zerstört, die Quellen verschüttet. Cirka ab den 1980ern entwickelte sich wieder der Kurbetrieb. Kolberg hat speziell in den letzten Jahren kräftig expandiert und wird nicht nur von Kurgästen aus Pommern gerne besucht.

Auf der Salzwinkel [Wyspa Solna], die von der Persante und dem Holzkanal umflossen wird, nahe dem Jachthafen, befindet sich die einzige Solequelle [Solanka], die für Gäste zugänglich ist. Man kann dort die Sole kosten. Vorsicht ist angebracht, da es sehr salzig und kaum zum Trinken geeignet ist. Der Salzgehalt beträgt fünf Prozent. Zum Vergleich: das Meerwasser hat einen Salzgehalt von sieben Promille Massenanteil. Neue Pläne, wieder ein Gradierwerk zu errichten, konnten bisher nicht umgesetzt werden. Fest steht: Ein Aufenthalt in Kolberg ist empfehlenswert.

Brigitte Stramm

„Wir bleiben ein Spielball zwischen den Mächten“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Dieser Artikel spricht mir aus dem Herzen“

Bernhard Meier, Berlin

zum Thema: „Immer mehr Menschen haben von Nachrichten die Nase voll“ (Nr. 42)



Ausgabe Nr. 42

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

BITTE KEIN EU-BUNDESSTAAT!

ZU: PER SALAMI-TAKTIK ZUM EU-ZENTRALSTAAT (NR. 41)

Der Beitrag spricht die Gefahren an, die den Nationalstaaten drohen, nämlich deren Vernichtung durch die EU. Diese These erachte ich allerdings für unvollständig. Sie enthält nämlich keine klaren Ratschläge oder Empfehlungen, um der politischen Vernichtung zu entgehen. Es sind zwei Maßnahmen sofort geboten:

Erstens: Die Nationalstaaten sollten in den EU-Gremien hinsichtlich ihrer Vernichtung Widerstand leisten, wie es glücklicherweise bereits Großbritannien durch sein Ausscheiden tat und die Länder Polen, Ungarn sowohl wie auch vielleicht Italien es tun wollen. Deutschland sollte sich dem Widerstand gegenüber der EU anschließen. Jeder Eingriff der EU in die internen Angelegenheiten der Nationalstaaten mit dem Ziel der Abschaffung ihrer Souveränität muss torpediert werden. Das angedachte „Notfallinstrument für den Binnenmarkt“, mit dem die EU im Krisenfall viele Unternehmen kontrollieren will und könnte, muss verhindert werden, denn dadurch dürfte eine Form von zentraler Wirtschaftslenkung/Planwirtschaft etabliert werden. Planwirtschaft aber taugt nichts.

Zweitens: Die EU und die EZB müssen abgeschafft und durch eine Europäische Freihandelszone ersetzt werden. Durch diese beiden Schritte können die Nationalstaaten vor der politischen Vernichtung durch die EU gerettet werden. Der „Binnenmarkt“ und die Freiheiten der Bürger Europas bleiben erhalten und die Inflation darf in Deutschland durch die Bundesbank bekämpft werden. Die Freihandelszone bietet für alle beteiligten Länder die Sicherheit, nicht direkt oder indirekt für die Schulden anderer Länder haften zu müssen. Die Freihandelszone bietet im Vergleich zu heute für die Länder Europas mehr Vorteile als die EU.

Denkbar ist auch, dass England sich der Freihandelszone anschließen würde.

Der demokratische Nationalstaat ist die einzige politische Gliederung, der es

mit Erfolg gelingt, die Interessen ihrer Bürger zu verstehen, aufzugreifen und umzusetzen. Deshalb wird Europa nur als eine vielfältige Gemeinschaft der Vaterländer wieder auf Erfolgskurs zu bringen sein, deren Grundlage der nationale Rahmen, die jeweils eigene Tradition und die Werte des Christentums sind. Die EU sollte ein Staatenbund bleiben und kein Bundesstaat werden.

Benno Koch, Harsefeld

ES IST BEREITS NACH ZWÖLF

ZU: DEUTSCHLAND STEHT AM BEGINN EINER HISTORISCHEN REZSSION (NR. 39)

Was ist an dieser Überschrift irreführend? Das Dilemma, in dem wir stecken, besteht in der fehlenden staatlichen Souveränität. Am 7. Februar sprach der US-Präsident Joe Biden auf die Frage einer Reporterin, wie er denn Nord Stream 2 beenden wolle: „I promise you, we'll be able to do it“ (Ich verspreche Ihnen, wir sind dazu in der Lage). Und der vergessliche Olaf Scholz stand wie ein kleiner Schuljunge daneben.

Nichts im gesellschaftlichen Leben und in der Politik geschieht spontan, alles ist genauso gewollt. Diejenigen, die im Hintergrund die Fäden ziehen, scheren sich weder um das Selbstbestimmungsrecht der Völker noch um deren Existenzrecht in Frieden, Glück und Wohlstand. Alles wird perfiden Profitinteressen und geopolitischen Zielstellungen unterworfen. Die politische Klasse, die aus einer perfektionierten Negativauslese hervorgegangen zu sein scheint, ist völlig hilflos und überfordert. Kritiker sind grundsätzlich Rechtsradikale und Verschwörungstheoretiker zugleich.

Meine Empfehlung ist: Da die Verschwörungstheorien fast allesamt wahr geworden sind, sollte man sich schleunigst neue ausdenken.

Was ist zu tun? Nichts einfacher als das: Diese mehr als dilettantische Regierung muss stante pede zurücktreten und durch eine vorübergehende Notstandsre-

gierung aus Experten ersetzt werden. Es ist bereits nach Zwölf, und es geht schon lange nicht mehr ausschließlich um Deutschland, vielmehr auch um Europa. Der erste Schritt muss die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland beinhalten parallel zur kollektiven Reparatur von Nord Stream 1 und 2 sowie der Ächtung von Staatsterrorismus jedweder Couleur.

Klaus Hermann Konrad Baumgart, Naumburg

WANN GEHEN SIE WIEDER?

ZU: DAS ENDE DES HEROISMUS (NR. 39)

Zunächst ist festzustellen, dass die meisten Menschen auf dieser Welt keine Lust auf Kriege haben, sie sehnen sich nach Frieden. Eine Tatsache, die nichts mit dem Ukrainekrieg zu tun hat.

Der Krieg in der Ukraine ist ja nicht die erste kriegerische Auseinandersetzung der Russen nach dem Zweiten Weltkrieg. Zwar hatten sie nicht diese Auswirkungen, aber sie waren auch nicht weniger bedenklich. Die Reaktionen der westlichen Welt hielt sich jedoch in Grenzen. Wo war da zum Beispiel die russische Jugend?

Frieden muss man sich erkämpfen. Das haben andere Länder auch schon gezeigt. Jetzt will man Frieden, und die russischen jungen Männer glauben, das durch Flucht zu erreichen. Welche Männer (wirklich nur Männer) sind es, die fliehen? Wenn man feststellen muss, welche ukrainischen Flüchtlinge hier in Deutschland sind (nämlich nicht nur Frauen) und wie viele hier auftreten, dann haben sie nichts hier zu suchen. Warum suchen diese Menschen nicht Zuflucht bei den vielen russischen Freunden?

Europa (Deutschland an erster Stelle) macht einen Fehler, wenn wieder hunderttausende sogenannter Flüchtlinge aufgenommen werden sollen. Die Gefahr, dass sie nie wieder gehen, ist groß, und sie treiben Europa endgültig in den Ruin. Aber Europa kann nicht andere dafür verantwortlich machen, sondern nur sich

selbst. Solange Europa nicht hart und einheitlich auftritt, bleiben wir ein Spielball zwischen den großen Mächten.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

MIT INKLUSIVER ANREDE

ZU: WO WILLST'N HIN? (NR. 38)

Gut, dass die PAZ über die inflationäre Verwendung des kumpelhaften „Du“ schreibt. Mit einer Bewertung hält sich der Autor dabei sehr zurück.

Meines Erachtens ist das gleichmacherische und distanzlose „Du“ aber auch Teil von ungunstigen gesellschaftlichen Veränderungen. Ähnlich schlimm ist es, wenn Behörden in amtlichen Schreiben mit „Guten Tag Vorname Nachname“ daherkommen oder gar mit „Hallo ...“. So etwa jetzt das Statistik-Amt Berlin-Brandenburg. Begründung: „Die sprachliche Gleichbehandlung ist Ziel des Amtes ... Daher benutzen wir die inklusive Anrede.“ Zur Proletarisierung der Sprache kommt nun auch noch die Gender-Politik.

Dr. Hansjürgen Bals, Werder/Havel

KAUM ZU ERWARTEN

ZU: TK-ZAHLEN ZU IMPFSCHÄDEN (NR. 33)

Geimpft zu werden hat einfach einen unheimlich lustigen Spaßfaktor, selten so gelacht. Jetzt soll es der vierte Piks richten. Der ist zwar völlig wertlos wie ein Kropf, aber der vom Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach aus Steuermitteln gesponserte Impfstoff muss weg, er muss verimpft werden.

Dumm nur, dass das mit den vielen Impfschäden einhergeht, die gerade jetzt von der Techniker Krankenkasse veröffentlicht worden sind. Aber auf der anderen Seite ist das doch nicht so tragisch, denn wer außer uns Aufrechten im Lande liest schon die PAZ?

Wann kommt denn endlich der fünfte und langersehnte „Omikron-Piks“? Menschenskind, ich kann es kaum noch erwarten.

Riggi Schwarz, Büchenbach

ANZEIGE

Warum die Wahrheit so wichtig ist

■ **Wahlbetrug in den USA? Hat es nicht gegeben. Zumindest hat man uns das einreden wollen, aber nun präsentiert Dinesh D'Souza endlich die eindrucksvollen Beweise, dass es 2020 bei den Wahlen in den USA nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Nach dem extrem erfolgreichen Dokumentarfilm 2000 Mules legt D'Souza nun auch ein Buch mit noch mehr Fakten vor.**

Die Demokratische Partei hat die US-Präsidentenwahlen von 2020 gestohlen

Vergessen Sie alles, was Sie bislang gehört haben. Vergessen Sie alles, was Sie über Wahlbetrug zu wissen glauben. Bei den Präsidentschaftswahlen in den USA 2020 haben die Demokraten in großem Stil Wahlbetrug begangen. Das ist kein Vorwurf, sondern dank Bestsellerautor und Investigativjournalist Dinesh D'Souza inzwischen unumstößlich bewiesen. Mithilfe von Augenzeugen sowie den präzisen und hochmodernen technischen Möglichkeiten des Geotracking weist D'Souza nach, wie ein bereits bestehendes korruptes System der Demokratischen Partei bei den letzten Wahlen Betrug in gewaltigem Umfang beging.

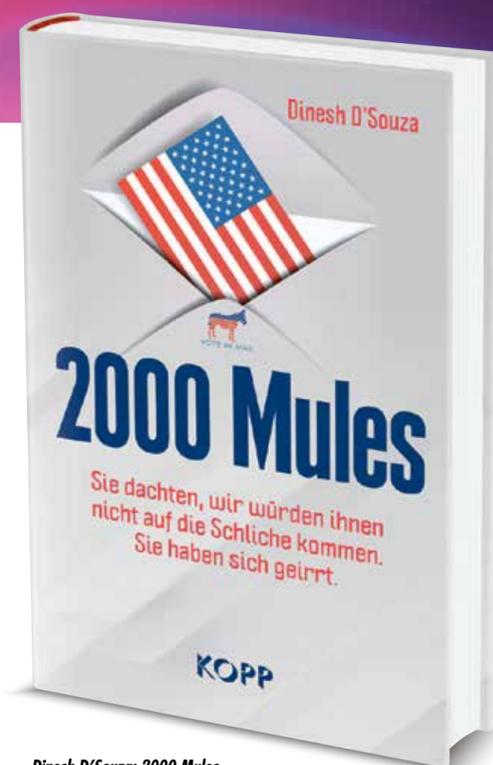
Im Mittelpunkt des Geschehens steht das »Maultiere«. Ein bezahlter Mittelsmann. Ein krimineller Kurier. Ein Handlanger an der Schnittstelle zwischen Wahlfälschung und Betrug. Maultiere sind Gauner und

Aktivisten, die bei zwielichtigen NGOs oder Parteiapparaten einen Sack Wahlzettel entgegennehmen und diese Wahlzettel über einen Bezirk verteilt in die Kästen werfen, die speziell für die Möglichkeit der Briefwahl aufgestellt wurden.

Der Dokumentarfilmer und Bestsellerautor Dinesh D'Souza legt beeindruckende Fakten vor, die beweisen, dass der massive Stimmbetrug, der doch angeblich nur ein Hirngespinnst der Rechten war, tatsächlich stattgefunden hat.

Eindrucksvoll belegt D'Souza, dass die US-Wahl 2020 gestohlen wurde. Und was noch wichtiger ist: Er kann seine Behauptung beweisen!

2000 Mules ist mehr als ein Buch – es ist ein Appell, aktiv zu werden. Soll Amerikas Demokratie überleben, muss sich jeder mit den hier vorgelegten Beweisen vertraut machen, anderen davon erzählen und einfordern, dass die Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden.



Dinesh D'Souza: 2000 Mules gebunden • 267 Seiten • Best.-Nr. 986 200 • 22,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

NIEDERSACHSEN

Die Leinestadt mit dem grünen Herz



Von wegen graue Maus – Hannover hat abseits der zubetonierten Innenstadt viel Kunst und Natur zu bieten. Herrenhäuser Gärten, Eilenriede oder Maschsee sind wahre Oasen der Ruhe in der zu Unrecht als provinziell verschrienen Landeshauptstadt

Auf den Spuren der Welfen-Herrscher: In den mit barocker Gartenkunst angelegten Herrenhäuser Gärten lässt sich stundenlang verweilen

Foto: Guballa

VON ANDREAS GUBALLA

Langweilig, leidenschaftslos, provinziell: So sieht Hannovers Image in vielen Teilen Deutschlands aus. Dabei bietet Niedersachsens Landeshauptstadt jede Menge Vielfalt und Abwechslung. Reizvolle Landschaften mit Rad- und Wanderwegen bis ins Umland und jede Menge Kultur in Museen und an der frischen Luft warten darauf, entdeckt zu werden. Mit dem Maschsee, den Herrenhäuser Gärten und der Eilenriede bietet die Stadt darüber hinaus wahre Ruheoasen an.

Abgesehen von der Beton-Tristesse in der Innenstadt direkt vorm Bahnhof ist Hannovers Herz voller Natur: Die Eilenriede gilt mit 640 Hektar Fläche als einer der größten Stadtwälder Europas – und übertrifft damit sowohl den Central Park in New York als auch den Hyde Park in London. Die grüne Lunge zieht sich größtenteils zentrumsnah durch den östlichen Teil der Leinestadt. Mit einem komfortablen Wegenetz und Hunderten von Ruhebänken, Liegewiesen, Kinderspielflächen

und Waldgaststätten bietet die Eilenriede quasi Naherholung pur.

Die Herrenhäuser Gärten repräsentieren seit über 300 Jahren die Lebensart des hannoverschen Herrschaftshauses. Ihr Herzstück, der Große Garten, zählt zu Europas bedeutendsten Barockgärten. Wie einst die Hofgesellschaft flanieren Besucher heutzutage zwischen reich verzierten, nur flach bepflanzten Grünflächen, prächtigen Skulpturen und kunstvoll geschnittenen Hecken. Wasserspiele plätschern in versteckten Winkeln.

Im „Bauch von Hannover“

„Kultur for free – Kunst für alle“ steht für eine Reihe kostenloser Rundgänge durch Hannover. So kann jeder die Stadt auf individuelle Weise entdecken, je nach Interesse oder verfügbarer Zeit, ob mit dem (Leih-)Fahrrad oder zu Fuß.

Kunst im öffentlichen Raum hat in Hannover eine lange Tradition und einen hohen Stellenwert: Im Laufe der Jahrzehnte wurden mehr als 200 Skulpturen, Plastiken und Installationen im gesamten Stadtraum platziert. Kaum eine andere

deutsche Stadt weist eine so hohe Dichte an künstlerischen Objekten auf entlang von viel befahrenen Straßen, der Leine und auf öffentlichen Plätzen.

Häufigstes Fotomotiv sind dabei die drei buntbemalten „Nana“-Figuren der 2002 gestorbenen französischen Künstlerin Niki de Saint Phalle am Leibnizufer. Die 1974 schräg gegenüber dem Leineschloss der Welfen, in dem heute der niedersächsische Landtag untergebracht ist, aufgestellten voluminösen Kunstobjekte sollten einst das mausgraue Image Hannovers aufpolieren.

Bei einem Streifzug durch die Gassen der Altstadt rund um die Marktkirche vermitteln restaurierte Fachwerkfassaden einen guten Eindruck davon, wie es hier ausgesehen hat, bevor die Stadt im Zweiten Weltkrieg vor Bombenterror heimgesucht wurde. Kleine Boutiquen laden zum Bummeln und die gemütlichen Cafés sowie Kneipen zum Verweilen ein. Wen der Hunger packt, kann sein Mittagessen im „Bauch von Hannover“, der Markthalle, einnehmen. Hier verbindet sich hannoversche Tradition mit internationaler

(kulinarischer) Atmosphäre. An über 70 Ständen gibt es hier neben frischem Fisch, Fleisch, Obst und Gemüse auch Mittagsangebote für jeden Geschmack.

Einmal „auf dem Strich gehen“

Frisch gestärkt können die nächsten Programmpunkte in Angriff genommen werden. Ein Strich führt auf einer Länge von 4200 Metern als „Roter Faden“ auf dem Straßenpflaster zu 36 Sehenswürdigkeiten in der Innenstadt. Wer diesem barrierefreien Leitsystem folgt, unternimmt einen Stadtrundgang auf eigene Faust – und bestimmt selbst das Tempo. Für diese Route durch die Stadt gibt es eine Begleitbroschüre im handlichen Taschenformat mit Wissenswertem und Amüsantem über die Attraktionen entlang dieses Roten Fadens.

Ein 45-minütiger Abstecher von der Route führt zum Maschsee und beginnt und endet am Neuen Rathaus. Dieses lockt nicht nur als beliebtes Fotomotiv oder attraktive Sehenswürdigkeit, sondern auch mit Stadtmodellen aus Hannovers Geschichte, die in der Rathaushalle

unter der fast 100 Meter hohen Kuppel zu sehen sind. Wer mit dem Bogenaufzug in die Kuppel einfährt, hat von der Aussichtsplattform einen famosen Blick über Stadt und Maschsee.

Hinter dem Rathaus geht es durch den malerischen Maschpark zu einem der beliebtesten Ausflugsziele Hannovers: dem Maschsee. Wer mag, kann den sechs Kilometer langen Rundweg um den See spazieren. Bequemer sind jedoch die Cafés und Biergärten an der Uferpromenade. Aber nicht nur zu Land kann man den Maschsee entdecken.

Die Maschseeflotte lädt zu einem Perspektivwechsel aufs Wasser ein. Kunstinteressierte sollten dem am Ufer gelegenen Sprengel-Museum einen Besuch abstatten. Wer sich eher für Geschichte begeistert, ist im nahe gelegenen Landesmuseum Hannover an der richtigen Adresse. Auch das direkt neben dem Rathaus gelegene Museum August Kestner mit seinen ägyptischen und antiken Sammlungen sollte man sich nicht entgehen lassen.

● www.visit-hannover.com

ÖSTERREICH

Luxus für die Künstlerseele

Wo Gustav Klimt, Gustav Mahler oder die Berliner urlaubten – Je mondäner die Villen, desto besser

Frühstücken an jenem Esstisch, an dem schon Gustav Klimt und Emilie Flöge ihren Kaffee tranken, kann man in der Villa Paulick am Attersee im Salzkammergut. Der Maler und die Modeschöpferin waren engste Freunde, Lebenskameraden – oder auch mehr? Man wird es nie erfahren. Von 1900 bis 1916 verbrachten sie den Sommer gemeinsam am Attersee. Gewohnt hat Klimt in der inzwischen auch der Familie Flöge gehörigen Villa nie. Doch als Gast fühlte der Künstler sich so wohl, dass er vom Bootsteg aus mit dem Fernglas nach Motiven Ausschau hielt.

Unverändert blickt man im Esszimmer durch die großen Erkerfenster auf den See. Unter den kunstvollen kleinen quadratischen Buntglasfenstern hindurch, die deren oberen Abschluss bilden: mit der Liebesgöttin Venus für den Frühling, mit Ceres, der Göttin für die Erdfrüchte, für den Sommer und Aeolus als Repräsentant der Winde. In der Mitte erinnert eine Allegorie zum Schiller-Zitat „Segen ist der Mühe Preis“ aus dem „Lied von der Glocke“ an den Erbauer Friedrich Paulick (1824–1904).

Der k. u. k. Hofschillermeister aus Wien ließ sich die verspielte Historismus-Villa 1877 am Seeufer errichten. Als das Bürgertum im 19. Jahrhundert die Landlust packte und man in die Sommerfrische fuhr, machte man nicht einfach Urlaub,

sondern verlegte seinen Wohn- und Arbeitsplatz aufs Land. Wer es sich leisten konnte, nahm dabei seine gewohnte Umgebung mit.

So fällt der Blick im Salon der Villa Paulick auf eine schwere goldverzierte Kassettendecke, die schon Klimt derart beeindruckte, dass er sie malte. Mag auch der eine oder andere Sessel inzwischen neueren Datums sein – der opulente Charme der Jahrhundertwende hat sich erhalten. Es gibt wohl nur wenige Som-

mer-Villen, die derart umfänglich in ihrem Originalzustand erhalten sind. Nicht nur von außen, sondern auch innen.

Die Kassettendecke wie auch das Arbeitskabinett entstammen dem Kaiserpavillon der Wiener Weltausstellung von 1873, den Paulick ausgestattet hatte. Alle Holzarbeiten entstanden in seiner Werkstatt. Zwar knarren die Stufen, wenn man die Treppe auf den Aussichtsturm hinaufsteigt, und das Geländer wackelt. Dennoch ist das Zimmer mit dem Aufgang

zum Weitblick das beliebteste der insgesamt fünf Räume, die im Sommer an Nostalgie-verliebte Gäste vermietet werden. Telefon und Flachbildschirm sucht man vergebens. Das WC auf der Etage muss man sich teilen und die Suche nach der Dusche endet in einem Schrank auf dem Flur. Auch sie ist Gemeinschaftsgut. Dennoch sind die rustikalen Zimmer immer schnell ausgebucht.

Einen Einblick ohne Übernachtung erhält man bei Führungen und den Kulturveranstaltungen, die in den Gesellschaftsräumen, auf der Terrasse und im Garten von Juni bis September stattfinden. Naturgemäß sind die Plätze hier ebenfalls begrenzt.

Für den noch jungen Komponisten Gustav Mahler musste die Sommerfrische preiswert sein, daneben landschaftlich reizvoll und vor allem ruhig. Seit dem Tod der Eltern kam er für seine drei Geschwister auf. In Steinbach am Ostufer des Attersees wurde er 1893 fündig. Noch heute existiert fast unverändert die Etage, die er im Gasthof zum Höllengebirge, dem heutigen Hotel-Gasthof Föttinger, als spartanisch eingerichtete Ferienwohnung mit Küche mietete.

Zum ungestörten Komponieren reichte das nicht. Daher ließ sich Mahler nebenan auf der Wiese ein Häuschen bauen. Von 1894 bis 1896 wurde der kleine Raum

zum Arbeits-Sanktuarium des Ferienkomponisten, in dem er seine 2. und 3. Sinfonie vollendete. Später Schlachthaus, Waschküche, Toilette, wurde das Komponierhäuschen renoviert und 2016 samt neuer Ausstellung wiedereröffnet. Zusätzlich widmet Steinbach Mahler immer um den 7. Juli herum ein eigenes Festival.

Für Klimt wie Mahler hieß Sommerfrische auch, sportlich aktiv zu sein, nicht nur im und auf dem Wasser. Mahler war einer der ersten Radfahrer am See, ging regelmäßig spazieren, wanderte bis zu 30 Kilometer und bestieg die Berge.

Was für die Wiener das Salzkammergut ist, ist für die Berliner die Ostsee. Hier erblühte um 1900 die Bäderarchitektur in vielen Variationen des Historismus und Klassizismus. Nicht nur auf Usedom erstrahlen in Ahlbeck, Heringsdorf, Bansin, Zinnowitz herrschaftliche Sommervillen und Hotels wieder im alten Glanz. Dem Luxusgedanken folgend, verbergen die historischen Fassaden jedoch in der Regel moderne bis exklusive Ferienwohnungen und Gästezimmer. Die Zeitreise in die Kaiserzeit ist damit im Vergleich nur eine halbe.

Helga Schnehagen

● Klimt-Museum in Schörfling mit Klimt-Themenweg bis Seewalchen; www.attersee.at, www.salzkammergut.at, www.usedom.de

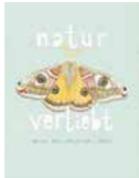


Künstler-Refugium: In der Villa Paulick am Attersee entspannte Gustav Klimt

● FÜR SIE GELESEN

Kalender für das Jahr 2023

Der Brunnen Verlag hat seine Jahresbegleiter, wie die Taschenkalender dort heißen, zum Thema Verliebtsein herausgegeben. Wer jetzt aber eine schnulzige, glitzernde Kladde erwartet, der irrt. Die Kalender heißen „natur-verliebt“ sowie „meer-verliebt“ und enthalten neben einem wochenweise aufgebauten Kalendarium, neben Sinnsprüchen und Zitaten Informationen zum Thema Meer, zum Beispiel einen Steckbrief Wal oder ein Rezept für einen Lachsdip. Der „natur“-Kalender beschreibt unterschiedliche Bienen- und Vogelarten, zeichnet den Holunder und Steckbriefe zu Persönlichkeiten wie Sebastian Kneipp und Hildegard von Bingen. Der feste Einband und ein Gummizug verhindert ein Verknicken der Seiten., ein Lesebändchen hilft bei der schnellen Orientierung. Das Format ist handlich, aber nicht so klein, dass es in einer Tasche zu verschwinden droht. Was fehlt, ist eine Jahresübersicht, und etwas eigen ist die Anrede per Du. Für die Jahresübersicht kann der Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* auf die Beilage warten, die zum Ende des Jahres aus der Zeitung flattern wird – mit dem Du muss er leben. CRS



Anne Weigel: „natur-verliebt. Dein Jahresbegleiter 2023“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, gebunden, 192 Seiten, 16,95 Euro



Anne Weigel: „meer-verliebt. Dein Jahresbegleiter 2023“, Brunnen Verlag, Gießen 2022, gebunden, 192 Seiten, 16,95 Euro

Was ist ein Baum?

Der Verlag Baumhaus, ein Teil der Bastei Lübbe AG, hat sich mit dem Kinderbuch „Sei wie ein Baum“ seinem Namensvetter gewidmet. Der Autor Philip Bunting erklärt mit vielen ganzseitigen Bildern, was ein Baum ist, wie er sich mithilfe von Pilzen vernetzt, wie er Photosynthese betreibt, und zeigt, dass die Eigenschaften eines Baumes auch für Menschen nützlich und erstrebenswert sind.

Die Altersempfehlung ab vier Jahren muss nicht so eng gefasst werden. Jüngere Kinder freuen sich an den einfachen Illustrationen, ältere Kinder folgen dazu noch dem Vorgelesenen, noch ältere Kinder geben mit dem im Buch gesammelten Wissen im Sachunterricht an, und Erwachsene schmunzeln über Raupen, die beim Frühstück auf dem Speiseplan eines Vogels stehen. CRS

Philip Bunting: „Sei wie ein Baum. Was wir von unseren grünen



Freunden lernen können“, Bastei Lübbe AG, Köln 2022, gebunden, 40 Seiten, 14,99 Euro

BILDBAND DER WOCHE



Ungewöhnliche Stilleben

Die Berliner Fotografin Isabel Kittler zeigt in ihrem Bildband „Uckermark“ einen ungeschönten Blick auf das Dorfleben in einem wunderschönen Landstrich Brandenburgs

FOTO: ISABEL KITTLER

Sehnsucht nach Stille und Abgeschiedenheit war es, die Isabel Kittler, die im Prenzlauer Berg lebt und beruflich mit Kindern aus schwierigen Verhältnissen arbeitet, in die Uckermark geführt hat. Sie kaufte ein Haus dort und ging von Beginn an auf die „Ureinwohner“ zu. Das unterscheidet sie von vielen Großstädtern, die es zwar in die Natur hinausziehen, die aber häufig mit Überheblichkeit auf die Uckermärker hinabblicken.

Heute verbindet Kittler eine gute Nachbarschaft mit den Dörflern, die der professionellen Amateur-Fotografin so viel Vertrauen geschenkt haben, dass sie sich von

ihr so ablichten ließen, wie sie sind. Während die meisten Bücher über die Uckermark die Schönheit des brandenburgischen Landstrichs herausstellen, zeigt Kittlers Bildband ungeschönte Aufnahmen von Feldern, DDR-Ruinen, einsamen Landschaften, abgedeckten Holzstapeln und Rüben wie im Bild oben und von Menschen in ihrem Alltag – etwa Kleinbauern mit ihren Tieren und Erzeugnissen oder Waldarbeitern.

Den Einführungstext auf Deutsch und Englisch hat Kittlers Freundin Judka Strittmatter verfasst. Beide kennen sich bereits aus Kindertagen, sodass sie viele Erfah-

rungen verbinden. Es sei empfohlen, den Text zu lesen, da ohne ihn die Intention des ehrlichen Bildbands eventuell nicht deutlich wird. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Isabel Kittler/Judka Strittmatter: „Uckermark“, Edition Braus im Aufbau Verlag, Berlin 2022, gebunden, 95 Seiten, 20 Euro

POLITIK

Smarte Verpackung für radikale Pläne

Susanne Gaschke fühlt dem „Antipolitiker“ Robert Habeck auf den Zahn

VON ANSGAR LANGE

Robert Habeck lässt niemanden kalt. Na ja, vielleicht nur die paar Millionen Deutschen, die aufgrund seiner ideologisch motivierten Energiepolitik im Winter frierend in ihren Wohnungen sitzen könnten. Ansonsten aber spaltet sich das Land in Habeck-Verehrer und Habeck-Gegner. In ihrer gut lesbaren Biographie versucht die bekannte Journalistin Susanne Gaschke („Die Welt“, „Neue Zürcher Zeitung“) sich dem Phänomen Habeck möglichst objektiv zu nähern.

Fangen wir mit dem Positiven an. Der kriselnde grüne Superstar blickt auf einen ungewöhnlichen Lebensweg zurück – zumindest für einen Berufspolitiker. Das Faszinosum Habeck bringt die Autorin, die selbst für kurze Zeit SPD-Oberbürgermeisterin von Kiel war, mit folgenden Worten auf den Punkt: „Habecks Reden sind, vielleicht schon wegen der Länge seiner Sätze, auch nicht unbedingt Rockkonzerte, sondern eher Singer/Songwriter-Auftritte – aber er hat Groupies und Fans wie ein Rockstar.“

Sein ungewöhnlicher Lebensweg

Man tritt wohl keinem anderen Mitglied der Regierung Scholz auf die Füße, wenn man feststellt, dass dies ein ziemliches Alleinstellungsmerkmal sein dürfte. Allerdings hat sein legendäres Interview mit Sandra Maischberger gezeigt, dass faktenfreies Fabulieren in Krisenzeiten weniger gut ankommt. Unter Deutschlands Bä-

ckern dürfte Habeck nach diesem Offenbarungseid in Sachen ökonomischer Unkenntnis deutlich weniger Fans haben.

Doch zurück zum Positiven. Einige Politiker haben ihr Leben lang nichts anderes gemacht als Politik. Hier ist der smarte, zurzeit aber vor allem gestresst wirkende Norddeutsche anders. Er hat studiert (sogar mit Abschluss und anschließender Promotion), schon früh eine recht große Familie gegründet, ein Haus gekauft und mit seiner Frau eine gemeinsame schriftstellerische Karriere aufgebaut. Sein Einstieg in die Politik erfolgte erst relativ spät.

Sein medialer Siegeszug

Habeck sieht gut aus, hat einen Schlag bei vielen Frauen, redet anders als ein „typischer“ Politiker (manche kleben an seinen Lippen, andere nervt sein leicht verunsichertes Philosophieren) und kommt zumindest optisch nicht wie ein verkniffener Verbotspolitiker rüber. Anders als der frühere Kommunist Kretschmann gönnt er seinen Untertanen nicht nur einen Waschlappen, sondern sogar – allerdings stark gekürzte – Duschzeiten. Hilfreich bei seinem medialen Siegeszug ist sicher die Popularität der grünen Weltanschauung über die Parteigrenzen hinweg – „nicht zuletzt dank der Hilfe von Journalisten, die ungewöhnlich oft mit grünen Politikansätzen sympathisieren“, wie Gaschke schreibt.

Die Biographin nähert sich ihrem Objekt durchaus mit Sympathie, aber nicht unkritisch. Der gebürtige Lübecker, der

heute in einem großen Haus in feinsten Flensburg wohnt und wie kein zweiter telegen durchs Watt wandern kann, ist aber vielleicht nicht so harmlos, wie er aussieht.

Sowohl das grüne Grundsatzprogramm als auch die jüngeren Schriften Habecks, so die Autorin, geben „auch eine argumentative Grundlage für eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft her“. Gaschke formulierte 2021 denn auch schon hellsichtig, dass die Union, „ausgezehrt und orientierungslos, wie sie nach 18 Jahren Angela Merkel im Parteivorsitz und 16 Jahren Kanzlerschaft ist“, der „dynamischen grünen Partei“ wenig entgegenzusetzen könne: „Und Grün-Rot-Rot will ohnehin einen Umbau der Gesellschaft, die wir kennen.“ Heute wissen wir, dass auch Rot-Grün-Gelb einen Umbau unserer Gesellschaft will. Und der spezielle Beitrag der Grünen in dieser dysfunktionalen Koalition könnte zu einer Deindustrialisierung Deutschlands mit massiven Wohlstandsverlusten führen.

„Immer wieder tappt Habeck unvorbereitet in die Falle der mangelnden Detailkenntnis.“ Dieser Satz Gaschkes liest sich 2022 ganz anders als zu der Zeit, in der Habeck noch nicht Minister war. Bei einem Oppositionspolitiker, der cool in den Talkshows überkommt, kann man darüber noch mit einem Lächeln hinwegsehen. Bei einem Minister, der zurzeit die wichtigsten Ressorts verantwortet und sein Haus personell mit grünen Ideologen besetzt hat, kommt diese fehlende Kompetenz einem Desaster gleich. Denn

jetzt hängen von Habecks Handeln oder auch Nicht-Handeln Millionen Existenzen ab.

Fehlende Kompetenz als Minister

Habeck ist als Minister erkennbar entzaubert worden. Seine Beliebtheit bei den Bürgern hat gelitten. Das Schicksal Habecks wird nun auch davon abhängen, wie sich die Medien verhalten werden. „Journalist*innen sind in der Regel so glücklich darüber, Robert Habeck interviewen zu dürfen, dass sie ihn kaum jemals mit kritischen Fragen belästigen.“

Genau dies ist das Problem. Wenn Friedrich Merz in unglücklicher Manier vom „Sozialtourismus“ ukrainischer Flüchtlinge spricht, fallen die Medien über ihn her. Wenn Robert Habeck nicht in der Lage ist, das Wort Insolvenz zu erklären, eilen ihm Heerscharen willfähriger Journalisten zur Seite. Wollte man den Habeck-Interview-Modus karikieren, so Gaschke, könnte man wohl sagen: „Die Frage, die alle Fragen an Robert Habeck zusammenfasst, lautet: ‚Warum sind Sie eigentlich nicht noch toller?‘“



Susanne Gaschke: „Robert Habeck. Eine politische Biographie“, Wilhelm Heyne Verlag, München 2021, broschuriert, 192 Seiten, 16 Euro

ADALBERT BEZZENBERG

Der Begründer der baltischen Philologie

Vor 100 Jahren verstarb der ehemalige Professor und Direktor der Albertina – Er gilt als herausragender Sprachwissenschaftler

VON EVGENI DVORETSKY
UND NIKOLAJ TSCHEBURKIN

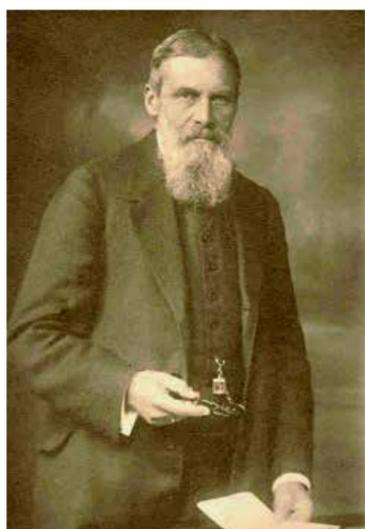
Am 31. Oktober jährt sich zum 100. Mal der Todestag von Adalbert Bezzenberger, einem der herausragendsten Sprachwissenschaftler, Archäologen und Professor an der Königsberger Universität Albertina.

Bezzenberger kam am 14. April 1851 in Kassel als Sohn des deutschen Philologen Heinrich Ernst Bezzenberger (1814–1892) und dessen Ehefrau Amalie, geborene Wiederhold (1819–1897) zur Welt. Der junge Adalbert besuchte von 1859 bis 1869 das Friedrich-Lyceum in seiner Geburtsstadt. Danach ging er als Student an die Georg-August-Universität nach Göttingen, wo er unter dem Einfluss des deutschen Orientalisten und Sprachforschers Theodor Benfey (1809–1881) sein Interesse an Geschichte aufgab und sich der vergleichend-historischen Sprachwissenschaft zuwandte.

Bereits im jungen Alter von 21 Jahren promovierte Bezzenberger in Komparatistik (vergleichende Literaturwissenschaft), und im Jahr darauf wurde der junge Gelehrte an die Ludwig-Maximilians-Universität München eingeladen. Dort begann er sich unter dem Einfluss des dortigen Lehrstuhlinhabers am Institut für Indologie und Tibetologie, Martin Haug, für die indogermanische Philologie zu interessieren. Im Jahr 1874 promovierte er in Göttingen auch in der Sprachwissenschaft und wurde zum Privatdozenten ernannt. Er lehrte in Göttingen, wo er 1877 die linguistische Fachzeitschrift „Beiträge zur Kunde der Indogermanischen Sprachen“ gründete und redigierte. Er wählte die phonetische Analyse der Sprache als Gegenstand seiner Forschung. Dies tat er mittels der vergleichenden Methode der Analyse des Deutschen, Preußischen, Litauischen, Lettischen und anderer Sprachen. Dazu studierte Bezzenberger die Sprache der alten litauischen Texte, bereitete alte Dokumente in den Sprachen der baltischen Stämme zur Veröffentlichung vor und gab sie heraus.

Promotion mit 21 Jahren

Auf der Grundlage der Ortsnamen legte er die Grenzen der von den Preußen und Westlitauern bewohnten Gebiete fest – sie verliefen entlang der Flüsse der Region. Bezzenberger unterscheidet hier zwischen preußischen Ortsnamen auf -keim und -ap sowie litauischen Namen auf -kem und -up. Die Litauer wurden von Bezzenberger als Ureinwohner von Schaulauen und Nadrauen betrachtet. Daneben erforschte er die Sprache der Bewohner



Gefeierter Professor: Adalbert Bezzenberger
Foto: Archiv Tschiburkin



Erstes Freilichtmuseum Deutschlands in Königsberg: Adalbert Bezzenberger war Mitbegründer des Ostpreußischen Heimatmuseums, in dem er die archäologische Abteilung leitete
Foto: Archiv Tschiburkin

der Kurischen Nehrung. 1879 gehörte Bezzenberger zu den Gründern der Litauischen Literarischen Gesellschaft in Tilsit, und am 1. April 1880 wurde er ordentlicher Professor und Leiter der Sanskrit-Abteilung an der Albertina. Ab dieser Zeit gilt er als Begründer der baltischen Philologie.

Im Jahr 1880 heiratete Bezzenberger Helene Schultze, Tochter des Geheimen Regierungsrats Theodor Schultze aus der Niederlausitz. Die Jungvermählten ließen sich im Haus Nr. 1 am Steindammer Wall nieder. Das vierstöckige Gebäude befand sich in der Nähe des Exerzier-Platzes, später Trommel-Platz genannt. Die Straße Steindammer Wall verband die beiden Königsberger Stadtteile Steindamm und Neurossgarten. Das Haus, in dem die Familie Bezzenberger wohnte, ist nicht erhalten geblieben.

Der glücklichen Ehe entsprang der Sohn Reinhart, der am 26. Juli 1888 im Ostseebad Cranz das Licht der Welt erblickte. Später studierte Reinhart an der Albertus-Universität Königsberg, nahm am Ersten und Zweiten Weltkrieg teil und arbeitete als Staatsrat in der ostpreußischen Provinzialverwaltung. Reinhart Bezzenberger starb am 4. September 1963 in Karlsruhe.

Wandlung zum führenden Archäologen

Nach dem Tod des Archäologen Otto Tischler (1843–1891) übernahm Adalbert Bezzenberger die Leitung des Geschichtsvereins Altertumsgesellschaft Prussia. Bald schon war er der führende Archäologe in Ostpreußen. Als solcher war er 25 Jahre lang maßgeblich an der Entwicklung des Prussia-Museums beteiligt. Das Museum war eines der besten frühgeschichtlichen Museen der Welt. Seine Exponate waren in den Räumlichkeiten des Königsberger Schlosses untergebracht.

In Anerkennung seiner Leistungen schuf Professor Stanislaus Cauer von der Königsberger Kunstakademie eine Marmorbüste des Gelehrten. Diese Statue befand sich im Museum des Königsberger Schlosses, bis es im August 1944 im Bombenhagel der britischen Flugzeuge unterging.

Am 27. Juli 1894, anlässlich der 350-Jahr-Feier der Königsberger Albertus-Universität, legte der Kunstmäzen und vormalige Medizinstudent Friedrich Lange den Grundstein des Palästra-Gebäudes

mit den Worten „Im Dienste des Guten und Schönen zur Entwicklung gesunder Kraft“. In der griechischen Antike war „palaestra“ die Bezeichnung für Gymnastikschulen.

Es wurde ein Wettbewerb für den Entwurf des Gebäudes ausgeschrieben. Überraschenderweise wurde mit Bezzenberger ein Philologe sowie Doktor der Linguistik und Archäologe zum Vorsitzenden des Bauausschusses gewählt. Den Wettbewerb für den besten Entwurf entschied der Königsberger Architekt Friedrich Heitmann für sich. Mit dem Bau des Gebäudes wurde 1896 begonnen. Die Entwurf-Zeichnungen stammen vom Baubereiter Friedrich Bessel-Lorck, einem Enkel des berühmten Astronomen Friedrich Wilhelm Bessel. Die Arbeiten überwachte der Baumeister Georg Sandmann.

Etwas sensationell Neues

Als die Palaestra Albertina errichtet wurde, war sie etwas sensationell Neues. Zum ersten Mal wurde alles, was die Studenten neben ihrem Studium zur Erholung und Erhaltung ihrer körperlichen Kräfte benötigten, in einem Gebäude zusammengefasst. Am 22. Oktober 1898 fand die Eröffnung der Palästra Albertina statt. Das Gebäude beherbergt heute den Sportpalast der Baltischen Flotte in der Rokossovskogo-Straße.

Fünf Jahre später, im Jahr 1913, wurde in Königsberg das Ostpreußische Heimatmuseum eröffnet. Die Errichtung dieses Museums hatte Richard Dethlefsen, der Provinzialkonservator für die Denkmäler Ostpreußens, initiiert. Einer seiner Gründer war wiederum Adalbert Bezzenberger, der dort auch die archäologische Ausstellung leitete.

Das Völkerkundemuseum befand sich auf dem Gelände des Königsberger Tiergartens und belegte ein Areal entlang des Baches in dessen östlichem Teil (heute zwischen Fußgängerbrücke und Brahmstraße) sowie einen Teil des Geländes des modernen Kinderdorfs im Tiergarten. Die meisten Gebäude und Einrichtungen des Museums wurden bis 1912 errichtet. Das Ostpreußische Heimatmuseum war vom skandinavischen Skansen-Museum in Stockholm inspiriert worden. Es war das erste Freilichtmuseum in Deutschland. Dazu gehörten eine Windmühle, eine Schmiede, ein Fischerhaus, die Dorfkirche und alte Wohnhäuser aus Ostpreußen mit ihren charakteristischen Baufor-

1944 wurde ein Teil der Exponate des Ostpreußischen Heimatmuseums aus dem Königsberger Zoo entfernt, wie beispielsweise ein Großteil der Elemente des Hügels. Das Objekt ist heute im Freilichtmuseum volkstümliche Baukunst in Hohenstein zu sehen.

Ein Teil des gemauerten Hügels der preußischen Siedlung und des litauischen Friedhofs sind in Königsberg am Ufer des Baches entlang des Hufener Freigrabens noch in kaum erkennbarem und zerstörtem Zustand erhalten.

Karriere an der Albertina

Von 1890 bis 1891 war Bezzenberger geschäftsführender Prorektor sowie 1919/20 und 1920/21 Rektor der berühmten Albertina. Er ging als eine der herausragendsten Persönlichkeiten seiner Zeit in die Geschichte der ostpreußischen Hauptstadt ein.

Am letzten Oktobertag des Jahres 1922 starb Bezzenberger in seiner Heimatstadt Königsberg. Er wurde auf dem Neuroßgärtner Friedhof an der Alten Pillauer Landstraße beigesetzt. Das Grab ist heute nicht mehr erhalten. An der Stelle des Friedhofs steht nun das zehnstöckige Wohnhaus Nr. 22 in der nach dem Krieg in Dimitrij-Donskogo umbenannte Straße, nur wenige Schritte vom Gebäude der Regionalverwaltung entfernt.

Im Jahr 1925 benannten die dankbaren Königsberger Bürger eine der Straßen der Stadt zu Ehren des großen Gelehrten Bezzenbergerstraße. Sie ist heute Teil der modernen Hospitalnaja-Straße, die zwischen der Schindekopstraße und der August-Viktoria-Allee [Generalleutnant Ozerow] sowie dem Böttchershöfchen [Znojnjaja] liegt.

Erwähnenswert ist auch, dass Bezzenberger am 6. Dezember 1894 zum korrespondierenden ausländischen Mitglied der Russischen Akademie der Wissenschaften in der Abteilung für Geschichtsphilologie und in der Abteilung für Linguistik gewählt wurde.

Seine wichtigsten Werke zur Sprachwissenschaft und Geschichte sind: „Beiträge zur Geschichte der litauischen Sprache“ (1877), „Litauische Forschungen“ (1882), „Lettische Dialektstudien“ (1885) und „Analysen vorgeschichtlicher Bronzen Ostpreußens“ (1904).

men. Die archäologische Ausstellung erzählte von den Bewohnern der südöstlichen Ostsee, zu einer Zeit, bevor der Deutsche Ritterorden in dieses Gebiet kam.

Erstes Freilichtmuseum Deutschlands

Der archäologische Teil der Exposition umfasste den Grabhügel, die preußische Siedlung und das litauische Gräberfeld. Alle Arbeiten an diesen Stätten wurden unter der Leitung Bezzenbergers durchgeführt. Die Standorte befanden sich im Tal des Hufener Freigrabens, der noch heute entlang der Liststraße verläuft. Seit 1950 ist die Straße nach dem Dichter Schota Rustaweli benannt.

Das Museum benötigte bald jedoch eine Erweiterung, aber im Zoo war nicht genügend Platz vorhanden. Daher beschloss man 1935, die Ausstellung des Ethnographischen Museums in ein Gebiet in der Nähe des Hexenberges nördlich von Hohenstein [Olsztynek], Kreis Osterode, zu verlegen. Zwischen 1938 und



Steindammer Wall Nr. 1: In diesem Haus in Königsberg, das heute nicht mehr existiert, wohnte das Ehepaar Bezzenberger
Foto: Archiv Tschiburkin

● AUFGESCHNAPPT

Kriminelle „Klimaaktivisten“ kleben sich nicht mehr nur auf Straßen, sondern auch an Kunstwerken von Weltrang fest und nehmen deren Zerstörung in Kauf, auch wenn es sich bislang „nur“ um die Rahmen der Bilder handelt. Neuerdings werden zudem direkte Anschläge auf Gemälde verübt. Auf Vincent van Goghs Bild „Sonnenblumen“ in London wurde Tomatensuppe geworfen, auf das Monet-Gemälde „Les Meules“ in Potsdam Kartoffelbrei. Die „Aktivisten“ meinen, die Bilder seien ja hinter Glas. Aus Richtung der GEZ-Medien entblödete man sich nicht, der Barbarei zu applaudieren. Özden Terli, ZDF: „Würde es ein Künstler machen, wäre es eine Kunstaktion.“ Gábor Halász, ARD: „Kann es sein, dass wir mehr über Leute reden, die irgendetwas auf Bilder kippen – als über den Klimawandel?“ Und Jessica Kordouni, Grünen-Politikerin und NDR-Rundfunkrätin: „Monet und Van Gogh hätten diesen Protest gemocht. Es geht immerhin um die Schönheit dieser Welt, die sie gemalt haben und die gerettet werden muss.“

E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Also tatsächlich aus dem Labor? Der mit dem diesjährigen Innovationspreis der Deutschen Biotechnologietage ausgezeichnete Valentin Bruttel sagte n-tv (23. Oktober) zu seinen Forschungen am Coronavirus aus Wuhan:

„In Kombination mit anderen molekularen Hinweisen zeigen unsere Ergebnisse, dass dieses Virus zu 99,9 Prozent eine künstliche, wahrscheinlich manipulierte Kopie eines natürlichen Virus ist.“

Georg Altrogge nimmt in der „Welt“ (20. Oktober) eine Behauptung von ARD-Intendant Tom Buhrow zum Zustand des öffentlichen Rundfunks auseinander:

„Es gebe ‚keine Institution in Deutschland, die so reguliert, so überwacht und so durchleuchtet‘ sei wie der ÖRR, behauptet Buhrow trotz aller alarmierenden Enthüllungen über Misswirtschaft. Seine Aussage ist ein Offenbarungseid, sie zeigt den Unwillen und die Unfähigkeit zur überfälligen Reform. Die kann nur und muss nun endlich von der Politik kommen.“

Jochen Sommer verwirft die Finanzpolitik der Ampel im Portal „ansage.org“ (24. Oktober) als von Grund auf unsolid:

„Ausgerechnet die Regierung, die sich ‚Nachhaltigkeit‘ auf die Fahnen schreibt, wirft das Geld zum Fenster heraus – nach der Devise ‚nach uns die Sintflut‘, und lässt haushaltspolitisch alle Hemmungen fallen, um die Kinder- und Enkelgeneration nachhaltig zu ruinieren. Alles dient den Akteuren nur noch dazu, ihr Chaos über die Zeit zu retten und die unvermeidliche wirtschaftliche Katastrophe so lange wie möglich mit immer neuen Staatsausgaben zu verschleiern.“

Alexander Horn nimmt Gewerkschaften und Arbeitnehmer gegen den Vorwurf in Schutz, sie trieben mit angeblich überzogenen Lohnforderungen die Inflation nach oben. Auf „Telepolis“ (18. Oktober) entgegnet er:

„Das Schüren von Ängsten vor einer Lohn-Preis-Spirale, mit der versucht wird, den Erwerbstätigen die Schuld an einer Inflation zu geben, die außer Kontrolle zu geraten droht, ist starker Tobak. Verantwortlich für diese Inflation ist eine verfehlte Wirtschafts-, Geld- und Klimapolitik, die, anstatt die Inflation zu bremsen, diese sogar noch befeuert.“

Ulrich Reitz hat im „Focus“ (24. Oktober) eine Erklärung für den Wahlerfolg von Thüringens Oberbürgermeister Boris Palmer:

„Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, Wähler würden den Politikertypus ‚angepasster Zeitgeistritter‘ schätzen, jenen, der Umfragen hinterherregiert und daher angeblich den Volkswillen repräsentiert. Palmer führt nicht hinterher, er führt von vorne.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Knallharte Weicheier

Wofür man alles geächtet wird, und wie „Klimakämpfer“ leiden, die ihren Nachttopf vergessen haben

VON HANS HECKEL

Kennen Sie die „Back Street Boys“? Macht nichts. Das ist eine US-Band, die seit den 90ern über die Bühnen hopst und deren Musikgeschmack man nicht teilen muss. Und dass die fünf schon etwas in die Jahre gekommenen „Boys“ gerade durch Deutschland touren, wäre jedenfalls an mir völlig vorbeigegangen, hätte man mich nicht auf zwei echte Skandale gestoßen.

In der „taz“ mussten wir lesen, dass es gegen einen der fünf Vergewaltigungsvorwürfe gebe. Eine Popsängerin habe „2017, kurz nach Beginn der #MeToo-Bewegung“ geschrieben, der Sänger habe sie 15 Jahre zuvor vergewaltigt. Von einer „anderen Frau“ gebe es einen „ähnlichen Vorwurf“. Wegen Verjährung sei es aber nie zu Anklagen gekommen.

Ein weiteres Bandmitglied habe sich am Tag vor Donald Trumps Amtseinführung als US-Präsident im Januar 2017 für den Politiker eingesetzt und sich überdies bei dem Portal „Parler“ angemeldet. Zwar habe er dort dann nie etwas reingeschrieben, aber „Parler“ sei bei „Rechten“ beliebt.

Fassen wir zusammen: Gegen den einen gibt es unbewiesene Vorwürfe (oder etwas „ähnliches“), und der andere hat einen demokratisch gewählten US-Präsidenten unterstützt und sich irgendwo angemeldet, wo auch Zeitgeist-Abweichler angemeldet sind. Was ist mit den anderen drei? Die trifft die Kontaktschuld, denn, so raunt das besagte Blatt: „So unbescholten die anderen drei sind, stehen sie doch nach wie vor zu Littrell und Carter“ (das sind die beiden, die ... ja, was eigentlich?). Rhetorisch fragt die „taz“: „Wollen wir wirklich weiterhin diese Band durch Konzertbesuche unterstützen?“ Kann man als Boykottaufruf lesen.

Der eine wurde angeschwärzt, der andere hat mutmaßlich eine abweichende politische Meinung, und die übrigen haben den beiden trotzdem nicht die Freundschaft gekündigt. Das reicht, um in gewissen Kreisen in Verschluss zu geraten.

Und manchmal noch viel weniger: Tim Wiese, von 2005 bis 2012 Torhüter von Werder Bremen, ist von seinem Verein verstoßen worden. Was hat er getan? Auf einem Foto, das im Netz kursiert, ist zu sehen, wie er auf dem Bremer Freimarkt mit jemandem diskutiert, den jemand anderes auf Twitter beschuldigt hat, ein „Nazi“ zu sein.

Trotz Wieses Aussagen bezweifelt Werder-Präsident Hubertus Hess-Grunewald, „dass Wiese sich diesen Kreisen nicht zugehörig fühlt“. Bis die Zweifel nicht „nachhaltig“ ausgeräumt seien, werde der Ex-Torwart keine Einladungen mehr vom Verein erhalten und dürfe auch nicht mehr in der Werder-Traditionsmannschaft spielen.

Versuchen Sie mal, jemandem „nachhaltig“ – also hieb- und stichfest – zu beweisen, wie Sie „fühlen“. Wird kaum möglich sein. Das einzige, was den armen Wiese jetzt (vielleicht!) noch retten könnte, wären wahrscheinlich flammende „antifaschistische“ Bekenntnisse in Endlosschleife. Wir kennen den Vorgang aus dem Stalinismus, da nannte sich der absichtlich demütigende Akt „Kritik und Selbstkritik“. In dieser widerlichen Soße aus Selbstbezeichnung und schleimigen Beateuerungen der unerschütterlichen Treue zu Staat und Partei sollten sich die Leute eigenhändig kleinmachen. Wer hätte 1990 albräumen können, dass das in dieser Reinform der einst zurückkehrt?

In krassem Kontrast zu der Hammerhärte, mit der die grünlinke Avantgarde auf jeden (mutmaßlichen) Abweichler eindrischt, steht die herzergreifende Wehleidigkeit, mit der diese Leute auftreten, wenn es um ihre eigenen Kümernisse geht. Robert Habeck jammerte ja schon verschiedentlich, wie hart er und seine Mitarbeiter schufteten müssen. Und wie schwer all die Probleme auf ihm lasten – die er sich (genauer: dem Land) per Ideologie und Inkompetenz selbst eingebrockt hat.

Energie-Abschalter fordern Heizung

Das Geheul ging uns schon kräftig auf die Nerven. Nun aber hat sogar dieser Minister in Sachen Selbstmitleid seinen Meister gefunden. Nämlich in den 16 Mitgliedern der „Klimaschutz“-Gruppe „Scientist Rebellion“, die sich am 19. Oktober im Porsche-Pavillon der VW-Autostadt in Wolfsburg auf den Boden geklebt haben. Bitter beklagten sich die „Aktivisten“, dass ihnen VW keinen Nachttopf hingestellt habe. Außerdem habe der Konzern die Heizung heruntergedreht. Und schließlich hätten sie sich kein Essen nach eigenem Geschmack bestellen können, sondern das zu sich nehmen müssen, was VW für sie aufgetragen habe.

Nur noch mal zum Mitschreiben: Diese wackeren Kämpfer treten mit dem Anspruch auf, die Welt retten zu wollen, und versäumen es, ihren Nachttopf mit an die Front zu

bringen. Außerdem genügt das kulinarische Angebot, das ihnen gefälligst der „Feind“ zu servieren hat, bei Weitem nicht ihren Ansprüchen. Das Beste aber ist die Sache mit der Heizung: Eine Riege fanatischer Energie-Abschalter beklagt sich allen Ernstes darüber, dass in einem dermaßen milden Oktober nicht noch zusätzlich (ergo ganz besonders „klimaschädlich“) für sie eingheizt wird.

Der bekannte Hamburger Anwalt Joachim Steinhöfel empfiehlt übrigens, neben Straßenblockieren eine Dose schwedischen Brechreiz-Hering („Surströmming“) auszukippen. Das löse jede Blockade zügig auf.

Doch ganz gleich, ob das Essen nicht schmeckt, die Temperatur nicht passt, die Hose voll ist oder die ganze Aktion im infernalischen Gestank einer nordischen Fischspezialität erstickt: Der Klimakampf geht weiter! Minister Habeck hat sich ein neues CO₂-Einspargesetz ausgedacht, das die Wirtschaft Milliarden kosten soll. In der EU prescht der Grüne damit kräftig vor, was an der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland sicher nicht spurlos vorübergehen wird.

Was den Wirtschaftsminister bisher gewurmt hat, hören wir aus seinem Ministerium. Tief beleidigt tönt es von dort, dass die Industrie bislang nur solche Einsparprojekte umgesetzt habe, die auch „wirtschaftlich realisierbar“ gewesen seien. Sie haben richtig gelesen: Die deutsche Wirtschaft denkt und handelt – wirtschaftlich! Aber damit soll jetzt Schluss sein, da ist Habeck fest entschlossen.

Mit dem neuen Gesetz sollen den Unternehmen Maßnahmen aufgedrückt werden, die sie jährlich etwa eine Milliarde Euro kosten. Zudem bürdet man ihnen umfangreiche, fortlaufende Prüfmaßnahmen auf. Endlich noch mehr Bürokratie, nachdem die deutschen Unternehmen schon jetzt mehr als 50 Milliarden Euro staatlich verursachter Bürokratiekosten zu schultern haben.

Großen Wert legt man in der Ampel darauf, dass die eigene Politik nicht nur „ökologisch“, sondern auch „sozial“ sei. Daher will der Bund stolze 14,5 Milliarden Euro bis zum Jahr 2026 für den Wohnungsbau aufwenden. Bei der prekären Lage am Wohnungsmarkt mochten das manche für den einzigen Weg halten und aufatmen. Bis Robert Habeck dazwischenkam: Der Minister will, dass die Milliarden nicht bloß für Wohnungsbau, sondern auch für die „klimagerechte“ Aufrüstung des Bestandes ausgegeben werden. Weniger Wohnungen für mehr „Klimaschutz“ also.

Im Stalinismus hieß der Akt „Kritik und Selbstkritik“. Wer hätte 1990 albräumen können, dass das mal wiederkommt?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Wer soll denn die Ukraine hinterher wieder aufbauen, wenn wir uns ökonomisch selbstgefällig ins Schwert stürzen?“

Antje Hermenau, Sachbuchautorin, in der ARD-Talkshow „Hart aber Fair“ am 24. Oktober